

Wortprotokoll

2. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

18. November 2021

Inhalt:

Eröffnung und Begrüßung

Mitteilungen des Vorsitzenden (Seite 5)

Trauerkundgebung für LAbg. aD Renate Mann (Seite 5)

Angelobung eines neuen Mitglieds des Oö. Landtags (Seite 5)

Erster Teil: Tagesordnung

Dringliche Anfrage des NEOS Landtagsklubs Oberösterreich an Herrn Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer: „Welche konkreten Zielsetzungen und Maßnahmen planen Sie in Ihrer koordinierenden, leitenden und planenden Zuständigkeit für die gesamte Landesregierung, um das Corona-Krisenmanagement bis Jahresende voranzutreiben?“ - Beilage 15000/2021

Redner/innen: Abg. KO Mag. Eypeltauer (Seite 6)
 Landeshauptmann Mag. Stelzer (Seite 7)
 Abg. KO Mag. Eypeltauer (Seite 11)
 Abg. KO Krautgartner (Seite 12)
 Abg. KO Mag. Lindner (Seite 13)
 Abg. KO Mayr (Seite 14)
 Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner (Seite 16)
 Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel (Seite 17)

Fragestunde:

Beilage 9003/2021: Anfrage des Abg. Mag. Höglinger an Landesrat Mag. Steinkellner (Seite 18)

Beilage 9007/2021: Anfrage der Abg. Mag. Engl an Landesrat Mag. Steinkellner (Seite 19)

Beilage 9000/2021: Anfrage der Abg. Mag. Dr. Bammer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander (Seite 24)

Beilage 9001/2021: Anfrage des Abg. KO Mag. Eypeltauer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander (Seite 28)

Beilage 9002/2021: Anfrage des Abg. KO Mag. Lindner an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander (Seite 31)

Beilage 9004/2021: Anfrage der Abg. Knauseder, MSc an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander (Seite 33)

Beilage 9005/2021: Anfrage der Abg. Schwarz an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander (Seite 39)

Beilage 9006/2021: Anfrage der Abg. Bauer an Landesrat Achleitner (Seite 41)

Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung (Seite 47)

Geschäftsanträge:

Beilage 16/2021: Initiativantrag betreffend gemeinsames Vorgehen gegen die Corona-Pandemie

Redner/innen: Abg. KO Mag. Lindner (Seite 48)
Abg. Schwarz (Seite 50)
Abg. KO Mag. Eypeltauer (Seite 51)
Abg. KO Krautgartner (Seite 52)
Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel (Seite 54)
Abg. Gruber (Seite 55)
Abg. KO Mag. Lindner (Seite 56)

Unterbrechung der Sitzung: 13.15 Uhr

Fortsetzung der Sitzung: 13.19 Uhr

Beilage 17/2021: Initiativantrag betreffend den Ausbau von Frauenhausplätzen und Frauenübergangswohnungen in Oberösterreich

Redner/innen: Abg. Heitz (Seite 57)
Abg. Mag. Engl (Seite 58)
Abg. Gneißl (Seite 59)
Abg. Präsidentin Sabine Binder (Seite 60)
Abg. Mag. Dr. Bammer (Seite 61)

Beilage 18/2021: Initiativantrag betreffend Verantwortung Energie AG OÖ für eine umweltgerechte Abfallverwertung

Redner/innen: Abg. Bauer (Seite 62)
Abg. Ing. Fischer (Seite 63)
Abg. Antlinger, B.Ed.Univ. (Seite 64)
Abg. Mühlbacher (Seite 65)

Zweiter Teil: Tagesordnung

Dringliche Anfrage des SPÖ-Landtagsklubs an Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Christine Haberlander: „Welche faktenbasierten Grundlagen sind für die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in ihrem politischen Verantwortungsbereich ausschlaggebend?“ - Beilage 15001/2021

Redner/innen: Abg. Präsident Peter Binder (Seite 65)
Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander (Seite 67)
Abg. KO Mag. Lindner (Seite 70)
Abg. Mag. Dr. Manhal (Seite 72)
Abg. Mag. Ammer (Seite 73)
Abg. Hofmann (Seite 73)
Abg. Mag. Dr. Bammer (Seite 74)

Dringliche Anfrage des MFG Klubs im Oö. Landtag an Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Christine Haberlander: „Bleiben Sie entgegen dieser nicht nur von der WHO zur Kenntnis gebrachten Tatsache trotzdem bei der derzeitigen Teststrategie in Oberösterreich?“ - Beilage 15002/2021

Redner/innen: Abg. Häusler, BSc (Seite 75)
Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander (Seite 76)
Abg. Häusler, BSc (Seite 77)
Abg. Schwarz (Seite 77)
Abg. Präsident Peter Binder (Seite 78)
Abg. Präsidentin Sabine Binder (Seite 78)
Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel (Seite 79)

Beilage 19/2021: Initiativantrag betreffend zugrundeliegender Datenlage für die Ausrufung eines auf Landes- als auch Bundesebene geltenden Lockdown für ungeimpfte Bürger

Redner/innen: Abg. Häusler, BSc (Seite 79)
Abg. Knauseder, MSc (Seite 80)
Abg. Bgm. Froschauer (Seite 81)
Abg. Präsidentin Sabine Binder (Seite 82)
Abg. Schwarz (Seite 83)

Beilage 20/2021: Initiativantrag betreffend Gemeinsames Vorgehen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie

Redner/innen: Abg. Mag. Dr. Manhal (Seite 84)
Abg. KO Mag. Eypeltauer (Seite 85)
Abg. Aigner (Seite 86)
Abg. Schwarz (Seite 87)
Abg. KO KommR Ing. Mahr (Seite 89)
Abg. KO Mag. Lindner (Seite 90)

Dritter Teil: Tagesordnung

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 20/2021: Initiativantrag betreffend Gemeinsames Vorgehen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie

Berichtersteller/in: Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel (Seite 92)

Vorsitz: Präsident Hiegelsberger
Zweite Präsidentin Sabine Binder
Dritter Präsident Peter Binder

Schriftführer: Erste Schriftführerin Abg. Mag. Dr. Manhal

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Mag. Stelzer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner, die Landesräte Achleitner, Gerstorfer, MBA, Dr. Hattmansdorfer, Kaineder, Langer-Weninger, PPM und Mag. Steinkellner

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Handlos

Landesamtsdirektor Ing. Dr. Watzl

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführerin MMag. Dr. Raab

(Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 2. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags und begrüße Sie dazu sehr herzlich. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags und der Oberösterreichischen Landesregierung, die Bediensteten der Landtagsdirektion, die Vertreterinnen und die Vertreter der Medien sowie die Zuseherinnen und Zuseher, die unserer Sitzung heute im Internet beiwohnen und mitverfolgen. Von der heutigen Sitzung entschuldigt ist der Abgeordnete Handlos. Die amtliche Niederschrift über die 1. konstituierende Sitzung des Oberösterreichischen Landtags liegt in der Zeit vom 19. November bis 3. Dezember 2021 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf.

Ich teile mit, dass seit der letzten Sitzung schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese Anfragen bereits im Wortlaut übermittelt, sodass ich, vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme. Weiters teile ich mit, dass am 11. November 2021 die Konstituierung der Landtagsausschüsse stattgefunden hat, eine Zusammenstellung der Ergebnisse der Wahlen in die ständigen Ausschüsse haben wir Ihnen elektronisch zur Verfügung gestellt.

Zur Abwicklung am Beginn noch eine Bitte, wir sind ja sehr gut verteilt in diesem großen Raum, daher bei den Abstimmungen ein deutliches Handzeichen in Form und Dauer zu geben, damit die Landtagsdirektion auch beim Zählen hier die Übersicht bewahren kann.

Ich darf Sie ersuchen, sich für eine Trauerkundgebung von den Sitzen zu erheben. (Alle Anwesenden erheben sich von den Sitzen.) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir trauern um Frau Landtagsabgeordnete außer Dienst Renate Mann, die am 16. November 2021 im 69. Lebensjahr von uns gegangen ist. Renate Mann wurde am 20. Mai 1953 geboren, sie gehörte von 2008 bis 2009 dem Oberösterreichischen Landtag an. Während ihrer Zeit als Abgeordnete war sie Mitglied im Kulturausschuss sowie im Kontrollausschuss. Ihre politische Karriere begann sie als Betriebsrätin der AMAG Ranshofen, 1997 wurde sie Gemeinderätin der Stadt Braunau, Renate Mann nutzte die kurze Zeit im Landtag zur Vertretung der Innviertler Interessen, indem sie für eine grenzüberschreitende Fachhochschule, Standortsicherung und ein Frauenhaus für Braunau warb. Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren. (Gedenkminute) Ich danke Ihnen.

Wir kommen jetzt zur Angelobung eines neuen Mitglieds des Oberösterreichischen Landtags. Wie den Mitgliedern des Landtags aus der Einladung zur heutigen Sitzung bekannt ist, erfolgt nunmehr die Angelobung eines neuen Mitglieds des Oberösterreichischen Landtags. Herr Bürgermeister Rudolf Raffelsberger ist im Hause anwesend. Ich begrüße dich sehr herzlich als neues Mitglied des Oberösterreichischen Landtags und nehme gemäß den Bestimmungen der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 deine Angelobung vor. Ich bitte die Damen und Herren, sich von den Sitzen zu erheben, Rudi Raffelsberger wird auf seinem Platz stehen bleiben und dort die Gelöbnisformel sprechen. (Alle Anwesenden erheben sich von den Sitzen.)

Herr Bgm. Rudolf Raffelsberger, ich ersuche dich, im Sinne des Landes-Verfassungsgesetzes und der Landtagsgeschäftsordnung das Gelöbnis als Mitglied des Landtags in der Form zu leisten, dass du nach der Angelobungsformel die Worte „Ich gelobe“ sprichst. Die Angelobungsformel lautet: Ich gelobe unverbrüchliche Treue dem Land Oberösterreich und der demokratischen Republik Österreich sowie stete und volle Beachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

Abg. Bgm. **Raffelsberger**: „Ich gelobe“

Präsident: Ich danke dir und wünsche dir alles Gute für die Tätigkeit im Oberösterreichischen Landtag. (Beifall)

Wir kommen nun zum vorgezogenen ersten Teil der Tagesordnung, zur Behandlung der dringlichen Anfrage des NEOS Landtagsklubs Oberösterreich an Herrn Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer zur Thematik „Vorantreiben des Corona-Krisenmanagements“. Ich ersuche Herrn Klubobmann Mag. Felix Eypeltauer die dringliche Anfrage vorzutragen und zu begründen.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer**: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Bürgerinnen und Bürger! Was uns Ärzte und Pfleger momentan aus den Spitälern berichten, ist brutal, die Pandemie ist im zwanzigsten Monat schon wieder eskaliert. Ganz Oberösterreich fragt sich zwei Dinge: Wie hat man es schon wieder, trotz expliziter Mahnungen von Experten seit vielen Monaten, soweit kommen lassen? Wie haben Sie, Herr Landeshauptmann, im Pandemiemanagement so versagen können und was jetzt, Herr Landeshauptmann, was jetzt, wo Leichen auf Spitalsgängen gelagert werden, weil so viele Menschen auf einmal sterben? Was jetzt, wo in Salzburg in einer ganz vergleichbaren Situation ein Triage-Team über Leben und Tod entscheiden muss? Was jetzt, wo Operationen von Babys mit Herzfehlern verschoben werden müssen, wo selbst so genannte andere verschiebbare Eingriffe, das ist ja ein Euphemismus, denn die Menschen leiden Schmerzen und sind unmittelbar lebensgefährdet, weiter verschoben werden müssen, wo mehr und mehr Pflegekräfte kurz vor dem Zusammenbruch stehen oder kurz vor der Kündigung, was jetzt, Herr Landeshauptmann?

Seit mindestens einem Jahr ist klar, dass wir ein flächendeckendes PCR-Testangebot brauchen, seit mindestens sechs Monaten ist klar, dass die Impfrate sinkt, dass wir so auf eine vierte Welle, in der wir jetzt sind, im Herbst zusteuern. Sie, Herr Landeshauptmann, haben beide Probleme nicht gelöst, jetzt viel zu spät erst schlagen Sie andere Töne an. Deshalb gibt es eine dritte Frage, die sich ganz Oberösterreich stellt: Warum erst jetzt? Auf diese Frage wage ich eine Antwort zu formulieren, weil der Herr Landeshauptmann von Oberösterreich im Sommer mit möglichst großer Ruhe um Corona herum taktiert hat, anstatt mit voller Kraft und auf allen Kanälen mit einer Impfkampagne zu retten, was zu retten ist. Das hat er entschieden, weil er seinen ÖVP-Wahlkampf betrieben hat, in dem er Impfskeptikerinnen und Impfskeptiker nicht abschrecken wollte, weil er seinen Wahlkampf betrieben hat und die Oberösterreichinnen und Oberösterreichler in ihrem Kampf gegen die Pandemie im Stich gelassen hat, aus Kalkül und Taktik. Jetzt kniet er sich plötzlich rhetorisch nieder, kniet er sich auf all jene, die noch nicht geimpft sind, weil das ÖVP-Linie ist, wir sehen das beim Bundeskanzler Schallenberg, wir sehen das bei der Gesundheitslandesrätin und auch bei ihm.

Herr Landeshauptmann, Sie sind kalkuliertes Risiko eingegangen im Sommer mit Ruhe um Corona, statt nötiger Maßnahmen im Vorbeugen auf die vierte Welle, um eine bestimmte Wählergruppe nicht abzuschrecken. Das macht die ÖVP so, das wissen wir, erinnern wir uns an die Flüchtlingskrise 2015, da war es in Wirklichkeit genau dasselbe. Meine größte Sorge ist, neben der unerträglichen Situation in den Spitälern, dass wieder Kinder, Jugendliche und Familien unter die Räder kommen im nächsten Bildungslockdown, weil Sie es versemelt haben. Es passiert auch jetzt, wo es fünf nach zwölf ist, längst nicht alles, um einen Schullockdown zu verhindern, wir hören seit Montag immer mehr Chaos-Geschichten, wo ganze Klassen heimgeschickt werden wegen einer Infektion, auch das freiwillige Impfangebot

für Fünf- bis Zwölfjährige in Impfstraßen gibt es noch nicht, obwohl Sie monatelang Vorbereitungszeit hatten und alle Experten explizit eingemahnt haben, was zu tun ist.

Die Bevölkerung erwartet sich jetzt, Herr Landeshauptmann, zurecht korrektes, planvolles und klares Handeln und fragt sich, was jetzt? Herr Landeshauptmann, das fragen wir Sie in unserer dringlichen Anfrage, welchen konkreten Zielsetzungen und Maßnahmen planen Sie in ihrer koordinierenden, leitenden und planenden Zuständigkeit für die gesamte Landesregierung, um das Corona-Krisenmanagement bis Jahresende voranzutreiben? Erste Unterfrage, welche zusätzlichen Maßnahmen zum Heben der Impfquote sind in Planung oder bereits in Durchführung? Zweite Unterfrage, wie wird die im September angekündigte Informationskampagne zur Impfung ausgestaltet sein? Dritte Unterfrage, für welchen Zeitpunkt planen Sie die Zusendung von Impfterminen an jene Oberöreicher/innen, die noch keine erste Impfung wahrgenommen haben oder für die Drittimpfung, zur Booster-Impfung, die zur Grundimmunisierung in Frage kommen? Hier stellt sich natürlich die Frage, wie die Gespräche mit der SV sind? Welches Budget, Geld ist nicht alles, aber es zeigt Prioritäten für Kampagnen, haben Sie im Zuge der Corona-Information bis Jahresende vorgesehen? Danke.

Präsident: Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann um die Beantwortung der Anfragen.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Klubobmann, geschätzte Oberöreicherinnen und Oberöreicher, die zusehen und zuhören! Gleich am Beginn der Antwort auf diese Frage ist einfach festzuhalten, dass wir uns in Oberösterreich in einer ernsten Lage befinden. Die Möglichkeiten der medizinischen Versorgung sind äußerst angespannt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Spitälern, in den Einrichtungen, die sich um unsere Gesundheit kümmern, sind am Limit, manche wahrscheinlich schon darüber. Daher zu Beginn ein großes Danke an all jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die seit Monaten, jetzt noch verstärkt in den letzten Wochen unter schwierigsten Bedingungen sich um die Gesundheit unserer Landsleute kümmern, um deren Leben ringen und kämpfen. Ein großes Danke an sie alle, wir brauchen sie aber auch dringend weiterhin. (Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren! Diese ernste Lage ist zurzeit in vielen Ländern, in ganz Österreich, aber besonders in Oberösterreich der Fall. Daher geht es jetzt darum, unsere Gesundheit zu schützen, Leben zu schützen, es geht auch um den Schutz derer, die sich um unsere Gesundheit kümmern. Es geht im Großen und Ganzen um den Schutz der persönlichen Sicherheit, aber natürlich auch um die Sicherheit des Einkommens, der Arbeitsplätze, der wirtschaftlichen Entwicklung. Das ist eine gewaltige gesellschaftliche Herausforderung, um nicht zu sagen, es ist eine Herkulesaufgabe. Natürlich haben wir uns, so wie viele Länder im Sommer, auf einen neuerlichen Corona-Herbst vorbereitet, abgestimmt, bundesweit haben wir uns vorbereitet, was kann das für die Intensivbetten heißen, und das nach einem einheitlichen Standard und Modus auch entsprechend angemeldet mit diesen 333 Betten, die unter äußerster Anspannung zur Verfügung stehen. Wir haben das PCR-Testangebot begonnen auszubauen, wir sind im Übrigen das einzige Bundesland, dass dieses Wiener Modell, das sich „Alles gurgelt“ nennt, zumindest in drei Bezirken haben können, in mehr Bezirken ist es uns nicht möglich gewesen und nicht gestattet worden. Daher haben wir zusätzlich zu diesem „Alles-gurgelt-Projekt“ eine eigene Ausschreibung gestartet und dieses Gurgeln, das jetzt in Oberösterreich zusätzlich stattfindet, ist ja in der Ausrollung.

Wir haben uns auch vorbereitet auf die Antigentests, sehr geehrte Damen und Herren, an dieser Stelle nur eine Anmerkung, wenn wir jetzt sehen, wie in ganz Österreich die Schwierigkeiten mit den PCR-Testungen auftreten, dann ist es dringend notwendig, dass wir

im Interesse des Erhalts der Arbeitskräfte auch weiterhin die Antigen-Testungen als zumindest eintägig zuverlässiges Instrument zulassen, um Sicherheit auch für die Arbeit bieten zu können. Wir haben uns im Sommer natürlich auch verstärkt mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ein für den Herbst erwartetes steigendes Contact Tracing, wir haben mit jetzigem Stand 300 Personen extern aufgenommen, alleine im September 135 für das Contact Tracing, das Bundesheer unterstützt uns, zurzeit tagesaktuell wird das so genannte Stammpersonal in den Bezirkshauptmannschaften, Magistraten und auch beim Amt mit 600 zusätzlichen Personen im Contact Tracing unterstützt.

Einige der Maßnahmen, um uns auf eine vierte Welle im Herbst vorzubereiten, auf diese Welle in dieser Form, in dieser Dimension waren wir, wie eigentlich alle anderen auch, nicht vorbereitet, weil diese gewaltige Dimension so auch nicht absehbar war. Es fordert ja alle, es beutelt uns auch alle, wenn Sie sich die Zahlenentwicklung der letzten Wochen und Monaten ansehen, dann hatten wir in Oberösterreich ganz lange eine sehr stabile Entwicklung der täglichen Infektionszahlen und auch eine sehr überschaubare Entwicklung, was den Bedarf an Spitalsbetten und an Intensivbetten anlangt. Erst knapp vor dem Nationalfeiertag, knapp nach der Konstituierung des hohen Hauses, sind dann die Zahlen rasch stärker angewachsen, daher haben wir auch genau zu diesem Zeitpunkt in Oberösterreich zusätzliche Maßnahmen getroffen. Erinnern Sie sich, es ist noch nicht so lange aus, generelle FFP2-Maskenpflicht im gesamten Handel über die Bundesmaßnahmen hinaus, der Bund hat relativ kurz darauf dann das 2G-Modell in Kraft gesetzt, wir haben zusätzlich dazu dann auch noch die Verordnung, die seit Montag in Kraft ist in Oberösterreich, erlassen, die allermeisten Veranstaltungen zu untersagen, die Nachtgastronomie zu schließen und FFP2-Masken, wie wir auch heute sehen, generell überall vorzuschreiben. Zusätzlich ist die Stufe der bundesweiten Maßnahmen, der so genannte Lockdown für Ungeimpfte in Kraft getreten. Diese sehr einschränkenden und harten Maßnahmen für viele unserer Landsleute sind erst seit Montag in Kraft, Ziel ist es, die Zahlenzuwächse, die wir täglich haben, zu senken und zwar schnell und akut, um die Spitalskapazitäten zu schützen und langfristig die Impfquote auch zu steigern.

Ich sage aber auch sehr deutlich, sehr geehrte Damen und Herren, wir haben nicht mehr viel Spielraum, um nicht zu sagen, wir haben sehr, sehr wenig Spielraum, es wird morgen ein Zusammentreffen der Bundesregierung mit den Landeshauptleuten geben, ich bin dafür, dass wir ein österreichweit einheitliches Schutzmaßnahmenniveau erreichen, weil das Virus leider nicht an irgendwelchen Landesgrenzen Halt machen wird. Ich sage aber auch sehr deutlich, sollte es morgen zu keinem bundesweiten Lockdown kommen, dann wird es auf jeden Fall in Oberösterreich gemeinsam mit unserem Nachbarbundesland Salzburg ab kommender Woche einen mehrwöchigen Lockdown geben müssen. Das wird auch so in Kraft treten, wir bereiten uns in diesen Stunden gemeinsam mit Bund und dem Nachbarbundesland penibel darauf vor, weil es darum geht, die Gesundheit zu schützen, Leben zu retten und die medizinische Versorgung vor allem in unseren Ländern zu stabilisieren. Natürlich werde ich noch Gespräche mit den Vertretern der Sozialpartner, der Städte und des Gemeindebundes suchen, und vor allem auch die Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Parteien entsprechend auf dem Stand zu halten.

Diese unabdingbare notwendige Maßnahme, um uns vor allem in Oberösterreich zu schützen, ist eine Akutmaßnahme, die hoffentlich dazu beiträgt, dass wir mit den täglichen Zuwachszahlen wirklich deutlich nach unten kommen. Das war in den letzten Tagen trotz aller Maßnahmen leider nicht der Fall, es ist auch die Maßnahme dafür, dass wir all das, was wir in der Gesundheitsversorgung anbieten können, so sichern, dass es dort auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch in irgendeiner Weise machbar und tragbar ist.

Gleichzeitig, meine Damen und Herren, weil das ja auch ein Großteil der dringlichen Anfrage ist und einige Unterfragen betrifft, müssen und wollen wir mit dem Impfen vorankommen. Die Impfung schützt vor schweren Erkrankungen, nur die Impfung hilft uns auf mittlere und längere Sicht das zu vermeiden, was wir jetzt seit nahezu zwei Jahren erleben, dass nämlich immer und immer wieder ein Ausnahmezustand eintritt. Das ganze Frühjahr und den ganzen Sommer haben wir es nicht geschafft, ausreichend Leute zu impfen, es hat Angebote gegeben, wir haben es sozusagen als Geschenk präsentiert, es ist uns trotz aller Bemühungen nicht gelungen. Jetzt, seit es 3G am Arbeitsplatz gibt, seit wir die Impflotterie und einige andere Maßnahmen haben, ist es losgegangen, so kann man das sagen. Vor allem, was den so genannten zweiten und dritten Stich anlangt, da bin ich auch sehr froh und dankbar dafür, denn gemeinsam mit den Wissenschaftlern haben wir auch während der Krise gelernt, dass erst drei Teilimpfungen den wirklich nötigen und wichtigen Schutz der gesamten Impfung bringen. Daher werden wir selbstverständlich auch allen ermöglichen, dass sie nach vier Monaten den dritten Stich in Oberösterreich bekommen, wir ermöglichen selbstverständlich auch allen Eltern und Familien, die das für ihre Kinder wollen, dass sie das für ihre Kinder haben können. Viele Experten, das stimmt, Herr Klubobmann, haben das geraten, es gibt keine eindeutige Empfehlung des zuständigen Nationalen Impfgremiums, aber wir ermöglichen das selbstverständlich.

All diese Schritte des Impfens wurden auch immer von einer Informationskampagne begleitet, weil vom Geld die Rede war, die Landesregierung hat dazu zwei grundsätzliche Beschlüsse gefasst, am 14. Juni einen im Ausmaß von 715.000 Euro und einen am 2. November im Ausmaß von 800.000 Euro. Von diesen Mitteln, die explizit für eine Impfkampagne vorgesehen sind, wurden bereits 613.000 Euro angewiesen und ausgegeben für Maßnahmen, die wir auf die Bundeskampagne des Impfens aufgesetzt haben.

Wir haben ja bekanntermaßen eine eigene Befragung in Oberösterreich gemacht, wo gibt es die größte Skepsis, die größte Sorge der Impfung gegenüber, wir haben darauf abgestimmt auch unsere Informationskampagne gestaltet mit auffälligeren Sujets, vor allen in den Medien, wo wir davon ausgegangen sind, dass sie von der impfskeptischen Bevölkerung besonders konsumiert werden. Wir haben in Tages- und Wochenzeitungen, in Regionalmedien, vor allem der Bezirke mit den hohen Inzidenzen inseriert, und vor allem mit einer Mehrsprachigkeit der Aufklärungsquellen auch dafür Sorge getragen, dass das der gesamten Bevölkerung zugänglich ist.

Nach wie vor finden Sie auf der Landeshomepage und in Flugblättern in 15 Sprachen Informationen zu den immer wieder auftauchenden Fake-News zur Corona-Schutzimpfung. Es gibt eine Social-Media-Kampagne. Wir haben Servicetipps in TV und Hörfunk, Infovideos, zahlreiche Kooperationen mit den Interessensvertretungen, Kammern und Vereinen unseres Landes.

Und jetzt, um die Impfbereitschaft, die es momentan gibt, in Schwung und hoch zu halten, werden wir die verbliebenen rund 940.000 Euro einsetzen, um weiter voranzugehen mit der Impflotterie, mit weiteren Werbemaßnahmen, mit City Lights, mehrsprachigen Infos in Arztpraxen, mit Zielgruppenmedien, usw.

Und sehr geehrte Damen und Herren, wir informieren auch, so gut wir das können und dürfen, punktgenau und zielgenau die Bevölkerung. All jene, die sich in irgendeiner Form beim Land Oberösterreich registriert haben wegen ihres Impfinteresses, sind und werden in einigen Wellen seit den letzten Wochen konkret angeschrieben, dass sie sich bitte um die dritte Impfung kümmern sollen und wie sie auch dazu gelangen.

Seit Ende Oktober und Mitte November haben wir konkret 302.000 Personen per Mail auf die Anmelde­möglichkeit zur dritten Impfung hingewiesen. Und die Frau Landeshauptmann­Stellvertreterin wird ja heute auch noch in einer Anfragebeantwortung darauf eingehen, dass wir gemeinsam mit den Sozialversicherungen, die dafür zuständig sind, auch die Nichtgeimpften informieren müssen und auch informieren wollen.

Das Impfen ist die einzige Möglichkeit, dass wir auf Dauer Corona zu einer beherrschbaren Krankheit machen und nicht immer wieder und immer wieder Ausnahmezustände erleben und auch gestalten müssen.

Sehr geehrte Damen und Herren, natürlich sind im Zuge der Bekämpfung sicher Fehler passiert. Manches hätte zügiger, anders gehen können und sollen, auch wenn sich alle jeden Tag nach Kräften bemühen und bemüht haben. Ich möchte an dieser Stelle jenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Gemeinden, Bezirkshauptmannschaften, Magistraten, vor allem aber auch beim Amt, aber auch beim Roten Kreuz, beim Bundesheer, bei der Polizei, in den Spitälern, in den Arztpraxen, allen, die uns unterstützen, danken, weil auch die seit Monaten am oder übers Limit arbeiten.

Ich bin dafür, dass wir Fehler suchen und aufzeigen. Wir wollen es ja auch besser machen. Sollte uns wieder einmal eine derartige Krise heimsuchen, was sich keiner wünscht. Ich bin auch dafür, dass Kritik stattfindet, das gehört zum Wesen der Demokratie. Und selbst wenn es manchem wichtig ist zu sagen, da ist aber einer ganz konkret Schuld, weil man einfach immer einen Schuldigen braucht, und ganz konkret wenn man mich zum Schuldigen machen will, dann tun Sie es. Okay. Jetzt aber, sehr geehrten Damen und Herren, rufe ich alle eindringlich auf, die ernste Lage zu sehen und mitzuhelfen. Und ich meine mit alle wirklich alle. Egal, ob Sie zur Mehrheit der Bevölkerung gehören, die der überwiegenden Mehrheit der Wissenschaft und deren Ratschlag folgt, ob Sie zu einer Gruppe gehören, die andere Theorien vertritt, oder aber, auch wenn es mir schwer fällt das auszusprechen, wenn Sie zu einer Gruppe gehören, die die Gefahr und die Krise überhaupt negiert oder kleinredet.

Vertrauen Sie den Experten, denen Sie auch in der Stunde der Not vertrauen, wenn Sie ins Spital eingeliefert werden, und wenn Sie darauf angewiesen sind, dass diese Experten um ihr Leben kämpfen und Sie hoffentlich auch retten können. Vertrauen Sie ihnen auch dann, wenn sie Ihnen raten, sich impfen zu lassen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bitte darum, dass wir zusammenhelfen, indem wir die Maßnahmen, die in Oberösterreich ab der kommenden Woche leider sehr einschneidend werden, dass wir diese Maßnahmen einhalten, damit die Gesundheit schützen, Leben retten, zu unserer gemeinsamen Sicherheit beitragen und hoffentlich auch bald wieder zu einem freien Leben.

Wir alle, da sind wir Politikerinnen und Politiker natürlich als Vorbilder gerufen, aber ich meine auch wirklich insgesamt alle. Unser Land, unsere Heimat ist doch weit mehr als nur ein Gebilde, das von irgendwelchen Regelwerken zusammengehalten wird. Unser Oberösterreich, unsere Heimat ist doch eine Gemeinschaft und es lebt auch von und durch die Gemeinschaft. Daher lebt es von uns allen, und es braucht uns auch alle. Ich bitte daher auch alle, in dieser ernsten Situation mitzuhelfen und möchte Ihnen auch sehr herzlich danken. (Beifall)

Präsident: Das erste Rederecht hat eine Vertreterin oder Vertreter der antragstellenden Neos-Fraktion. Anschließend richtet sich die Reihenfolge nach den Anmeldungen zur Wortmeldung. Maximale Redezeit pro Fraktion sind fünf Minuten. Klubobmann Eypeltauer bitte.

Abg. KO Mag. Eypeltauer: Sehr geehrter Herr Präsident, hoher Landtag, werte Mitglieder der Landesregierung, Herr Landeshauptmann! Ihre Anfragebeantwortung hat bei mir ein paar Fragen hinterlassen und manche beantwortet. Ich möchte exemplarisch etwas herausgreifen. Und zwar haben Sie zum Beispiel gesagt, mehr PCR-Testangebot als in drei Modellbezirken war uns nicht gestattet im Sommer.

Ich finde es schade, dass Sie nicht erläutert haben, warum und von wem Ihnen das nicht gestattet war, und ich finde es in höchstem Maße bedauerlich, dass das Land Oberösterreich, für den Fall, dass andere Stellen, wie zum Beispiel der Gesundheitsminister, da vielleicht nicht bereit sind zu finanzieren, oder man vielleicht irgendwelche Formalitäten einmal nicht richtig gemacht hat, nicht erkannt hat, wie wichtig und kritisch die Situation ist. Wie wichtig es ist, egal wer es dann zahlt, zum Schutz der Bevölkerung, zum Schutz unseres Bundeslandes, zum Schutz des Wirtschaftsaufschwungs, den wir brauchen, selbst zu handeln, selbst ein PCR-Testangebot zu organisieren. Das versteht niemand, nicht nur ich nicht, sondern alle, die sich damit auseinandersetzen. Und ich finde es bedauerlich, dass das bis heute nicht erklärt ist. Es gibt heute noch mündliche Anfragen, es gibt noch eine zweite dringliche Anfrage, da wird es Gelegenheit geben, dass die Landesregierung dieses große Fragezeichen auch ausräumt.

Denn es ist doch so, entgegen dem, was Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung in den letzten zwei Wochen gesagt haben, gibt es nach wie vor Laborkapazitäten. Nicht bei allen Anbietern, aber bei einigen. Und man hätte sich natürlich schon im Sommer, schon im Frühling in Wirklichkeit darum bemühen können, hier Verträge abzuschließen. Und das ist das, was die Leute nicht verstehen. Wie man sich jetzt hier hinstellen kann und sagen kann, wir waren überrascht und naja, anders ist es nicht gegangen und jetzt tun wir eh, das ist ganz einfach nicht begreiflich.

Was schon begreiflich ist, Herr Landeshauptmann, das ist Ihr Appell, sich impfen zu lassen. Das ist Ihr Appell an den Zusammenhalt, den kann ich nur unterstreichen und ich hätte mir auch hier gewünscht, dass das in dieser Form in der Phase im Sommer von Ihnen gekommen wäre. Da, wo alle Augen mehr denn je auf Sie als Chef der größten wahlwerbenden Partei gerichtet waren, da, wo wir mit unseren bescheidenen Mitteln als Neos auf unsere Flyer ein „Geht's impfen“ draufgepickt haben, was uns auch viel Kritik eingebracht hat, und wo auch wahrscheinlich der oder die eine oder andere gesagt hat, die Neos wähle ich diesmal nicht, weil ich finde, das Impfen ist ein Blödsinn. Wir haben es gemacht. Nur wir sind nicht der Landeshauptmann, wir sind eine Partei, die mit vier Prozent in diesen Landtag eingetreten ist. Sie hatten da im Sommer die Gelegenheit, diese flammenden Appelle, die Sie jetzt richten, auszusprechen, Ihr Leadership zu beweisen, und Sie haben es unterlassen.

Dann haben Sie zum Contact Tracing gesprochen und gemeint, da wird jetzt Personal abgezogen und anders eingesetzt. Herr Landeshauptmann, das Contact Tracing ist faktisch zusammengebrochen. Egal wo sie hingehen, egal mit welchen Leuten, mit Kindern in den Schulen, sie reden, oder Lehrern, das Contact Tracing funktioniert in der Form einfach nicht mehr. Kann es auch kaum, weil derartig viele Neuinfektionen passieren.

Und dann, Herr Landeshauptmann, haben Sie gesagt, wir haben im Sommer eine stabile Entwicklung bei den Infektionen gesehen. Wir haben eine stabile Entwicklung in den Spitälern gesehen und dann plötzlich, plötzlich beim Nationalfeiertag hat es alles zu brennen begonnen,

ist das alles eskaliert. Das hat niemand kommen gesehen, haben Sie sinngemäß gesagt. Herr Landeshauptmann, so ist das mit Wellen. Deshalb sprechen wir von Wellen. Und deshalb muss man sich vor der Welle, oder zwischen den Wellen, dann, wenn die See ruhig ist, vorbereiten, auch wenn es gerade eben nicht eskaliert. Und vor dieser Welle, vor dieser vierten Welle haben, ich sag es noch einmal, unisono Expertinnen und Experten gewarnt und sie haben auch eingemahnt, was passieren hätte müssen, was passieren muss.

Und vielleicht ein letzter Punkt noch, weil Sie geschildert haben, dass 750.000 und 800.000 Euro Steuergeld bis jetzt budgetiert wurden und auch schon 613.000 Euro ausgegeben wurden für diese Informations-, für diese Impfkampagne. Also ich frage mich wirklich, wo ist denn diese Kampagne? Herr Landeshauptmann, wenn Sie den Grips, den Nachdruck und die Energie, die Ihre Partei in Wahlkämpfe steckt, da reingesteckt hätten über den Sommer, in diesen wirklich wichtigen Kampf fürs Impfen, dann würden wir wo anders stehen. Und da muss auch jetzt wesentlich mehr passieren, denn vereinzelte gute Maßnahmen, wie zum Beispiel die Videos auf der Oberösterreich impft-Seite, das ist großartig, mit unseren Medizinerinnen und Medizinern, vereinzelte Maßnahmen werden uns wieder nicht zum Ziel führen. Und dann sehen wir nach der vierten Welle eine fünfte Welle. Und das kann und darf ganz einfach nicht passieren. Danke.

Präsident: Dankeschön. Bevor ich Klubobmann Krautgartner ans Mikrofon bitte, möchte ich noch erwähnen, dass ich eine Minute vor Ablauf der Redezeit von fünf Minuten ein akustisches Zeichen geben werde und dann bitte, in dieser gebotenen Kürze auch zum Ende zu finden. Bitte Herr Klubobmann.

Abg. KO Krautgartner: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hohes Haus und alle hinter den Bildschirmen! Wir sprechen hier von einer Gefahr, von einer Propaganda, die wieder ihresgleichen sucht. Im Vergleich zu anderen Bundesländern, aktuelle Zahlen vom AGES-Dashboard, haben wir eine freie Bettenkapazität der Intensivstationsbetten von 38 Prozent im Gegensatz zu Burgenland und vielen anderen Bundesländern. Hier wurde offensichtlich viel Gutes gemacht. Und trotzdem sprechen Sie davon, dass der Gamechanger die Impfung ist.

Was in keinem Fall ihre Richtigkeit, und weil Sie auch immer andere Expertinnen und Experten zitieren, ihre Richtigkeit hat. Ein kurzer Vergleich. Die höchste Durchimpfungsrate schützt nicht vor höchsten Infektionsraten. Beispielsweise die Grafschaft Waterford in Irland. 99,7 Prozent der durchgeimpften Erwachsenen haben bei 1.466 Fällen die höchste Inzidenz in ganz Irland. Island, es geht weiter, Durchimpfungsrate von 89 Prozent der über 12jährigen, und die höchste Rate an Neuinfektionen seit Beginn der Pandemie. Die Durchimpfungsrate scheint mit der Ausbreitung von Covid-19 kaum oder gar nicht zu korrelieren. Und um es in den Worten vom Starvirologen aus Deutschland zu sagen, Christian Drosten, nach drei Monaten ist die Impfung wirkungslos.

Die Impfung ist nicht der Gamechanger. Und geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wir befinden uns immer noch bei einer bedingten Zulassung. Eine bedingte Zulassung, die nicht abgeschlossen ist. Die Zulassungsstudien sind noch nicht abgeschlossen und werden auf die nächsten zwei Jahre angelegt. Zeit kann man sich in der Wissenschaft nicht kaufen. Und vor allen Dingen kann man sich nicht kaufen, ob wir abschätzen können, in welcher Form es beispielsweise Wechselwirkungen mit anderen Medikamenten bei der Impfung gibt, oder die Ergebnisse dahingehend hinsichtlich der Fruchtbarkeit, das ist nicht abzuschätzen. (Unverständlicher Zwischenruf) Das kann man nicht abschätzen und aufgrund der ersten Zahlen müsste klar sein, dass der Gamechanger der

Impfung nicht der Fall ist. Es gibt keine kurzfristigen, langfristigen und mittelfristigen Abschätzungen hinsichtlich der Impfung. Denn Qualität kann man sich nicht kaufen. Es gibt keinen Qualitätsstandard für diese Impfungen.

Und das beste Beispiel, sehr geehrte Damen und Herren, ist doch unser Bundespräsident. Doppelt geimpft, jetzt mittlerweile dreifach geimpft und im Homeoffice. Seine Mitarbeiterin doppelt geimpft, und deswegen wurde er in Quarantäne gesteckt. Das ist doch der Beweis, dass die Impfung in ihrer Wirkungslosigkeit nicht zu übertreffen ist. (Unverständlicher Zwischenruf)

Humanexperimente finden hier statt an Menschen. Es ist nicht standardisiert, evaluiert. Mangelnde Aufklärung. Wir sprechen von Impfpropaganda ihresgleichen, wo in kürzester Zeit, und ich habe das selbst erlebt, war da mit dabei, in kürzester Zeit ein Aufklärungsgespräch, ein ärztliches Aufklärungsgespräch dauert in etwa 30 bis 40 Minuten, damit der Kunde, der Impfwillige abschätzen kann, ob die Impfung für sich abschätzbar ist und einschätzbar ist, ob er sich impfen lässt oder nicht. Und in diesen Impfbussen, die hier durch das Land ziehen, ist das in keinsten Weise der Fall, weil da reden wir von einer Abfertigung in einer höchsten Dimension und nicht der Qualität, sondern der Quantität. Ein gutes Aufklärungsgespräch muss stattfinden.

Und jetzt beginnen wir, und da nehme ich Sie beim Wort, Herr Landeshauptmann, von Verantwortung, es geht jetzt um Kinder, und wir beginnen jetzt Kinder zu impfen, nach wissenschaftlichen Daten, die nicht vorliegen, weil wir nicht abschätzen können, was mit unseren Kindern passiert. Das ist aus unserer Sicht eine Sauerei. Es ist eine absolute Sauerei. Und Kinder, das weiß man aus unterschiedlichsten Studien, sind keine Superspreader. In den Schulen, so wie sie kolportiert werden, hier findet eine Spaltung der Politik statt, ihresgleichen, die nicht nachvollziehbar ist.

Meine geschätzten Damen und Herren, wir müssen zurück zum wichtigsten G, nämlich der Gesundheit. Anstatt staatlicher Zwangsmaßnahmen und Bevormundungen gilt es individuelle Freiheit zu fördern und die individuellen Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt zu stellen und zu unterstützen. Herzlichen Dank.

Präsident: Herr Klubobmann Krautgartner, ich weise darauf hin, dass wir in der Präsidiale vereinbart haben, dass, wenn wir in Bewegung sind in diesem Raum, Maske verwendet wird.

Ich darf als Nächsten Klubobmann Lindner zum Pult bitten.

Abg. KO Mag. Lindner: Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen! Facebook hat eine Erinnerungsfunktion, jeden Tag bekommt man die Postings aus den Vorjahren angezeigt. Und an viele Dinge erinnert man sich wahrscheinlich gerne, an manches aber auch nicht. Und vor einigen Tagen hat es mir eines meiner Postings aus dem November des Vorjahres angezeigt, und da habe ich geschrieben, alternativlos ist das, für das man keine Alternativen geschaffen hat. Und jetzt stehen wir heute wieder da, es ist November, und wir müssen wieder sagen, diese Maßnahmen reichen nicht aus. Es braucht weitere.

Und ehrlich gesagt will ich gar nicht daran denken, wie sich die Menschen an der sogenannten Front fühlen, die ÄrztInnen und Pflegekräfte in den Intensivstationen und den Krankenhäusern, die Menschen, die dort um Leben kämpfen, um das 15monatige Kleinkind, um schwangere Frauen, um Junge, um Alte, um Geimpfte, aber hauptsächlich um Ungeimpfte. Wie muss es diesen Menschen gehen, die mir alle nach der letztjährigen Welle gesagt haben, ein zweites

Mal halte ich das nicht aus? Und jetzt sind sie wieder in dieser Situation. Sie müssen intubieren, müssen beatmen, und dutzende Male in den letzten Wochen den Leichensack von unten nach oben hochziehen. Was denken diese Menschen heute? Was denken sie, im Wissen, die Heftigkeit und die Dramatik dieser vierten Welle wäre vermeidbar gewesen, weil es Lösungen gibt. Nämlich unsere Erfahrungen aus 20 Monaten Pandemie und vor allem die Impfung.

Und wenn wir uns die Situation am heutigen Tag anschauen, über 200.000 Infektionen in Oberösterreich seit Ausbruch der Pandemie, da sind wir trauriger Tabellenführer. Über 3.500 Neuinfektionen seit gestern. Über 100 Menschen auf den Intensivstationen. 12 Tote seit gestern. Über 2.000 übrigens in Oberösterreich seit Beginn der Pandemie. Ein Rekordwert jagt den nächsten. Und wenn wir uns das alles anschauen, dann sage ich es ganz ehrlich mit einem Allgemeinmediziner aus Wels, der im gestrigen Falter zitiert wird und der sagt, in Oberösterreich ist es ganz einfach politisches Versagen.

Und liebe ÖVP, Herr Landeshauptmann Thomas Stelzer, wenn Sie im Wahlkampf im September im Rieder Bierzelt im Wahlkampf mit 1.500 Menschen schreien, hier regiert die ÖVP, dann ist es für mich auch klar, es ist das politische Versagen der ÖVP und von Thomas Stelzer. (Beifall)

Und wir werden es heute noch mehrmals hören. Die nichtvorhandene Impfkampagne, wir sind Impfschlusslicht. Der viel zu späte Auftakt der Gurgeltests und das Testchaos, das wir jetzt haben. Das fehlende Personal beim Contact Tracing, das in Wahrheit seit zwei Wochen zusammengebrochen ist. Noch immer viel zu wenig Impftermine, noch immer wochenlange Wartezeiten bei den Anmeldungen über die Homepage. Das ist alles so zögerlich. Das ist so lax. Das ist viel zu spät. Wenn das Haus brennt, dann den Rauchmelder montieren, ist einfach zu spät.

Wir haben als SPÖ 20 Monate lang Vorschläge zur Pandemiebekämpfung gemacht, die Anti-Corona-Servicecentren, die Gurgeltests schon im Frühjahr, die Lollipop-Tests in den Kindergärten, mehr Personal für das Contact Tracing. Immer haben sie diese Anträge und Vorschläge entweder in den Ausschüssen verräumt, niedergestimmt oder lächerlich gemacht. Deswegen fordern wir sie heute ein letztes Mal auf, folgen Sie dem Beispiel Wiens, sorgen Sie für ein offensives, für ein vorrausschauendes, für ein klares Krisenmanagement. Herr Landeshauptmann, worauf haben Sie die letzten Tage gewartet? Sie haben jetzt angekündigt, diese dringend notwendigen Maßnahmen zu treffen und den Lockdown zu machen. Wir haben alle keine Freude damit und hätten uns etwas anderes vorgestellt. Aber nur ein gesamter Lockdown rettet jetzt Leben. Ich glaube, alle hier herinnen wollen wir diesem Virus beim Töten nicht mehr zuschauen. Deswegen kommen Sie in die Gänge und lernen wir aus diesen massiven Versäumnissen des heurigen Sommers. Danke (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mayr.

Abg. KO Mayr: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Situation in dieser vierten Corona-Welle ist dramatisch. Wir haben in Österreich die unglaubliche Zahl von 12.000 Personen, die an Corona gestorben sind. Wir haben unvorstellbare Situationen in den Krankenhäusern. Wir haben volle Intensivstationen. Wir haben geplante Operationen, die verschoben werden müssen. Wir haben in Oberösterreich die Situation, dass Leichen wegen Überfüllung am Gang abgestellt worden sind. Wir haben erste Bundesländer, die Triage-Teams einsetzen, Fachleute, Medizinerinnen und Mediziner, die darüber entscheiden müssen, wer lebt und wer stirbt.

Jeder, der die Situation nur halbwegs, wirklich nur halbwegs, ernst nimmt, dem muss bewusst sein, dass wir jetzt alles tun müssen, was in unserer Macht steht, dass wir diese Pandemie unter Kontrolle bringen und im besten Falle, dass wir diese Pandemie beenden. Jetzt ist völlig klar, dass in dieser Situation, dass in so einer Pandemie vieles neu ist, dass vieles auch noch unbekannt ist. Aber wir haben jetzt seit 20 Monaten die Wissenschaft an unserer Seite, die Wissenschaft, die uns die Antworten liefert, wie wir dieses Virus besiegen können. Die Wissenschaft liefert uns die Basis für Entscheidungen, aber treffen müssen diese Entscheidungen die Politik. Das ist unsere Verantwortung, die wir alle zusammen wahrnehmen müssen. Das erwarten sich übrigens die Menschen auch von uns, dass diese Verantwortungen wahrgenommen werden. Genauso, wie sich die Menschen erwarten, dass es klare, belastbare und eindeutige Aussagen von der Politik gibt. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, wenn es gelebte Uneinigkeit gibt, wenn es offenen Streit gibt, gerade in Regierungen auf allen Ebenen. Das sage ich auch dazu. Das ist etwas, was in der Situation völlig inakzeptabel ist. Noch weniger Verständnis habe ich allerdings dann, wenn nicht nur gestritten wird, sondern wenn es eine Regierung gibt, die nicht nur streitet, vielleicht auch nicht einmal sichtbar, sondern die noch dazu in völlig unterschiedliche Richtungen arbeitet. Das ist in Oberösterreich viel zu lange der Fall gewesen.

Nach der Landtagswahl hat sich Landeshauptmann Stelzer dafür entschieden, wieder eine Koalition mit der FPÖ einzugehen. Ich rufe den Grund dafür in Erinnerung. Der Grund heißt für den Landeshauptmann Stabilität. Ich frage mich ganz ehrlich, wo diese Stabilität jetzt tatsächlich zu finden ist. Die ist sicher nicht zu finden im Regierungsprogramm, wo Corona gerade einmal ein paar lächerliche Zeilen bekommen hat. Die Stabilität ist genau so wenig dort zu finden, wo es eigentlich ein gemeinsames Auftreten der Regierung bräuchte. Das gemeinsame Auftreten in dieser Regierung gibt es seit Wochen nicht mehr. Die Einen beschließen Maßnahmen, viel zu zögerlich und viel zu spät, ich glaube, auch darüber herrscht mittlerweile Einigkeit, und die andere Regierungspartei kündigt überhaupt gleich an auf Bundesebene, gegen diese Entscheidungen vor dem Verfassungsgerichtshof zu ziehen. Ganz ernsthaft, das ist eine Uneinigkeit, die Österreich, die Oberösterreich tatsächlich in eine riesengroße Gefahr bringt. Eine Regierung, die so agiert, hilft uns tatsächlich nichts.

Was uns übrigens auch nichts hilft, und ich hätte nicht gedacht, dass wir das jemals im Landtag auch in dieser Deutlichkeit hören, sind Fake News. Es hilft gar nichts, wenn irgendwelche falschen Dinge erzählt werden, weil das konkrete Auswirkungen hat. Wenn Corona verharmlost wird, wenn geredet wird von einer leichten Sommergrippe, wer das tut, der trägt die Mitverantwortung dafür, dass in Österreich Menschen sterben. (Beifall)

Wer davon spricht, dass in den Schulen keine Gefährdung ist, wer davon spricht, dass Kinder nicht gefährdet sind, der soll bitte ins Krankenhaus schauen, in Linz, wo ein 15 Monate altes Mädchen auf der Intensivstation liegt. Da zerreißt es einem das Herz. Wir haben vor vielen Monaten noch verzweifelt gelacht, wie ein früherer durchgeknallter Ex-Präsident in den USA vorgeschlagen hat, dass man doch Bleichmittel gegen Corona injizieren möge. Jetzt lacht niemand mehr, wenn der FPÖ-Chef sagt, dass man Pferdeentwurmungsmittel nimmt, nämlich mit dem Resultat, dass mittlerweile Menschen medizinisch behandelt werden müssen, weil auf diese Ratschläge gehört wird. Das ist ein purer Wahnsinn, was von der Politik gesagt wird, hat ganz konkrete Konsequenzen und auch das, was getan wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben eine Aufgabe, und das ist: Hören wir auf die Wissenschaft. Das betrifft die Klimakrise genauso wie die Corona-Krise. Wir haben die Möglichkeit, in Rekordzeit von der Wissenschaft zur Verfügung gestellt bekommen, was diese Pandemie beenden kann, und das ist die Impfung. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe, dass

wir uns als Landesregierung hinstellen, (Präsident: „Ich bitte, zum Ende zu kommen!“) und sagen, diese Impfung kann die Pandemie beenden. Ich hätte nicht gedacht, dass ich das jemals im Landtag in dieser Deutlichkeit sagen muss. In dieser Situation, in der wir uns befinden, geht es um Leben und Tod. In dieser Situation, in der wir uns befinden, darf es nicht mehr um parteitaktische Spielchen gehen, es geht nicht mehr um persönliche Befindlichkeiten, es geht um Leben und Tod, und das ist unsere gemeinsame Verantwortung. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Wenn man sich die Zahlen nüchtern und objektiv ansieht, dann weiß man, dass es einen großen Handlungsbedarf gibt, und es ist gar nicht die Frage, ob, sondern nur das wie. Ich habe das selbst erlebt. Ich war selbst im Frühling im Krankenhaus, und da kann man auch nicht mehr reden, wie viele Prozent an freien Betten gibt es noch, weil da geht es nicht um die Betten alleine, sondern es geht um die Pflegekräfte. Ich habe das selbst erlebt, wie das ist, wenn man sich da ein- oder ausschleusen muss als Pflegekraft oder als Arzt, dann kann man hier, und das sage ich den Kollegen von der MFG, nicht einfach nur von Prozenten sprechen, sondern muss man wissen, dass die Pflegekräfte das wahrscheinlich tatsächlich nicht mehr schaffen. Die haben schon sehr viel geleistet in den letzten zwei Jahren. Das ist beinahezu unmenschlich.

Leider gesellt sich zu der großen Zahl von Ungeimpften in den Krankenhäusern derzeit auch noch eine steigende Zahl vor allem älteren Doppeltgeimpften dazu, bei denen es immer häufiger zu Impfdurchbrüchen kommt. Das heißt ausdrücklich nicht, dass ich die Nützlichkeit oder die Wirksamkeit von Impfungen anzweifle. Zu einem nüchternen und objektiven Blick auf die Faktenlage gehört jedoch auch diese Tatsache dazu. Die Maßnahmen, die gesetzt werden müssen, müssen schnell wirksam werden, sie müssen leicht zu verstehen sein, sie müssen leicht zu befolgen sein, und sie müssen auch leicht zu kontrollieren sein, und sie müssen im Einklang mit unserer Verfassung stehen. Gerade auch in einer Notsituation, damit das Vertrauen der Gesellschaft in Institutionen nicht zur Gänze verloren geht. Denn Vertrauen ist die wichtigste Währung in Krisen. Diese Komponente darf man nicht ausblenden.

Und wir brauchen Maßnahmen, die frei sind von aufgeladenen und von emotionalisierten Diskussionen, und die durch ihre weitgehende Akzeptanz auch schnell wirksam werden. Da gibt es unterschiedlichste Möglichkeiten, und ich werde nicht auf alle Details eingehen. Aber wenn hier indirekt gesagt wird, die Freiheitliche Partei wäre Schuld an der Situation oder man arbeitet in unterschiedliche Richtungen, man arbeitet nicht in unterschiedliche Richtungen, sondern wir müssen auch mit dem umgehen, was uns seitens der grünen Gesundheitsminister auf das Tablett gestellt worden ist in den letzten 20 Monaten. Wenn hier gesagt wird, wir bekämpfen Regelungen, ja dann bekämpfe ich diese Regelung, was die Genesenen betrifft, weil mein Laborbefund, liebe Damen und Herrn der Grünen, das sind keine Fake News, dieser Laborbefund. Sie haben einfach Antikörpernachweise gestrichen, ohne irgendeine wissenschaftliche Grundlage, obwohl die AGES dazu eine Untersuchung gemacht hat schon vor über einem halben Jahr. Das stützt auch nicht das Vertrauen in Institutionen und das Vertrauen in den Rechtsstaat, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall)

Das ist das wahre Problem auch. Was waren denn die Strategien? Warum sind denn die Leute auch so kritisch? Man wird das Virus besiegen. Masken schützen nicht, Masken schützen. Mund-Nasen-Schutz hilft nicht. FFP2-Maske nützt. Antikörpernachweise sind gültig und können verlängert werden. Auf einmal Antikörpernachweise sind nicht mehr gültig. Impfen schützt vor Krankheit. Nur die dritte Impfung oder das Boostern schützt vor einem schweren

Verlauf. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen offen und nüchtern darüber diskutieren. Ich habe mich einem Diskurs nie verwehrt, nie und zu keinem Zeitpunkt. Aber dann soll man auch wissenschaftliche Artikel lesen. European Journal of Epidemiology veröffentlicht am 30. 9. 2021: Increases in COVID-19 are unrelated to levels of vaccinations across 68 countries and 2947 counties in the United States. Wir müssen uns mit den Dingen genau auseinander setzen. Wir müssen das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen in diesem Land, und man muss eine klare Strategie haben, und es muss auch einen Strategiewechsel geben. Dann werden wir gemeinsam diese Pandemie auch gut zu einem Ende führen können, als Gemeinschaft, aber nicht als billigen politischen Schauplatz, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Dörfel.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute einen eindrucksvollen Bericht von Landeshauptmann Thomas Stelzer über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie in Oberösterreich gehört. Dieser Bericht hat sehr deutlich gezeigt, dass alles unternommen wurde und wird, um die Gesundheit zu schützen, Arbeit zu sichern und Betriebe zu stärken.

Andere sind jetzt gescheit und wissen im Nachhinein alles besser. Wir haben rechtzeitig klare Entscheidungen getroffen mit einschneidenden Maßnahmen. Wir haben sie getroffen in Abwägung der jeweils aktuellen Zahlen, der Empfehlungen der Ärzte, der Folgen für Wirtschaft und Arbeit und der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit. Wir haben das jeweils gelindeste, noch zum Ziel führende Mittel angewendet. Daher bedanke ich mich bei Landeshauptmann Thomas Stelzer und Gesundheitsreferentin Christine Haberlander für die umsichtige Führung unseres Landes durch die Krise. Herzliches Dankeschön! (Beifall)

Ich bedanke mich aber auch vor allem bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Krisenstäben auf allen Ebenen, in unseren Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, sie arbeiten seit Monaten auf Hochtouren. Viele sind an ihrer Leistungsgrenze angelangt, doch sie kämpfen weiter, dass sie unsere Gesundheit schützen und Leben retten. Alle verdienen unseren Respekt, unsere Anerkennung und unsere besondere Wertschätzung. Herzlichen Dank dafür! (Beifall)

Jetzt sind wir mitten in der vierten Welle. Sie wurde zwar erwartet, aber nicht so heftig. Es hat selbst die Experten überrascht, wie die Zahlen explodieren. Das Virus wehrt sich offensichtlich mit ganzen Kräften, nicht nur in Oberösterreich, sondern auch in anderen Bundesländern, in Deutschland, in ganz Europa. Daher müssen und werden wir den Kampf gegen Corona weiter verstärken. Impfangebote, Testangebote, Informationskampagnen, weitere Einschränkungen für Ungeimpfte und auch für Geimpfte unter Umständen. Fast täglich eine andere Lage und neue Herausforderungen. Was heute gilt, kann morgen schon überholt sein. Eines ist aber sicher: Impfen schützt. Impfen hilft. Das zeigen alle objektiven Zahlen.

Letztes Wochenende hat einer zu mir gesagt: Wir sind im Krieg. Wir sind im Krieg gegen Corona. Meine Antwort war: Das ist richtig. Das Gute ist aber, dass wir diesen Krieg gewinnen können, wenn wir zusammenhalten, egal ob geimpft oder ungeimpft, wenn wir unsere Rechte und Pflichten als Bürger im Auge haben, wenn jeder seinen Teil dazu beiträgt, vor allem aber, wenn wir alle endlich eines begreifen: Das Corona-Virus ist unser Feind, nicht die Maßnahmen der Regierung oder die Anordnungen des Landeshauptmanns. Das Corona-Virus ist unser Feind, und diesen Feind sollen wir gemeinsam bekämpfen. Gehen wir daher diesen Weg gemeinsam. Gehen wir ihn mit Mut und Zuversicht, mit Kraft und Optimismus, um die

Gesundheit zu schützen, um Leben zu retten, um die medizinische Versorgung in unserem Land zu stabilisieren. Danke! (Beifall)

Präsident: Da keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen nun zur Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen haben wir Ihnen auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt. Entsprechend der gestrigen Vereinbarung in der Präsidialkonferenz beginne ich mit der Anfrage des Abgeordneten Mag. Tobias Höglinger an Herrn Landesrat Mag. Günther Steinkellner.

Abg. **Mag. Höglinger:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Seit 1. Oktober kann das Klimaticket Oberösterreich in den Varianten Klima Ticket OÖ Regional zu 365 Euro, Klima Ticket OÖ Regional plus Linz zu 621 Euro, Klima Ticket OÖ Regional plus Wels zu 604 Euro, Klima Ticket OÖ Regional plus Steyr zu 604 Euro, Klima Ticket OÖ Gesamt zu 695 Euro, alternativ zum Klima Ticket Klassik für ganz Österreich zu 1.095 Euro erworben werden. Wie hoch ist der Unterschied zwischen der Anzahl aller bisher verkauften regional gültigen oberösterreichischen Klimaticketvarianten zur Anzahl aller bisher verkauften Klimatickets für ganz Österreich an Oberöreicher/innen?

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Um die Frage korrekt zu beantworten, wäre der Unterschied etwa 3.500. Aber ich glaube, dass der Landtag in dieser Situation auch gerne wissen will, wie sich das alles entwickelt hat. Wir haben derzeit laut jüngster Auskunft des Ministeriums rund 20.500 verkaufte Tickets, Österrichticket von Oberöreicherinnen und Oberöreichern. Wir haben 17.000 Tickets, die in Oberösterreich entweder das Oberösterreich-Ticket oder eine der Varianten der oberösterreichischen Formen des Oberösterreich-Tickets verkauft wurden. Bei den 17.000 sind aber all jene auch inkludiert, die ein teureres Ticket hatten und automatisch umgestellt wurden.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte!

Abg. **Mag. Höglinger:** Setzen Sie sich in Verhandlungen dafür ein, dass die Oberöreicherinnen und Oberöreicher bald ein echtes 365-Euro-Ticket kaufen können, das wirklich ohne Aufpreis für ganz Oberösterreich gilt, so wie es das bereits für Bewohner und Bewohnerinnen für anderer Bundesländer gibt?

Präsident: Ich bitte um Beantwortung!

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Dieses 365-Euro-Ticket, das es in Wien gibt, ist dort anders zu betrachten aufgrund des städtischen Verkehrs. Es gibt ein Oberösterreich-Ticket um 365 Euro, allerdings sind hier nicht die städtischen jeweiligen Kernzonen Linz, Wels und oder Steyr inkludiert. Mit 365 Euro können sie in Gesamt-Oberösterreich fahren. Dieses Ticket gibt es im Angebot. Wir müssen wissen, dass immer jede Forderung nach noch günstigeren Tickets nicht wirklich dazu führt, dass umgestiegen wird. Denn wenn ich Klimaschutz ernst betreibe, dann ist doch das Ziel, dass jemand sein Auto stehen lässt und auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigt. Und das werde ich nicht durch den Preis, sondern durch den Ausbau und durch die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs erreichen, und daher hoffe ich auf viel Unterstützung des Oö. Landtags, wenn es um die Finanzierung geht.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Bitte.

Abg. **Mag. Höglinger:** Wie viele OÖ Klimatickets müssten verkauft werden, damit Sie das Klimaticket als ein Erfolgsprojekt bezeichnen können?

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Ich bezeichne die jetzt rund 37.000, 38.000 verkauften Tickets auch durch die Umstellung sehr wohl als einen bereits erzielten Erfolg. Das Problem, das wir allerdings haben, es hilft uns nicht in der Hauptverkehrszeit, in Nicht-Corona-Zeiten, weil dort die Kapazitäten erschöpft sind.

Präsident: Dankeschön. Es gibt eine weitere Zusatzfrage von der Frau Abgeordneten Engl bitte.

Abg. **Mag. Engl:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Wie hoch sind die Kosten für das Klimaticket Oberösterreich in all seinen Variationen, die das Land Oberösterreich zu tragen hat?

Präsident: Bitte um Beantwortung.

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht klar. Wir haben verschiedene Evaluierungen, die die Abgeltungen des Bundes auf das Oberösterreich-Ticket beziehen, weil wir natürlich dort, wo es zu Kapazitätsengpässen kommt und es noch Möglichkeiten der Erweiterung gibt, auch diese zu berücksichtigen sind. In der augenblicklichen Phase wird das Oberösterreich-Ticket für Oberösterreich mit rund 17 Millionen Euro vom Bund für Oberösterreich unterstützt und der Restbetrag des Österreich-Tickets, der jetzt aber einen besonderen Erfolg darstellt. Warum dieser Erfolg ist, hängt auch damit zusammen, weil ja eine 15-prozentige Ermäßigung des Frühbucherbonus gerade jetzt eingeführt wurde. Das ist erst in Gesprächen und Verhandlungen zu klären.

Abg. **Mag. Engl:** Danke.

Präsident: Es gibt eine weitere Zusatzfrage von Klubobmann Krautgartner, bitte.

Abg. KO **Krautgartner:** Geschätzter Herr Landesrat! Welche Maßnahmen werden getroffen, um das Klimaticket auch außerhalb der Ballungszentren sinnvoll nutzen zu können, beispielsweise Lohnsburg am Kobernaußerwald und viele andere, wo nur ein-, zweimal am Tag ein Bus durchfährt?

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Wie ich bereits angesprochen habe, geht es darum, dass, wenn ich Menschen begeistern möchte, dass sie auf den öffentlichen Verkehr umsteigen, man ihnen auch ein Angebot bieten muss. Jetzt haben wir ja nicht nur die sogenannten Zielverbindungen, wir haben die Querverbindungen, die gerade im Innviertel beispielsweise, weil Sie das angesprochen haben, große Probleme mit sich bringen, und natürlich hier auch in der Kritik stehen, wenn leere Busse durch die Gegend fahren. Es ist mit den Gemeinden, mit den Regionalmanagern eine umfassende Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, um auch eine entsprechende Wirkung damit zu erzielen. Und ich verspreche mir viel durch Mikro-ÖV-Lösungen, wo die Zubringung zu Hauptachsen des öffentlichen Verkehrs, womöglich der Zug zur Verfügung gestellt wird, um mehr Menschen zum öffentlichen Verkehr zu begeistern.

Abg. KO **Krautgartner:** Herzlichen Dank.

Präsident: Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Ich darf zur zweiten Anfrage an Landesrat Steinkellner kommen. Die Abgeordnete Engl bitte.

Abg. **Mag. Engl:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Das zuständige Ministerium hat die strategische Prüfung Verkehr für das Straßenprojekt Linzer Ost-Umfahrung eingeleitet. Das Projekt ist seit jeher höchst umstritten, vor allem die Trassenauswahl stößt immer mehr auf Kritik. Mittlerweile haben sich fast alle der im Linzer Gemeinderat vertretenden Parteien gegen die geplante Straßenführung durch Linz ausgesprochen. Wie planen Sie, in Bezug auf die Ost-Umfahrung eine einvernehmliche Lösung mit der Stadt Linz herzustellen?

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Die Stadt Linz hat mit mir auch ein gemeinsames Leitbild erstellt, „Kumm steig um!“. Hier wurde klar festgelegt, dass die Verbindungswirkung und der Lückenschluss notwendig erscheinen. Ich freue mich, eine junge, neue Abgeordnete als Verkehrssprecherin sozusagen erstmals auch begrüßen zu dürfen und die Fragen beantworten zu dürfen.

Und ich bitte um Folgendes: Verkehrsthemen, wenn man den ideologischen Zugang außer Acht lässt, haben historisch oft einen überraschenden Kontext. Es gab eine grüne Fraktion, die sagte einmal zu mir, wir sind gegen den Westring, aber sehr wohl für eine Ost-Umfahrung. So gehe ich etwas in der Geschichte zurück. In den Jahren 2012 bis 2015 hat es insgesamt zehn Regionalkonferenzen gegeben, und ich werde jetzt nicht Einzelpunkte vortragen, sondern es ist darum gegangen, was ist sinnvoll, was ist verkehrswirksam? Eine stadtnahe Trasse, eine Mitteltrasse in der Achse Pregarten bis Enns oder eine weiter entfernte Streckenführung. Wir reden jetzt nur über eine Streckenführung und nicht über das, was immer wieder vermischt wird, als Anrainerschutz, unterirdische, oberirdische Führung betrachtet wird, das kommt erst viel später.

Bei diesen Überlegungen hat man sehr rasch die stadtferne Variante ausgeschieden, weil niemand freiwillig einen Umweg auf der Autobahn fährt, wenn er dafür auch noch zahlen muss. Der Mittelbereich zwischen Linz und Enns wurde sehr intensiv untersucht, die Konferenzen hat es gegeben, und man hat sich für die stadtnahe Trasse entschieden, weil gerade die Stadt Linz die größten Vorteile davon haben würde. Der Raum zwischen Linz und Enns ist verkehrsmäßig vor einem Kollaps stehend. Da dürfte überhaupt nichts mehr umgewidmet werden.

Ich lese zwar immer wieder neue Projekte, die dort kommen sollten. Ich weiß nicht, wie es funktionieren soll. Das Einzige, was hier wirklich auch helfen würde, wäre die Ost-Tangente mit der Anbindung der B1, um für die Bewohnerinnen und Bewohner jetzt dort bereits eine Verbesserung zu erzielen. Dann fahren wir auf der Seite der voestalpine bei Industriegebiet mit hoffentlich einer gemeinsamen guten Anbindung des Industriegebietes, was eine Entflechtung des Pendlerverkehrs für die voestalpine und für alle Industriebetriebe bedeuten würde. Und dann haben wir ja das sensible Gebiet auf der Urfahrnerseite der Au, wo wir entsprechend eines Umweltplanes und Umweltauflagen in der Detailplanung Rücksicht zu nehmen haben.

Dass der maximale Anrainerschutz oder der maximale Natur- und Umweltschutz bei derartigen Projekten natürlich eine wesentliche Rolle spielt, ja, aber wir sind noch nicht so weit. Erst in der strategischen Prüfung wird einmal angeschaut, braucht man das überhaupt. Und jetzt sage ich auch noch ganz einfach, in Wahrheit brauchen wir es. Was immer wir in Linz, Oberösterreich entscheiden.

Tschechien baut die Autobahn von der deutschen Grenze nach Dresden, Prag fertig, bis Wullowitz voraussichtlich 2026, Reststückbereiche vor Prag und nach Prag werden bis 2030 fertig werden. Wenn dieser Prozess wieder neu aufgerollt wird, dann verlieren wir meiner

Einschätzung nach zehn Jahre. Das heißt, wir reden dann über die Zeitepoche 2040, im Übrigen dann klimaneutrale und CO₂-freie Fahrzeuge, die unterwegs sind. Aber ich sage Ihnen auch, wenn wir den Standort Oberösterreich erhalten wollen auf Dauer und gleichzeitig die Bewohnerinnen und Bewohner des Linzer Südens unterstützen mit einer Verkehrslösung und nicht eine Transilawine durch die gesamte Stadt führen wollen, wo gesamt Linz betrachtet wird, brauchen wir ganz dringend die Ost-Tangente.

Und ich verlasse mich auf die Expertenposition mit der Raumordnung, die gemeinsam mit dem Kollegen Achleitner erstellt wurde. Und erst jetzt geht es los im strategischen Verfahren mit der Ministerin und den Beteiligten, das alles zu überprüfen unter dem Motto, brauchen wir es überhaupt? Sollte dieses zu einem sogenannten Ergebnis führen, wir brauchen diese Ost-Tangente, dann würde es in das Bundesstraßengesetz aufgenommen werden, dann würde die Asfinag die Planung, nämlich auch die Detailplanung übernehmen, wo es genau um den Anrainerschutz in Ebelsberg, in Pichling, um den Naturschutz und Umweltschutz, um den Ausschut gehen würde.

Ich würde Sie einfach ersuchen, jetzt einmal dieses Verfahren durchzudenken, sich intensiv daran zu beteiligen, Verbesserungen und Anregungen miteinzubringen. Aber von vornherein zu sagen, wir wollen die Trasse nicht, wir wollen was anderes, was es nicht gibt, weil das ist alles eben zehn Jahre, acht Jahre zuvor bereits untersucht worden, das halte ich für einen totalen Fehler. Es gibt in der Verkehrspolitik nicht schwarz-weiß, sondern in der Mitte, und das ist mein Lieblingspruch, befinden sich die Farben des Lebens. Diskutieren Sie mit uns sehr fachlich, welche Problemlösungen wirklich die Besten sind für die Anrainer. Keiner von uns will einem Linzer, Steyregger, Astner, Ennsner, Valentiner Bewohner Schaden zufügen.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte.

Abg. **Mag. Engl:** Meine erste Zusatzfrage ist in Teilen schon beantwortet, ich möchte es aber noch einmal festhalten. Heißt das, dass auch in der jetzigen Situation, in der sich auch die Stadt Linz jetzt noch einmal ganz deutlich gegen das Projekt ausgesprochen hat, Sie an dieser Trasse festhalten?

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Es ist leider meine Aufgabe, die eine sehr schöne Aufgabe ist. Ich kann nicht parteipolitisch Rücksicht nehmen auf eine wirtschaftliche und strategische Infrastrukturmaßnahme, die sich für die nächsten 100 Jahre auswirken wird. Soweit ich es verstanden habe, gibt es genaue Bedenken betreffend Anrainerschutz, Umweltschutz. Alle diese Probleme verstehe ich, und die gehören ordentlich abgearbeitet, und genau in diesem Verfahren mit der strategischen Prüfung werden wir auf diese Punkte Rücksicht nehmen.

Präsident: Gibt es eine weitere? Bitte.

Abg. **Mag. Engl:** Infrastruktur prägt unsere Verkehrsentwicklung. Was heute gebaut wird, bestimmt für viele Jahrzehnte das Mobilitätsverhalten von uns allen. Faktum ist aber auch, auch wenn wir jeden, Sie haben es angesprochen, Verbrennungsmotor durch alternative Antriebe wie E-LKWs, Wasserstoff etc. ersetzen, werden wir die Klimaziele nicht erreichen. Welche Maßnahmen setzen Sie, um den LKW-Transit auf den heimischen Straßen Oberösterreichs insgesamt zu reduzieren?

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Geschätzte Frau Abgeordnete! Sie sind jetzt noch neu in diesem Geschäft, aber der Transit ist eine Aufgabe natürlich des Ministeriums und ich bin also dauerlänglich bei der Frau Klimaministerin, weil ich es einfach als einen Wahnsinn erachte, dass

wir eine Eisenbahn-Fahrzeit haben von Linz nach Prag wie in der Zeit der Monarchie. Da gehört natürlich eine Hochleistungsstrecke gebaut. Aber ich bitte um Verständnis, das ist nicht meine Aufgabe.

Meine Aufgabe würde es sein, für die Pendlerinnen und Pendler, sei es mit Bus als auch vor allem mit der Bahn, Verbesserungen herbeizuführen. Und ich bitte um umfassende Unterstützung bei diesen großen Projekten, ich sage wiederum Stadtbahn, Durchbindung Mühlkreisbahn zum Hauptbahnhof und vom Hauptbahnhof, Lindbauer, JKU, Pregarten und Gallneukirchen, wo neue Bahnen errichtet werden mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund einer Milliarde Euro. Wir werden uns ordentlich anstrengen müssen, um all dies realisieren zu können. Ich hoffe, das Geld von den Abgeordneten in Oberösterreich zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Abg. Mag. Engl: Dankeschön.

Präsident: Es gibt eine weitere Zusatzfrage, Klubobmann Krautgartner bitte.

Abg. KO Krautgartner: Herr Landesrat, wurde bei der Trassenführung auf eine maximalökologische Verträglichkeit unabhängig von den Errichtungskosten geschaut?

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Wir sind noch nicht so weit. Ich wiederhole es noch einmal. Wir haben eine sogenannte Prüfung, ob überhaupt erst einmal geprüft wird, ob eine Verkehrsverbindung vom Norden in den Süden notwendig ist. Wir, die Fachleute haben mich überzeugt, ich bin davon überzeugt. Danach wird von OÖ-Seite ein Vorschlag für eine Trasse unterbreitet. Das Ministerium kann eine komplett andere Trasse ebenfalls vorschlagen. Die Grundfrage ist aber zuerst zu klären. Ist diese Verbindung notwendig oder nicht?

Und genau diese strategische Prüfung wird jetzt durchgeführt. Da reden wir noch nicht über den Umweltschutz. Da reden wir noch nicht über den exakten Verlauf, sondern wir reden darüber, ob die Notwendigkeit besteht, dieses Autobahnstück in das Bundesstraßengesetz aufzunehmen. Sollte das erfüllt sein, werden wir uns genau dafür einsetzen, dass selbstverständlich die Menschen optimal geschützt werden, unterflur gefahren wird, eingehaust wird und dass dort, nämlich auf der Urfahrnerseite, wo Au-Gebiet besteht, die Naturbeeinträchtigung so kurz oder so wenig wie möglich erfolgt.

Abg. KO Krautgartner: Danke.

Präsident: Eine weitere Frage kommt von Klubobmann Eypeltauer, bitte.

Abg. KO Mag. Eypeltauer: Herr Landesrat, ich kann nicht ganz aus meiner Haut als ehemaliger Linzer Gemeinderat und möchte mich um eine Sache erkundigen. Und zwar, egal welche Trasse es dann nun am Ende des Tages wird, wie planen Sie, die unmittelbare, aber auch die mittelbar von der Trassenführung betroffene Bevölkerung partizipativ, informativ einzubinden, was zum Beispiel Lärmschutzkonzepte, die optische Gestaltung, die konkrete Führung von Abfahrten etc. betrifft im Wissen, dass das dann wahrscheinlich auch Teil dessen sein wird, was die Asfinag zu tun haben wird, aber hier haben Sie natürlich auch Möglichkeit, Einfluss zu nehmen?

Präsident: Bitte um Beantwortung.

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Herr Klubobmann, danke. Ich wiederhole noch einmal die Antwort. Es geht nicht darum, dass wir jetzt eine konkrete Trasse mit den Maßnahmen, die ich für notwendig erachte, wo ich auf Seiten der Linzer Politiker stehe, die den maximalen Schutz na selbstverständlich für die Menschen als auch für Umwelt und Natur dort einmahnen. Ja, unbedingt.

Es geht jetzt in der strategischen Prüfung aber darum. Brauchen wir eine Autobahn, die genau diese Verbindungswirkung zur A1 hat? Ja oder nein? Wir haben, wenn man es überregional betrachtet, die Themen, dass wir damit eine Verlagerung des Durchzugsverkehrs der jetzigen Stadtautobahn auf diese neue Trasse erwarten. Genau das ist zu berechnen. Erst wenn sich herausstellen sollte, dass auch die Ministerin und der Nationalrat zustimmen, würde es in eine Detailplanungsphase gehen, und dann werden wir das Maximale für uns natürlich versuchen zu erreichen.

Wir haben da viele Gespräche gerade mit der voestalpine, wo es notwendig wäre, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht auf der jetzigen Zufahrtsstrecke Bindermichl-Tunnel oder von der anderen Seite durch Linz durchfahrend zur voest kommen, weil sie könnten von der anderen Seite durchfahren. Wir haben also viele, viele Vorteile, die also eine Entlastung der Stadt Linz bringen würden. Aber solange ich nicht weiß, gibt es überhaupt eine Trasse, ist es der falsche Zeitpunkt, eine Trasse, die jetzt vorgeschlagen wird, zu kritisieren, weil es kann auch das Ministerium sagen, ja, die Verbindungswirkung ist notwendig, aber die Trasse stimmt nicht.

Da haben wir eine Beunruhigung der Bevölkerung, die ich zwar aus dem Wahlkampf verstehe, aber der Wahlkampf ist vorbei, und jetzt geht es um ein Grundbekenntnis, fahren wir von der Mühlkreisautobahn auf die A1 immer durch Linz mitten durch oder machen wir eine Verbindungsautobahn, um die Stadt Linz zu entlasten? Wo ist offen und damit ist das Wie offen. Wenn wir so weit sind, kämpfen wir für die Astner, für die Linzer, die Ennsner, für die Bevölkerung, um eine bestmögliche Lösung zu erreichen.

Ich sage Ihnen noch einmal, und das ist für Linz entscheidend, wenn die B1-Anbindung an die Autobahn dort nicht erfolgt beim Schildenberg, kollabiert der Verkehr. 70 Prozent des bereits rechtskräftig gewidmeten Umfelds zwischen Linz und Enns, wenn diese 70 Prozent umgesetzt werden würden, gäbe es einen Verkehrskollaps, sogar wenn die B1 vierstreifig in der Zwischenzeit ausgebaut werden würde, würde es nicht mehr nützen. Da rede ich nicht von noch nicht umgewidmeten Grundstücken wie etwa Ebelsberg oder Sommergründe.

Präsident: Dankeschön. Es gibt eine weitere Zusatzfrage von dem Abgeordneten Hemetsberger.

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger**: Herr Landesrat, unabhängig vom Wie und Wo hätten wir eine eher grundsätzliche Frage. Und zwar, Sie wissen, Sie haben gestern am Abend vielleicht Fernsehen geschaut, wir haben in Österreich ein Thema mit dem Bodenverbrauch und Sie wissen auch, dass sich die Bundesregierung bekannt hat, den täglichen Bodenverbrauch auf 2,5 Hektar pro Tag zu reduzieren, und da gibt es auch Bekenntnisse des Landes Oberösterreichs dazu. Und jetzt würde mich interessieren, wie glauben Sie, dass der Bau einer Ost-Umfahrung mit diesen Bodenschutzzielen vereinbar ist?

Präsident: Bitte um Beantwortung.

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Geschätzter Herr Abgeordneter! Wenn ich mir also die jetzige Trasse anschau, ist beim Bodenverbrauch jedenfalls das Teilstück, wo am voestalpine Industriegelände gefahren wird, kein Bodenverbrauch gegeben. Nachdem zahlreiche Untertunnelungen und Einhausungen geplant sind, sei es Au, sei es Schildenberg dort auch nicht, so habe ich trotzdem das Gesamtziel vor Augen zu haben. Und im Übrigen ist nicht nur der Bodenverbrauch auch ein wichtiges Ziel der Zukunft, sondern unter anderem auch der Klimaschutz.

Das bedeutet aber auch, dass ich keinen Stau produziere. Und wenn ich weiß, dass ich eine Verlagerung habe, vielleicht kann noch ein Argument in Ihren Überlegungen Zutritt finden, und ich bitte diese Argumente mit aufzunehmen, weil es nicht eine parteipolitische Angelegenheit ist, es gibt überall Grüne und es gibt überall Blaue, Schwarze, Türkise, was auch immer, die dort irgendwo wohnen und betroffen sind.

Die Innkreis-Autobahn ist die derzeit meistbelastete LKW-Autobahn Österreichs mit rund 3,5 Millionen LKWs im Jahr. Ein LKW, der von Dresden über Hof, Suben nach Linz, sei es Zielquellgebiet oder weiter in den Süden auf die Pyhrn-Autobahn fährt, fährt derzeit laut Navi einen Umweg von etwa 130 Kilometern. Wenn die Autobahn in Tschechien fertig sein wird, wird jeder Verkehr, der Zielquellverkehr in den Großraum Linz, Wels, Steyr oder der auf die Pyhrn-Autobahn auf dieser Strecke dann mitten durch Linz fahren. Das ist eine europäische Hauptachse. Und ich bitte auch hier die Grünen diese Gesamtverantwortung zu überlegen, was es bedeuten würde, wenn diese Verkehrsverlagerung, die wir befürchten, eintritt. Dann hat Linz, aber gesamt Oberösterreich, nicht nur jeder Pendler, sondern der gesamte Verkehr ein riesen Problem. Wenn die Maßnahmen zum Schutz von Umwelt und Anrainer mit der Maßnahme, wenn die nicht in Einklang gebracht werden können, beziehungsweise wenn der Bund zum Ergebnis kommt, dass unsere Befürchtungen unbegründet sind, dann wird es nicht kommen. Und das ist jetzt die Prüfung, die das Ministerium im Rahmen der strategischen Prüfung durchführt.

Präsident: Dankeschön! Wir kommen zu einer weiteren Anfrage an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Christine Haberlander. Ich bitte die Abgeordnete Bammer um die Frage.

Abg. **Mag. Dr. Bammer**: Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Ich möchte gern nach der heißen Kartoffel der PCR-Gurgeltests fragen und zwar: Wann wurde ein landesweites PCR-Gurgeltestangebot bzw. die finanzielle und/oder organisatorische Unterstützung zum Aufbau eines solchen beim Gesundheitsministerium formell verlangt oder beantragt?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Hohes Haus, sehr geschätzte Damen und Herren, sehr verehrte Frau Abgeordnete! Es gibt viele verschiedene Testmöglichkeiten bzw. Arten von Tests, und Sie sprechen in Ihrer Frage aber rein die PCR-Gurgeltests an. Unter anderem hier gibt uns das Vergaberecht des Bundes einen Rahmen vor. Was die Schaffung des Angebots an PCR-Gurgeltests in Oberösterreich betrifft, so folgender Zeitablauf:

Das Land Oberösterreich hat beim Gesundheitsministerium am 12. März 2021 um ein eigenes landesweites PCR-Gurgelprojekt angesucht, welches dem Land Oberösterreich nicht genehmigt wurde. Die Bundesländer wurden am 22. April 2021 schriftlich ersucht, ein bis zwei Pilotbezirke für PCR-Selbsttests zu benennen, obwohl in Wien bereits das Projekt „Alles gurgelt“ flächendeckend ausgerollt war.

Oberösterreich hat ungeachtet dieses Umstandes das Projekt „Alles gurgelt in Oberösterreich“ in drei Bezirken umgesetzt und mit Juli gestartet. Eine flächendeckende Ausrollung wurde dem Land nicht bewilligt. Mit 20. August 2021 hat das Land Oberösterreich einen allgemein formulierten PCR-Screening-Antrag für bevölkerungsweite PCR-Testungen inkl. PCR-Gurgeltest, PCR-Drive- und Walk-Ins, etc. gestellt, der seitens des Gesundheitsministeriums mit 17. September 2021 wiederum mit weiteren Fragestellungen an das Land sowie den Hinweis auf die BBG-Rahmenvereinbarung für PCR-Testungen beantwortet wurde.

Dazwischen musste aufgrund der rasanten Entwicklung der Infektionszahlen bzw. vergaberechtlicher Bedingungen der Bundesbeschaffungs-Agentur eine Überarbeitung des PCR-Leistungsabrufes, sprich erhöhtes Testungsvolumen, vorgenommen werden.

Unmittelbar darauf folgend fanden die Verhandlungen mit den Anbietern entsprechend dem BBG-Kaskaden-Ergebnis sowie Abstimmungstermine mit der BBG zur Klärung von vergaberechtlichen Themenstellungen statt. Diese Verhandlungen können aus vergaberechtlichen Gründen nicht parallel geführt werden. Ab Mitte Oktober, genau dem 20. Oktober, wurden Gespräche mit dem Erstgereihten des finalen Abrufes laut BBG-Abruf-Kaskade vorgenommen. Seit Genehmigung des Screening-Antrages erfolgt eine etappenweise Ausrollung der PCR-Gurgeltestung.

Präsident: Bitte eine Zusatzfrage?

Abg. **Mag. Dr. Bammer:** Ein Lockdown gibt jetzt eventuell einen Spielraum, dennoch, wann ist damit zu rechnen, dass ein lückenloses, alltagstaugliches PCR-Test-Angebot in Oberösterreich vorhanden ist?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Es gibt eben unterschiedliche Orte, wo PCR-Testungen vorgenommen werden. Es gibt die behördlichen Testungen, die bei den Teststraßen des Roten Kreuzes vorgenommen werden. Es gibt die Apothekentestungen, das sind ungefähr 70.000 PCR-Testungen pro Woche. Es gibt eben das Projekt „Alles gurgelt“ in drei Bezirken und eben ab 12. November den stufenweisen Ausbau „Oberösterreich gurgelt“, das im Laufe des Novembers ausgerollt werden soll auf Basis der bestehenden Vorgaben, was die Notwendigkeit eines PCR-Tests auch bedingt.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Mag. Dr. Bammer:** Welche Bedingungen stellen Sie an Ihren Vertragspartner, dass die Auswertung auch wirklich rechtzeitig erfolgt, denn wir haben da gerade massive Probleme mit den Auswertungen, wie Sie sicherlich sehr gut wissen.

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Ich möchte vorausschicken, dass am Arbeitsplatz 3G gilt. Das heißt, es gibt in vielen Bereichen auch eine Alternative für zahlreiche Berufsgruppen. Das heißt, auch der Antigentest, der 24 Stunden Gültigkeit hat, kann bei befugten Stellen durchgeführt werden. Das heißt, es gibt aktuell noch eine Alternative. Wir sind mit den Anbietern im Gespräch, da wir insbesondere sehen, dass die aktuellen Angebote auf Pooling abzielen. Da werden zehn Proben immer gemeinsam analysiert. Wir haben uns bereits

jetzt an die Anbieter gewandt mit der Bitte, doch auf Fünfer-Poolings umzustellen. Da wurde uns gesagt, das könnte eine Veränderung des Auftragsvolumens bedeuten und dass wir noch einmal in die Verhandlungsverfahren gehen müssen. Wir sind da in enger Abstimmung mit der BBG bzw. auch mit der uns beratenden Kanzlei.

Abg. **Mag. Dr. Bammer**: Danke!

Präsident: Danke! Es gibt eine weitere Zusatzfrage von Abgeordneter Schwarz bitte!

Abg. **Schwarz**: Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Vorarlberg geht den Weg, dass sie aufgrund dieser Zeitverzögerung bei den Ergebnissen der PCR-Tests eigene Labors oder ein Labor aufbaut, um eben hier schneller voranzukommen, um gerade bei den Betrieben oder auch in den Schulen die PCR-Tests schneller abwickeln zu können. Ist das auch für Oberösterreich eine Möglichkeit bzw. in Planung?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir sind in Abstimmung mit Vorarlberg, von welchen Kapazitäten diese sprechen. Uns muss bewusst sein, dass eben behördlich einige Tausend Tests gemacht werden pro Tag, dass bei den Apotheken 70.000 Tests gemacht werden, dass zwischen 60.000 bis 70.000 Tests durch „Alles gurgelt“ passieren, dass dieses Projekt „Oberösterreich gurgelt“ dazu führen wird, dass wir Ende November eine Million Tests haben. Wir stehen vor der Herausforderung, dass dieses ganze BBG-PCR-Testkonstrukt, auf das sich acht Bundesländer verlassen haben, eine Garantie für 17 Millionen Tests für ganz Oberösterreich gibt. Wir müssen schauen, wie die Kapazitäten bedeckt werden, und daher sind wir in einem ersten Schritt in die Gespräche mit den Firmen gegangen, die eben bis jetzt Vertragspartner sind und versuchen mit denen die Probleme, die es allerdings auch in allen anderen Bundesländern gibt, zu klären.

Abg. **Schwarz**: Danke!

Präsident: Es gibt eine weitere Zusatzfrage von Abgeordneter Häusler. Frau Abgeordnete, ich darf auch Sie darauf hinweisen, dass Ihr Klubobmann zugestimmt hat in der Präsidiale, in Bewegung Maske zu verwenden.

Abg. **Häusler, BSc**: Ja! Sehr geehrte Frau Mag. Haberlander! Der Fachgruppenvertreter für die medizinisch-chemische Labordiagnostik lässt am 16. November über die Oberösterreichischen Nachrichten ausrichten, dass die sechs oberösterreichischen niedergelassenen Labore nicht in den Ausschreibungsprozess von Seiten der Landesregierung eingebunden wurden. Welche Erklärung gibt es hierfür?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir haben, so wie viele andere Bundesländer, bei der BBG abgerufen. Ich habe vorhin erwähnt, dass wir von einem Auftragsvolumen sprechen, dass alleine ein Bieter eine Million Tests zur Verfügung stellen wird. Diese Kapazitäten müssen gesichert sein. Wir sind an das Vergaberecht gebunden und orientieren uns hier an der BBG.

Abg. **Häusler, BSc**: Herzlichen Dank!

Präsident: Es gibt eine weitere Zusatzfrage vom Abgeordneten Binder.

Abg. Präsident Peter **Binder:** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Du hast jetzt mehrfach die Apotheken erwähnt, die eine wichtige Säule bei diesem PCR-Testangebot darstellen. Bei mir melden sich immer mehr Apotheken, die aber durch diese kurzfristige Umstellung auf 2,5G durch Landes- und Bundesverordnungen plötzlich vor den Kapazitätsgrenzen stehen und sich von der Politik ein bisschen im Stich gelassen fühlen. Was sagst du denen?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Präsident! Ich verstehe, dass ganz viele, insbesondere auch die Apotheken, vor großen Herausforderungen stehen, und ich bedanke mich bei allen Apotheken, die ein entsprechendes Angebot, sei es PCR oder Antigen, zur Verfügung stellen. Sie sind aufgrund ihrer niederschweligen Erreichbarkeit, glaube ich, ein wichtiger Partner für die Oberöreicherinnen und Oberösterreich in diesem Land.

Soweit ich informiert bin, fanden die Gespräche stets zwischen dem Gesundheitsministerium und der Apothekerkammer bilateral statt und ich verstehe, dass es zu einem erhöhten Druck kommt, was das Angebot von Tests betrifft, wenn von Seiten des Bundes bzw. auch von Seiten des Landes die Zutrittsbedingungen verschärft werden. Das gilt für 2G, 2½G, 2G+. Ich möchte betonen, dass 2½G insbesondere gilt für den Krankenhausbetrieb und für die Alten- und Pflegeheime und auch hier für alle Berufe 3G nach wie vor gilt. Das heißt, man hat die Möglichkeit, einen Antigentest zu machen, auch bei einer befugten Stelle, das können Unternehmen sein, das können auch Gemeinden sein. Das könnte für eine gewisse Entlastung sorgen, aber das Thema ist natürlich, dass die Situation eine herausfordernde ist für all jene, die in diesem Bereich aktuell PCR-Tests anbieten.

Präsident: Danke! Eine weitere Zusatzfrage kommt von Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, mit welcher Begründung wurde vom Gesundheitsministerium die flächendeckende Ausrollung der Gurgeltests im Sommer, wie du vorher berichtet hast, abgelehnt oder nicht genehmigt?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Ich ersuche um Verständnis, dass mir die entsprechenden Unterlagen jetzt nicht vorliegen. Tatsache ist, dass wir die Begründungen oder die Anregungen, die es zum damaligen Zeitpunkt gab, auf jeden Fall aufgenommen haben, unsere Nachfragen, unsere Angebote immer verändert haben und schlussendlich eben das Begehren von uns genehmigt worden ist und entsprechend abgerufen worden ist. Das heißt, am Ende des Prozesses steht eine Vergabe, die erfolgt ist und eben an einen Anbieter, der uns eine gewisse Menge garantiert, wo es allerdings leider Gottes bei diesem oder bei diesen, wie in allen Bundesländern bekannt ist, zu Schwierigkeiten in der Umsetzung kommt.

Präsident: Dankeschön, du darfst gleich stehen bleiben. Bitte Herr Klubobmann! Eine weitere Anfrage an die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin kommt von Klubobmann Eypeltauer.

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Also die nächste?

Präsident: Die nächste, ja!

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, welche konkreten Bemühungen des Landes Oberösterreich gab es bei den Sozialversicherungen oder den zuständigen Bundesstellen, ein aktives Anschreiben inklusive Einladung zu einem konkreten Impftermin von jenen zu ermöglichen, die noch nicht geimpft sind, aber sich impfen lassen könnten?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Hohes Haus, sehr geehrter Herr Klubobmann! Zuerst möchte ich festhalten, dass sich das Land Oberösterreich seit August dieses Jahres laufend bemüht hat im Sozialministerium bzw. im Gesundheitsministerium, die Dringlichkeit eines Erinnerungsschreibens für die dritte Dosis nahezulegen. Bereits mit der Ankündigung der Auffrischungsimpfung für Mitte Oktober habe ich am 10. August aktiv vom Bund gefordert, jene Bürgerinnen und Bürger, die zeitnah die Auffrischungsimpfung erhalten sollen, gezielt und individuell zu informieren bzw. zu kontaktieren. Diese Information hätte über den bundesweiten E-Impfpass abgerufen werden können.

Da seitens des Bundes kein Schreiben erfolgte, hat das Land Oberösterreich alle Personen, welche im Zeitraum bis 30. April einen Impftermin über das Buchungssystem des Landes für sich selbst oder eine andere Person gebucht haben, kontaktiert. Der eben genannte Personenkreis wurde somit direkt über die dringliche Empfehlung für die dritte Impfdosis mit einem eigenen Erinnerungsschreiben informiert, welches am 25. Oktober an rund 155.000 Personen versandt wurde.

Vergangene Woche wurden in einer zweiten Tranche erneut rund 145.000 Menschen an diese Möglichkeit erinnert. Diese Erinnerungsschreiben wurden somit an alle Personen versandt, welche bis 30. Juni 2021 einen Impftermin über OÖ impft gebucht haben. Somit wurden 300.000 Menschen durch das Land Oberösterreich per E-Mail über die Notwendigkeit einer weiteren Impfdosis informiert und es wurde dringlich zu einer Wahrnehmung eines Impftermins geraten und auf das bestehende Impfangebot hingewiesen.

Das Land Oberösterreich verfügt jedoch im Gegensatz zu den Daten für das Erinnerungsschreiben zur dritten Dosis über keine Daten von ungeimpften Personen. In dieser Angelegenheit ist das Land Oberösterreich daher vom Bund bzw. von den Daten des Bundes abhängig. Ein aktives Schreiben des Bundes soll nach den aktuell vorliegenden Planungen des Bundes in mehreren Tranchen mit Beginn in der KW 49 über den Dachverband der Sozialversicherung versendet werden. Für das Schreiben der Sozialversicherung an die nicht gegen Corona geimpften Versicherten muss aber die gesetzliche Grundlage, der Paragraph 750 ASVG, abgeändert werden. Die gesetzliche Grundlage soll bis Anfang Dezember in den dafür notwendigen Plenarien geschaffen werden. Anschließend werden die Schreiben im Auftrag von Herrn Gesundheitsminister Mückstein über den Dachverband der Sozialversicherung versendet, wie mir berichtet worden ist.

Natürlich werden vom Land Oberösterreich alle Möglichkeiten geprüft und ausgelotet, ein vom Bund unabhängiges Schreiben an Personen, die noch keine Schutzimpfung erhalten haben, zu versenden, um schnellstmöglich über ihr erhöhtes Risiko, schwer an Corona zu erkranken, zu informieren und ihnen gleichzeitig die Möglichkeit aufzuzeigen, wo man sich in Oberösterreich gegen Corona impfen lassen kann. Ich bin diesbezüglich auch in einem direkten Kontakt mit Herrn Generaldirektor Wurzer.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Eine Zusatzfrage, die zweite haben Sie schon vorweggenommen, und zwar: Sollen dieses Schreiben auch konkrete Impftermine beinhalten oder geht es hier lediglich, was auch schon besser ist als nichts, um eine Einladung zum Impfen ganz grundsätzlich?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Soweit ich informiert bin, kann das pro Bundesland individuell gestaltet werden. Wir haben uns dazu entschieden, und das ist bereits mit Herrn Generaldirektor Wurzer abgeklärt, dass wir in Oberösterreich ein konkretes Impfangebot terminlich auch ankündigen oder dazu einladen wollen.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Dankeschön!

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage kommt vom Abgeordneten Aigner bitte! Herr Abgeordneter, auch für Sie gilt das Gleiche, was ich bereits gesagt habe.

Abg. **Aigner:** Ja, wir berufen uns auf die Ausübung des freien Mandats, und ich stehe für ein Gespräch gerne zur Verfügung. (Unverständliche Zwischenrufe)

Präsident: Bitte um Ruhe!

Abg. **Aigner:** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Wird bei den Einladungen zur Impfung darauf hingewiesen, dass und in welchen Abständen Folgeimpfungen notwendig sein werden bzw. dass es sogenannte Impfdurchbrüche gibt und kein dauerhafter Schutz gegeben ist?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Text des Schreibens ist natürlich noch nicht finalisiert, da die Adressaten des Schreibens noch nicht feststehen, da die rechtlichen Grundlagen von Seiten des Nationalrats und des Bundesrats noch nicht geschaffen wurden. Ich gehe davon aus, dass umfassend im Sinne der Wissenschaft informiert werden wird.

Abg. **Aigner:** Danke!

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage kommt von Abgeordneter Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Es kommen ja laufend Schreiben, so wie auch selbst gesehen, Erinnerungsschreiben, aber wir haben immer noch Probleme auch mit dem Impfangebot. Wie schaffen wir es, dass wir zeitnah wirklich alle die Ausrollung schaffen, dass in allen Bezirken, Städten auch ein Impfangebot da ist mit Termin bzw. auch ohne Termin, wo Menschen hingehen können?

Präsident: Bitte Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich appelliere zum Einen, impfen zu gehen, zum Einen wirklich die Erstimpfung vorzunehmen, zum Zweiten, und das ist ganz besonders wichtig, die Drittimpfung vorzunehmen. Wir wissen,

dass Hunderttausende Menschen die Drittimpfung benötigen werden im Laufe dieses Jahres noch, und es ist daher wichtig, dass wir sensibilisieren, dass diese Impfung notwendig ist, um einen vollen Schutz auch zu erhalten.

Ich möchte betonen, dass wir beim Impfen auf unterschiedliche niederschwellige Angebote setzen, das sind zum Einen die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte, denen ich sehr dankbar bin, dass sie ein entsprechendes Angebot zur Verfügung stellen. Sie bieten das entweder im Rahmen ihrer Ordinationszeiten oder auch außerhalb an und tun dies auf freiwilliger Basis, um einfach auch einen Beitrag zum Kampf gegen Corona zu leisten. Da sind wir immer wieder auch in guten Gesprächen mit der Ärztekammer, ob dieses Angebot noch erweitert werden kann, ohne Anmeldung und mit Anmeldung erfolgt. Persönlich ersuche ich darum, sich so gut wie möglich anzumelden, denn das schafft Planbarkeit und verkürzt Wartezeiten.

Zum Zweiten haben wir den Impfbus, der durch das Land tourt, zum Dritten haben wir eine gute Kooperation mit dem Roten Kreuz, das Impfstraßen anbietet. Da arbeiten ganz viele Ehrenamtliche mit. Das ist natürlich eine besondere Herausforderung, und daher ein großes Danke insbesondere an das Rote Kreuz, das uns so hervorragend unterstützt und immer wieder Kapazitäten schafft, so auch am kommenden Wochenende. Und zum Vierten möchte ich ein großes Dankeschön sagen an die oberösterreichischen Krankenhäuser, die in allen Regionen des Landes auch impfen und ein Angebot schaffen. Ich appelliere aber noch einmal, sich impfen zu lassen bzw. insbesondere auch sich anzumelden.

Präsident: Danke! Eine weitere Zusatzfrage kommt vom Präsident Binder bitte!

Abg. Präsident Peter **Binder:** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Du hast den Impfbus angesprochen, ein sehr wichtiges Angebot, um glaube ich die Impfquote zu erhöhen, weil hier einfach niederschwellig vor Ort die Möglichkeit zu den Menschen gebracht wird. Jetzt höre ich aus Grieskirchen, Eferding, da hat der Bezirkshauptmann die Gemeinden informiert, dass der Impfbus leider nicht eingesetzt werden kann, weil es an Personal mangelt. Wie kann das sein nach einer so langen Zeit, dass wir, wenn wir alles unternehmen, das Impfen gut unter die Menschen zu bringen und sogar eine Impflotterie ausschreiben, dass dann so ein niederschwelliges Angebot mangels Personal nicht eingesetzt werden kann?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte darauf hinweisen, dass es zwei Hauptpfeiler des Impfens gibt, das eine sind die niedergelassenen Ordinationen und das Zweite sind Impfstraßen und Impfstandorte. Dort haben wir eine höhere Effizienz. Das ist wichtig, dass wir hier möglichst strukturiert auch vorgehen, und deshalb empfehle ich, insbesondere zu einem dieser beiden Orte zu gehen, um sich auch impfen zu lassen. Das eine ist eben der Hausarzt, mit dem man auch gut vertraut ist, und das zweite sind unsere Impfstraßen, wo insbesondere, wenn wir an Steyr denken, eine hohe Impfquote erfolgt.

Der Impfbus ist ein Instrumentarium, das punktuell zur Anwendung kommen kann. Ich bedanke mich auch hier bei all jenen, die das freiwillig unterstützen und begleiten. Ich gehe diesem Anliegen gerne nach und werde auch mit dem Roten Kreuz sprechen, ob es vielleicht noch zusätzlich Ehrenamtliche gibt, die hier ein Angebot schaffen.

Ich bin aber davon überzeugt, dass in Eferding und in Grieskirchen zahlreiche Hausärzte auch zur Verfügung stehen und ein Impfangebot bieten, beziehungsweise es in diesen Bezirken beziehungsweise rundherum auch ein Angebot gibt von öffentlichen Impfstraßen, welche genutzt werden könnten, wenn man es wollte.

Präsident: Dankeschön. Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen zu einer weiteren Anfrage von Klubobmann Lindner an Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander.

Abg. KO **Mag. Lindner:** Ja, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Zu Beginn des Kindergartenjahres 2021/22 hat die Caritas Oberösterreich einen Höhepunkt beim Personalmangel in Kinderbildungseinrichtungen vermeldet.

Gruppen müssten ohne ElementarpädagogInnen geführt werden, Nachmittagsbetrieb würde aus Personalmangel ausfallen. Mit 130 PädagogInnen pro Jahr würden in Oberösterreich zwar genügend Nachwuchskräfte ausgebildet, diese gehen jedoch mehrheitlich in andere Berufe. Wie hoch ist der aktuell ungedeckte Personalbedarf in den oberösterreichischen Kinderbildungseinrichtungen?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Es ist richtig, und es wird auch von anderen Rechtsträgern berichtet, dass der Personalmangel in den oberösterreichischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen gesamt betrachtet steigt. Dienstgeber des Personals in den oberösterreichischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen ist nicht das Land Oberösterreich, sondern das sind die Gemeinden und die privaten Rechtsträger, die ihr Personal autonom nach den gesetzlichen Vorgaben auswählen und für die jeweiligen Funktionen bestellen.

Im öffentlichen Dienst ist dabei auch das Objektivierungsgesetz zu beachten. Die Vorgaben für die fachlichen Anstellungserfordernisse für die pädagogischen Fachkräfte kommen vom Bund, der diese in einem Bundesgrundsatzgesetz geregelt hat. Der Bund ist auch für die Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen an den Bildungsanstalten für Elementarpädagogik zuständig.

Die Inanspruchnahme der Ausnahmen von fachlichen Anstellungserfordernissen, die ebenfalls im Bundesgrundsatzgesetz geregelt ist, fällt in die Verantwortung der jeweiligen Rechtsträger. Eine diesbezügliche Meldeverpflichtung an die Bildungsdirektion besteht nicht, weshalb ich hier keine konkreten Zahlen nennen kann.

Ich darf auf das oberösterreichische Kindernet verweisen, wo durchaus auch Anzeigen gestellt werden können, dass man Personal sucht, wo man auch um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werben kann. Da sind aktuell 270 Personen gesucht. Wenn man auf den Zeitraum seit dem 16. Juni schaut, dann war der Höhepunkt am 24. Juni mit 319 offenen Stellen und am 2. September war der niedrigste Zeitpunkt mit 185 Stellen.

Präsident: Zusatzfrage? Bitte!

Abg. KO **Mag. Lindner:** Danke sehr für die Zahlen und die Informationen. Wie werden Sie gegensteuern, um die Arbeitssituation für das Kinderbildungspersonal zu verbessern, damit diese eben nicht in andere Berufe gehen?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Leider ist der Fachkräftemangel nicht auf den pädagogischen Bereich beschränkt, sondern

auch in zahlreichen anderen Berufen ein massives Problem. Die Frage können eigentlich nur die Betroffenen, die BAFEP-AbsolventInnen beziehungsweise Schülerinnen und Schüler beantworten.

Ich könnte diesbezüglich nur Vermutungen anstellen. Es gibt diesbezüglich auch Bemühungen des Bundes, der, wie bereits angeführt, für die Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen zuständig ist. Natürlich spielt auch der laufende Ausbau eine Rolle, der ja unser gemeinsames Ziel ist, den wir auch betreiben und unterstützen.

Damit steigt natürlich auch der Personalbedarf, der zusätzlich zu laufenden Nachbesetzungen von Pensionierungen und Karenzierungen et cetera zu decken ist. Natürlich stellt die Corona-Pandemie auch für die Mitarbeiter/innen in den Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen eine Zusatzbelastung dar, die oft auch mit organisatorischem Mehraufwand verbunden ist. Dabei möchte ich festhalten, dass es das Dienstrecht ermöglicht, dass der Dienstgeber mehr Zeit für Leitungsaufgaben zur Verfügung stellt.

Präsident: Gibt es eine weitere Frage? Bitte!

Abg. KO **Mag. Lindner:** Die Gewerkschaften younion und gpa haben sich in einem Brief an Sie gewandt, um Verhandlungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Kinderbildungspersonal aufzunehmen. Deswegen die konkrete Frage, werden Sie Gespräche aufnehmen, um ähnlich wie in der Steiermark, zum Beispiel bei einem Krisengipfel, an unmittelbaren Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für die PädagogInnen zu arbeiten?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Ich bin grundsätzlich sehr gesprächsbereit und werde diese Nachricht der Gewerkschaften mit der Bildungsdirektion auch besprechen, und es wird ein Gesprächsangebot geben. Ich ersuche aber um Verständnis, dass insbesondere die Ressourcen auf den unterschiedlichen Seiten aktuell durch Corona sehr gefordert sind.

Präsident: Danke. Es gibt eine weitere Zusatzfrage vom Abgeordneten Ammer. Bitte!

Abg. **Mag. Ammer:** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Medienberichten ist zu entnehmen, dass Sie sich im Zuge der Verhandlungen über eine künftige 15a-Vereinbarung intensiv für mehr Finanzmittel einsetzen werden, damit die Situation des elementarpädagogischen Personals verbessert werden kann. Wie ist der aktuelle Verhandlungsstand?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Bis jetzt haben Auftaktgespräche mit dem Bildungsminister stattgefunden. Die Ressourcen auf allen Seiten sind eben, wie vorher schon ausgeführt, durch Corona sehr stark gebunden.

Das gilt insbesondere natürlich für Oberösterreich für die Bildungsdirektion, aber auch, so wie ich informiert bin, für das Bildungs- und Wissenschaftsministerium. Man hat uns aber zugesagt, intensiv in Verhandlungen zu gehen.

Präsident: Dankeschön! Eine weitere Zusatzfrage kommt von der Abgeordneten Margreiter.

Abg. **Margreiter**: Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Die Beobachtungen sind an und für sich, soweit man die Ankündigungen des Landeshauptmanns Stelzer mitnehmen darf, abgeschlossen. Es wurde bereits jetzt am Vormittag, wie man auf orf.at nachlesen kann, ein zumindest oberösterreichweiter Lockdown angekündigt. Welche Maßnahmen werden Sie in den nächsten Stunden oder Tagen in unseren Bildungseinrichtungen diesbezüglich setzen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich ersuche um Verständnis, dass die Gespräche zu diesem Thema noch laufen.

Präsident: Es gibt eine weitere Anfrage des Herrn Abgeordneten Aigner.

Abg. **Aigner**: Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Gibt es regionale Erhebungen zur Ermittlung des Nachmittagsbetreuungsbedarfs, um Mütter in der Möglichkeit der Erwerbstätigkeit zu entlasten beziehungsweise zu unterstützen, und was sind gegebenenfalls die eingeleiteten Maßnahmen?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Zuständigkeit liegt bei den Gemeinden. Daher werden Erhebungen nicht von Seiten des Landes beziehungsweise der Bildungsdirektion zu diesem Thema aktuell durchgeführt.

Abg. **Aigner**: Danke!

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage, Abgeordnete Pammer!

Abg. **Mag. Dr. Bammer**: Eine Maßnahme, die wahrscheinlich auf längere Sicht notwendig sein wird und um die ich Sie fragen möchte, ob es angedacht ist, nämlich wenn es um die Arbeitsbedingungen geht, weil wir wissen, dass das Personal unter anderem durch die große Anzahl der Gruppen oftmals sehr belastet ist, ob man sich hier in der Landesgesetzgebung ernsthaft anschauen will, über diese Gruppengröße nachzudenken und diese zu minimieren?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich bin, wie gesagt, zu den unterschiedlichen Gesprächen durchaus bereit. Dieses Begehren wurde von unterschiedlicher Seite immer wieder auch an mich als Bildungslandesrätin herangetragen, aber insbesondere auch an die Gemeinden, die ja auch einen finanziellen Beitrag leisten, beziehungsweise in deren Zuständigkeit das Thema Kinderbildung und -betreuung auch fällt.

Ich weiß, dass das eine ganz besondere Herausforderung darstellt, möchte aber darauf verweisen, dass wir in der ersten Anfrage das Thema Personalmangel hatten. Das muss man wenn, dann auch gesamthaft diskutieren.

Präsident: Dankeschön! Es gibt keine weitere Zusatzfrage. Daher komme ich zu einer weiteren Anfrage an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander durch Abgeordnete Knauseder. Bitte!

Abg. **Knauseder, MSc**: Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Am 10. November 2021 warnte das Krankenhauspersonal in einer bundesweiten Aktion vor einem

Kollaps des Gesundheitssystems. Seit Jahren fordern die oberösterreichischen BetriebsrätInnen eindringlich mehr Personal in den Spitälern. Aufgrund der Pandemie hat das Gesundheitspersonal nun mit zusätzlichen Belastungen und gleichzeitig vermehrten Personalausfällen zu kämpfen.

Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um eine totale Überlastung des Gesundheitspersonals in den oberösterreichischen Krankenhäusern zu verhindern?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Dieses hohe Haus tagt heute hier, während die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den oberösterreichischen Spitälern mit einem unglaublichen Einsatz, und das nun seit mehr als 20 Monaten Pandemie, alles daran setzen, das Leben der ihnen anvertrauten schwer erkrankten Patientinnen und Patienten zu retten.

Wir alle haben berührende Geschichten, und sie sind heute auch schon zum Teil von mehreren Vortragenden gekommen, gehört, wo unglaublich hervorragende und herausragende Leistungen auch gesetzt wurden, wir denken zum Beispiel insbesondere an covidkranke Kinder. Nichtsdestotrotz können wir es uns hier, glaube ich, alle nicht vorstellen, welche Leistungen Tag für Tag von jeder und jedem Einzelnen in den Krankenhäusern erbracht werden.

Das ist nicht selbstverständlich, und daher ist das auch in der Form oder darüber hinaus nicht auf Dauer aufrecht zu erhalten. Das muss uns allen klar sein, und das ist nicht nur in Oberösterreich nicht möglich, sondern auch in keinem anderen Land. Denn auch in einem starken Gesundheitssystem sind nach 20 Monaten Pandemie die Ressourcen der darin arbeitenden Menschen erschöpft und enden wollend.

Mein aufrichtiger Dank gilt da einmal mehr den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Spitälern, die wirklich Außergewöhnliches leisten und auch weit über den üblichen Aufgabenbereich hinaus Tätigkeiten erbringen. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Spitälern alleine können den Kampf gegen das Coronavirus nicht gewinnen.

Der Kampf gegen das Coronavirus muss in erster Linie vor den Toren der Krankenhäuser stattfinden, und zwar von uns allen gemeinsam. Wir müssen in einem gemeinsamen Kraftakt alles tun, um eine Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verhindern.

Und ja, Solidarität, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu Recht von uns allen erwarten, müssen wir alle zeigen und leben. Daher müssen wir mit vereinten Kräften eine sogenannte Triage-Situation, in der Ärztinnen und Ärzte aufgrund von begrenzten Kapazitäten entscheiden müssen, wem ein Intensivbett zur Verfügung gestellt wird und wem nicht, verhindern.

Wir haben daher in den letzten drei Wochen drei Mal die Schutzmaßnahmen in Oberösterreich deutlich verschärft und haben früher als andere Länder restriktive Maßnahmen eingeführt. Seit 29. Oktober gilt über die österreichweite Regelung hinaus in Oberösterreich eine FFP2-Maskenpflicht im gesamten Handel, in Museen, in Bibliotheken, in anderen Kultureinrichtungen, körpernahe Dienstleistungen.

Auch wenn der Bund uns mittlerweile gefolgt ist, sind wir nach wie vor strenger. Seit 8. November gilt, anders als im Rest Österreichs, in Oberösterreich am Arbeitsplatz in vielen Bereichen nicht nur 3G, sondern 2,5G mit einer Übergangsfrist bei körpernahen Dienstleistern, in der Gastronomie und Hotellerie, in Spitälern, in Alten- und Pflegeheimen und Kultureinrichtungen.

Zum Schutz unserer Spitäler haben wir den Besuch wieder eingeschränkt, und die bereits bekannte 4 x 1 Regel wieder eingeführt. Diese Maßnahmen sind wichtig und gelten nach wie vor, aber sie reichen nicht mehr, um das Gesundheitssystem und damit auch die darin arbeitenden Menschen vor einer Überlastung zu schützen.

Wir haben immer gesagt, dass der Schutz der Gesundheit ganz oben steht, und wir werden nicht zulassen, dass unsere Spitäler, die ohnedies stark belastet sind, überlastet werden. Daher haben wir letzte Woche entschieden, dass es weitere Maßnahmen braucht, um die Verbreitung des Coronavirus zu bremsen und den täglichen Anstieg der Neuinfektionen zu reduzieren, also die Kurve abzuflachen.

Das soll wiederum das Ansteigen der Zahlen, der Anzahl der belegten Betten in den Krankenhäusern minimieren und so eine Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Spitälern verhindern.

Aufgrund dieser Tatsache gilt in Oberösterreich seit 15. November nicht nur der österreichweite Lockdown für Ungeimpfte, der für Menschen, die nicht durch eine Impfung geschützt sind, sehr einschneidend ist, aber es ist notwendig, um sie selbst und gegenseitig zu schützen, um unsere Gesundheitsversorgung auch in den nächsten Wochen aufrechtzuerhalten, sondern es wurden auch weitere Maßnahmen getroffen.

Seit Montag, 15. November gilt in Oberösterreich eine nochmals erweiterte FFP2-Maskenpflicht. Diese gilt überall dort, wo Menschen zusammenkommen, in Innenräumen und auch im Freien, zum Beispiel auch auf Märkten. Zur Reduktion von Kontakten und zum Schutz vor Ansteckungen werden auch, bis auf gewisse Ausnahmen, bis einschließlich 5. Dezember keine Veranstaltungen stattfinden.

Auch die Nachtgastronomie ist bis einschließlich 5. Dezember geschlossen. Eines wird sich aber auch mit den getroffenen Maßnahmen nicht verändern. Gegen das Virus hilft derzeit einzig und alleine die Schutzimpfung. Über Monate hinweg hielten und halten wir ein Impfangebot in allen Teilen des Landes aufrecht und machen den Menschen die Teilnahme an der Schutzimpfung so leicht wie möglich.

Wir haben mit mehreren Info-Kampagnen informiert und aufgeklärt. Es ist erfreulich, dass in den letzten Wochen die Anzahl der Impfungen deutlich zugenommen hat und sich die Menschen für die Impfung entscheiden. Wenn wir die Zahlen der Belegung der Krankenhausbetten gestern betrachten, dann waren 539 Patientinnen und Patienten auf den Normalstationen in Betreuung.

307 waren nicht geimpft. Wenn wir die Zahlen auf der Intensivstation von gestern betrachten, dann waren von 106 Patientinnen und Patienten, die auf der Intensivstation betreut werden mussten, 87, das sind 82 Prozent, nicht geimpft.

Das heißt, was unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besonders entlastet, das ist die Impfung der Menschen in Oberösterreich, und ich danke daher an dieser Stelle allen, die

Impfungen anbieten, allen, die die Impfung in Anspruch nehmen, und mit all diesen Maßnahmen und Angeboten wollen wir die Spitäler und die Menschen schützen.

Präsident: Danke! Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte!

Abg. **Knauseder, MSc:** Laut Oberösterreichischen Nachrichten fielen am 11. November von insgesamt 27.600 MitarbeiterInnen in den oberösterreichischen Spitälern 1.600 Personen aus. Die Hälfte, also 800 davon aufgrund von Corona, die Zahlen steigend. Nachdem Sie die Zahlen genau beobachten, wie lange kann der Betrieb in den oberösterreichischen Krankenanstalten angesichts dieser Personalsituation noch aufrechterhalten werden?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Sie sprechen ein wichtiges Thema an, die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir sehen, dass diese eben aufgrund von 20 Monaten Pandemie viel stärker ist, als sie es vielleicht am Anfang von Corona war. Auch, dass der Ärger, die Sorge, die Frustration über die hohe Anzahl von ungeimpften Patientinnen und Patienten, die betreut werden müssen, ein großer ist, verständlicherweise ein großer ist.

Daher werde ich nicht müde zu sagen, das Wichtigste, wie wir die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entlasten können, ist die Schutzimpfung, und die erfolgt vor den Toren des Krankenhauses. Das ist ganz besonders wichtig.

Präsident: Bitte!

Abg. **Knauseder, MSc:** BetriebsrätInnen berichten von einer extremen Belastung, vor allem von jungen MitarbeiterInnen in den Spitälern. Viele überlegen, den Beruf zu wechseln. Das könnte die ohnehin bestehende Personalnot im Pflegebereich noch zusätzlich verstärken. Was unternehmen Sie dagegen?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich glaube, alle, die dem Gesundheits- und Pflegebereich näher stehen, wissen, was das für eine sinnstiftende Tätigkeit ist und wie schön es ist, in diesem Bereich arbeiten zu dürfen, weil man für und mit den Menschen arbeitet.

Aber ja, wir müssen alles verhindern, dass sich Menschen aufgrund einer Überbelastung von diesem schönen Berufsfeld frustriert abwenden und es vielleicht auch verlassen. Deshalb ist es wichtig, dass jetzt Schutzmaßnahmen gesetzt werden, dass klar und streng gehandelt wird, dass die Menschen aber auch außerhalb des Gesundheitswesens und außerhalb der Alten- und Pflegeheime sich solidarisch zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erweisen, indem sie sich impfen lassen.

Die Impfung schützt!

Abg. **Knauseder, MSc:** Danke!

Präsident: Danke! Es gibt eine weitere Zusatzfrage. Frau Abgeordnete Schwarz, bitte!

Abg. **Schwarz:** Frau Landesrätin, wir haben gestern beim Ordenskongress ja gehört, was die Bedürfnisse der Personen, des Personals, die gerade jetzt aktiv sind, und ich stehe hinter der Impfung, zu hundert Prozent. Ich glaube, das wissen alle da herinnen. Was können wir zusätzlich, oder was haben Sie als Landesrätin vor, dass man jetzt das Personal mit unterstützt, sprich psychosoziale Betreuung, Massagen in den Pausen, damit sie in dieser starken Arbeit auch noch unterstützt werden?

Präsident: Bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Beim Ordenskongress ging es ja insbesondere im ersten Vortrag sehr stark um Wertschätzung, nach der wir uns alle sehnen, wo wir aber ganz selten sie auch geben.

Daher ist es auch ganz besonders wichtig, und ich glaube, dass es auch notwendig ist, immer wieder zum Ausdruck zu bringen, dass die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitswesen und im Sozial- und Pflegebereich gesehen wird und wir an den unterschiedlichsten Stellen, Politiker, Betroffene, Angehörige die Gesellschaft, sehr, sehr dankbar sind dafür, was hier geleistet wird.

Vor Corona, während Corona und mit einer hohen Qualität und Empathie auch nach Corona. Wenn wir darüber nachdenken, was jetzt aktuell zu tun ist, dann denke ich insbesondere zum Beispiel im Krankenhausbereich daran, dass wir sogenannte MVEs etablieren. Wo wir in der Rehaklinik in Enns, aber auch am Krankenhaus in Sierning Patientinnen und Patienten aus den Krankenhäusern übernehmen, um sie dort auch zu betreuen. Damit wir vor Ort die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlasten.

Zum Zweiten ist in Diskussion, dass es strengere und schärfere Schutzmaßnahmen für die Gesamtbevölkerung auch weiterhin gibt, die insbesondere das Ziel der Kontaktreduktion beinhalten.

Zum Dritten ist es notwendig, dass wir uns sicherlich flächendeckend auch in Zukunft mit dem Thema der Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auseinandersetzen. Da gibt es in Abstimmung mit den Trägern, auch mit dem Gesundheitsressort bzw. mit mir unterschiedliche Maßnahmen, die geplant sind und die auch umgesetzt werden. Die vier zentralen Strategien sind ja insbesondere die verbesserte Lenkung der Patientinnen und Patienten, die Stärkung der Gesundheitskompetenz der Menschen, das Thema Ausbau der Digitalisierung, die Technik muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt, aber auch die Entbürokratisierung.

Und das, was du angesprochen hast, was viele Krankenhausträger bereits anbieten: Psychosoziale Dienste, Entlastung und Unterstützung für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Das weiß ich zum Beispiel aus der Gesundheitsholding, dass es hier ein breites Angebot gibt für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ganz besonders gefordert sind, dass sie auch unterstützt werden. Die wichtigste Maßnahme ist, und da bleibe ich dabei, ein Akt der Solidarität, indem die Menschen in diesem Land Verantwortung übernehmen für sich selbst, aber auch für die Menschen im Krankenhaus, indem sie sich impfen lassen! Danke.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage von Frau Abgeordnete Bammer.

Abg. **Mag. Dr. Bammer:** Ja, Corona hält ja auf gewisse Teile unseres Lebens die Lupe und Dinge werden sichtbar, die man vorher eigentlich schon gewusst hat. So wie den Ärztemangel in Oberösterreich!

Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Wir stecken mitten in einer Pensionierungswelle. Welche Maßnahmen setzen Sie jetzt oder haben Sie in der Vergangenheit schon gesetzt, um jetzt diesem Ärztemangel zu begegnen?

Präsident: Bitte um Beantwortung.

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Das ist ein breites Feld. Die wichtigste Maßnahme, die Oberösterreich gesetzt hat, um die medizinische Versorgung durch Ärztinnen und Ärzte in diesem Land aufrecht zu erhalten und dauerhaft zu garantieren, ist die Schaffung der medizinischen Fakultät in Oberösterreich. Das war die umsichtigste Maßnahme, weil wir vor Ort auch ausbilden. Weil wir gleichzeitig natürlich durch die Ausbildungsmöglichkeiten in den Krankenhäusern in Oberösterreich die jungen Studierenden nicht nur qualitativ hochwertig ausbilden, sondern hoffentlich auch an Oberösterreich binden. Wo wir insbesondere auch durch das klinisch-praktische Jahr, durch Mentoring-Programme, durch die unterschiedlichen Projekte, die hier vom Land Oberösterreich, von der Ärztekammer, von der Österreichischen Gesundheitskasse übereinstimmend und immer miteinander verwoben geschaffen wurden, Anreize schaffen, in Oberösterreich zu bleiben. Und hier auch tätig zu sein.

Ich bin persönlich auch eine Unterstützerin von Primärversorgungseinrichtungen, weil ich tief davon überzeugt bin, dass junge Ärztinnen und Ärzte im Team arbeiten wollen. Daher bauen wir auch diese weiter aus. Es wird in Kürze zwei weitere geben, die wir präsentieren können. Daher bin ich davon überzeugt, dass es ein Mosaik an Maßnahmen ist, auf die wir hier aufbauen. Es ist natürlich wichtig, immer wieder darüber nachzudenken, weil es gibt Druckstellen. Ich denke an die Kinderärzte. Ich denke an Kinder- und Jugendpsychiatrie. Das sind Mangelfächer, wo wir hier nicht nur im Krankenhaus in der Ausbildung oder mit unseren Beschäftigungsverhältnissen attraktiv sein müssen, sondern insbesondere auch der niedergelassene Bereich, sprich die Sozialversicherung, gefordert ist, über attraktive Dienstverhältnisse nachzudenken.

Ich glaube, es wäre ratsam, bei Vertragsmodellen für einzelne Arzttrichtungen, insbesondere eben dort wo Mängelfächer sind, wo wir Versorgungsprobleme haben, ich denke auch an Kinderärzte und –ärztinnen hier in Linz, sich entsprechende Anreizmodelle zu überlegen. Damit in der Niederlassung ein System gewährleistet ist, das die Patientinnen und Patienten, das das die Versicherten in Anspruch nehmen können. Danke.

Präsident: Bitte eine weitere Zusatzfrage. Frau Abgeordnete Heitz, bitte.

Abg. **Heitz:** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Da gut geschultes Personal für die Krankenhäuser nicht von heute auf morgen ausgebildet werden kann, fordern die betroffenen Personalvertreterinnen und Personalvertreter akut zumindest eine Entlastung durch Anstellung von zusätzlichem Stützpersonal für Reinigungs- und administrative Tätigkeiten. Ist das nicht das Mindeste, was das Land eigentlich sofort tun sollte, um das Gesundheitspersonal in dieser herausfordernden Situation zu unterstützen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die Dienstgeber der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern, die Orden, die Gesundheitsholding, diese Anliegen der Betriebsräte kennt und auch diskutiert. In einem Prozess des Miteinanders wird entschieden, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Entlastung brauchen.

Präsident: Dankeschön! Es gibt eine weitere Zusatzfrage, Klubobmann Krautgartner.

Abg. KO **Krautgartner:** Geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Im Hinblick auf die Überforderung im Krankenhaussystem. Wie sieht es da mit den Impfdurchbrüchen aus? Ist die aktuelle Situation in den Krankenhäusern auf die Anzahl der Impfdurchbrüche ebenso zurückzuführen?

Präsident: Bitte um Beantwortung.

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Herr Abgeordneter! Ich wiederhole die Zahlen von vorhin. Gestern waren 539 Patientinnen und Patienten auf den normalen Bettstationen zu versorgen. 307 davon waren nicht geimpft. 106 Patientinnen und Patienten mussten auf den Intensivstationen versorgt werden. 87 davon waren nicht geimpft. Wenn man dann fragt, bei Ärztinnen und Ärzten die behandeln, wie denn die Geimpften bei uns eine Betreuung brauchen in den Krankenhäusern, dann sprechen sie meist davon, dass das schwerkranke Patientinnen und Patienten sind, die immunsupprimiert sind. Die vielleicht gerade eine Krebserkrankung durchmachen, die gerade nierentransplantiert sind. Das heißt, wo eine sehr starke, sehr intensive Vorbelastung herrscht. Die 307 plus 87 anderen Patientinnen und Patienten, die vielleicht nie im Krankenhaus betreut hätten werden müssen, wenn sie geimpft worden wären, würden zu einer großen Entlastung des Krankenhauses und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beitragen.

Präsident: Danke. Mir liegt jetzt keine weitere Zusatzfrage vor. Bevor wir zur nächsten weiteren Anfrage durch Uli Schwarz an Christine Haberlander kommen, habe ich eine Bitte und zwar, meine sehr geehrten Damen und Herren, da seit Beginn der Fragestunde nun mehr, mehr als eine Stunde vorbei ist und noch einige Fragen offen sind, habe ich nach § 30 Abs. 5 Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 ohne Wechselrede darüber abstimmen zu lassen, ob diese Fragestunde fortgesetzt werden soll. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die einer Fortsetzung der Fragestunde zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich gehe von einer einstimmigen Annahme aus. Dankeschön.

Wir kommen zu einer weiteren Anfrage durch Uli Schwarz an Christine Haberlander.

Abg. **Schwarz:** Laut nationalem Impfgremium sind Antikörperbestimmungen weder zur Bestätigung eines Schutzes noch als Entscheidungsgrundlage für eine Impfung empfohlen. Von routinemäßigen Antikörpertests wird sogar abgeraten. Es sei wissenschaftlich nicht geklärt, wie viele Antikörper für einen Schutz von COVID-19 notwendig sind. Die WHO und viele andere europäische und internationale Expertengremien haben dieselbe Expertise. Bleiben Sie entgegen den Empfehlungen des nationalen Impfgremiums bei dem im Regierungsprogramm zwischen ÖVP und FPÖ vereinbarten Antikörpertests zur Erhebung des Immunisierungsgrades der gesamten oberösterreichischen Bevölkerung?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Du beschreibst bei deiner Anfrage richtig, das nationale Impfgremium empfiehlt aktuell Antikörpertests weder zur Bestätigung eines Schutzes noch als Entscheidungsgrundlage für eine Impfung. Dies deshalb, weil von Seiten der Wissenschaft noch einige Punkte unklar sind.

Die Problematik ist, Antikörper in einem Labor geben einem Einzelnen lediglich eine Aussage, ob Antikörper vorhanden sind, also ob Ja oder Nein. Aber wie gut jemand geschützt ist und wie lange man geschützt ist, das ist die Schwierigkeit herauszulesen bzw. gibt es auch unterschiedliche Methoden und Qualitäten von Antikörpertests.

Zu deiner Frage, ob ich zur Formulierung im Regierungsprogramm stehe, da heißt die Antwort: Ja! Ganz konkret, ich appelliere an den Bund, dass ehestmöglich eine bundesweite Antikörperstudie durchgeführt wird! Finden wir damit heraus, wie viele Menschen in Österreich in den einzelnen Bundesländern bereits bemerkt oder unbemerkt mit dem Virus infiziert wurden. Darüber hinaus ist es so, dass es zweifelsohne zahlreiche Menschen gibt, die mit dem Virus in Kontakt gekommen sind und deswegen Antikörper besitzen, und deswegen einen gewissen Erkrankungsschutz vermeintlich aufweisen.

Hier ist ganz klar der Bund gefragt, dass die wissenschaftlichen Grundlagen weiterentwickelt werden und geklärt wird, in wieweit Antikörper die entsprechend validen Nachweise für einen Krankheitsschutz tatsächlich liefern können.

Abg. **Schwarz:** Das heißt mit dem Ziel einer wissenschaftlichen Studie in der Folge zu erreichen. Dann meine Frage dazu: Werden in dieser Phase jetzt personelle und finanzielle Ressourcen für diesen Ausbau, für dieses Screening von Oberösterreich zur Verfügung gestellt? Weil die müssen ja trotzdem von Ärztinnen und Ärzten abgenommen werden.

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Wir richten dieses Begehren an das Gesundheitsministerium. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Zweite Präsidentin: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Schwarz:** Ja! Welche Maßnahmen setzen wir konkret, auch bei den Aufklärungsschreibern, damit diese vermeintliche Falschmeldung, dass Antikörper sagen, dass man nicht mehr angesteckt werden kann, breiter in der Bevölkerung verankert werden? Weil wir haben heute schon gehört, dass es immer noch die Meinung vieler ist, auch führender Politiker, dass eben Antikörper schützen.

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich habe jetzt leider nicht Wort für Wort im Kopf, wie die Aufklärungsschreibern sind, die seitens der Behörde rausgehen bzw. was auch im Bildungs- oder im Wissenschaftsministerium bzw. auch im Gesundheitsministerium publiziert wird. Ich nehme diese Anregung aber gerne mit, dass man hier durchaus auf die Diskrepanzen hinweist.

Abg. **Schwarz:** Danke.

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Wie sehen Sie die Relevanz von Antikörpertests nach der Booster-Impfung zur Grundimmunisierung?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Das ist eine wissenschaftliche Frage.

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Aigner zur Wort gemeldet.

Abg. **Aigner:** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Da Oberösterreich ja eine Vorreiterrolle bei den Verschärfungen der Maßnahmen einnimmt und der Antikörpertest ja seit kurzem nicht mehr als G-Nachweis gilt, stellt sich die Frage, ob nun der Antikörpernachweis aufgrund des angebotenen und vereinbarten Antikörperscreenings dann wiederum als

Antikörperrnachweis oder als G-Nachweis gelten soll, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen? Und falls nicht, warum wird dieses Screening durchgeführt?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ob diese Entscheidung getroffen wird, obliegt dem Gesundheitsministerium.

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Präsident Binder gemeldet. Bitte.

Abg. Präsident Peter **Binder**: Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Wir haben heute schon sehr viel gehört über die Schwierigkeiten der Ressourcenzuteilungen für Impfungen, für PCR-Tests und so weiter. Wie klug ist es nach deiner politischen Einschätzung, jetzt beim Bund so ein Antikörperscreening zu fordern anstelle von dem weiteren Ausbau der anderen notwendigen Maßnahmen?

Zweite Präsidentin: Ich bitte um Beantwortung.

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dieses Begehren richtet sich an den Bund, der darüber weise entscheiden wird. Wir setzen weiterhin auf den Ausbau der bestehenden Testkapazitäten, insbesondere PCR, weil ich davon ausgehe, dass diese auch in Zukunft mehr gefordert sein werden. Aber noch mehr als alles andere, das wichtigste G ist das Geimpft!

Zweite Präsidentin: Als Nächste bitte Frau Abgeordnete Vukajlović.

Abg. **Vukajlović, MSc BA**: Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Im Internet, in den Sozialen Medien und auch mittels Postwurfsendungen werden Falschinformationen zu COVID und zur Corona-Impfung verbreitet. Was werden Sie konkret unternehmen, um alle in Oberösterreich lebenden Menschen zu erreichen, um sie zu den COVID-Impfungen aufzuklären und diese Fake News richtigzustellen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die Impfkampagne hat der Herr Landeshauptmann vorhin umfassend erklärt und auch bei den Zusatzfragen darauf hingewiesen, dass es zum Beispiel eine enge Zusammenarbeit auch mit dem Integrationsressort gibt, worüber ich sehr dankbar bin von Anfang an, um die unterschiedlichsten Zielgruppen auch zu erreichen. Wir setzen auf eine breite Information. Wir wissen aber auch, dass insbesondere den Ärztinnen und Ärzten eine wichtige Rolle in dieser Informationskampagne zukommt. Weil sie immer wieder auch im Einzelgespräch, und das sehen wir ja jetzt, da eine Mehrheit der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher geimpft ist, aufklären und überzeugen müssen von dieser wissenschaftlich auch fundierten Maßnahme.

Ich gehe auch davon aus, dass ein individualisiertes Anschreiben, wie wir vorher schon gehört haben, das von der Sozialversicherung nun vorbereitet wird, endlich auch hoffentlich Wirkung erzielen wird.

Zweite Präsidentin: Vielen Dank, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Die nächste Anfrage ist von Frau Abgeordnete Anne-Sophie Bauer an Landesrat Markus Achleitner.

Abg. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Landesrat! Die aktuelle UN-Klimaschutzkonferenz in Glasgow hat die Dringlichkeit eines engagierten Handelns zur Reduktion der globalen Treibhausgas-Emissionen verdeutlicht. Die Bundesregierung aus ÖVP und Grüne hat sich auf

das Ziel geeinigt, dass Österreich bis 2040 klimaneutral wird. Dem gegenüber ist in der Energiestrategie Oberösterreich die Reduzierung der Treibhausgasemissionsintensität um 70 bis 90 Prozent bis 2050 verankert. Bis wann werden Sie für Oberösterreich eine Energie- und Klimastrategie erarbeiten, die den aktuelleren, ambitionierteren Zielen auf EU- und Österreichebene entspricht?

Landesrat **Achleitner**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus, sehr geehrte Frau Abgeordnete! Zuerst herzlich Willkommen im hohen Haus und danke für die erste Anfrage. Glasgow ist über die Bühne gegangen und hat zumindest mit einem Minimalziel der Begrenzung auf 1,5 Grad einen Kompromiss erreicht. Ansonsten ist ja diese Konferenz an direkten Maßnahmen, glaube ich, das schätzen wir beide ähnlich ein, dürftig zu Ende gegangen.

Ich glaube, wir sind uns auch einig, dass die Erreichung unserer Klimaziele letztlich eine Zusammenarbeit aller Gebietskörperschaften bedingen wird: Von der Europäischen Union, des Staates und auch der Bundesländer. Die Europäische Union hat sich nach vielen Debatten und nach vielen Zieldiskussionen auf das „Fit for 55“-Paket geeinigt. Dass dies das Ziel sein wird. Jetzt befassen sich der Europäische Rat und die Kommission gerade damit, die energie- und verkehrsbezogenen und klimabezogenen Rechtsvorschriften zu erarbeiten. Diese liegen nach wie vor nicht vor.

Daraus ableitend geht das in nationales Recht. Die Frau Bundesministerin hat dann die Klimaschutzgesetze, die Energieeffizienzgesetze etc. vorzubereiten. Die sind Ende 2020 ausgelaufen, und bis heute haben wir vom Bund auch noch keine Rahmenbedingungen, denn die brauchen wir zum Ableiten der möglichen Auswirkungen und der erforderlichen Anpassungen in den Landesgesetzen.

Wir warten aber nicht auf diese Vorgaben, um das auch ganz klar zu sagen. Ich habe ja selber mit der Frau Bundesministerin diesen wichtigen Energie- und Klimabereich im Bundesregierungsprogramm verhandelt. Wir haben unseren Pfad, unseren Maßnahmenpfad, gemeinsam diskutiert als Rahmen.

Derzeit sind wir in intensiven Verhandlungen, um diesen Pfad und diese Maßnahmen auch in konkrete Umsetzungen zu gießen. Wir sind in Verhandlungen einer Wärmestrategie beispielsweise. Da hat es gerade vor einem Monat die letzte Sitzung gegeben, wo wir einen „Phase-Out-Plan“ für den Ausstieg aus Öl zum Beispiel machen. Weil viele diese Kompetenzen sind ja auf Bund und Länder aufgeteilt. Das heißt, es geht nur gemeinsam.

Wir haben uns natürlich auch in unseren Regierungsübereinkommen zur Klimaneutralität bis 2040 bekannt. Der Bund gibt es vor und auch die Landesregierung bekennt sich dazu. Man muss nur genau aufpassen, dieses Ziel ist natürlich ein Bundesziel. Der Bund muss dieses Ziel einhalten, und es kommt schon sehr auf die Wirtschaftsstruktur an, wie das in den einzelnen Bundesländern umzusetzen ist. Wenn Sie daran denken, dass z.B. die voestalpine alleine rund zehn Prozent aller Treibhausgasausstöße Österreichs erzeugt und wenn Sie vielleicht wissen, dass wir hier mit der voestalpine gemeinsam an einem Phase-Out, an einem Umstieg der Stahlproduktion arbeiten, welcher aus Sicht der voestalpine bis 2040, 2050 in etwa dauern wird, dann weiß man schon, dass Oberösterreich hier ganz besonders gefordert ist. Nichtsdestotrotz haben wir im Regierungsprogramm einige klare Maßnahmen und klare Zielsetzungen festgelegt.

Erstens, die Steigerung des Anteils bei erneuerbarem Strom auf 90 % bis 2030. Das ist in einem so energieintensivem Industrie- und Wirtschaftsstandort wie Oberösterreich eine Herkulesaufgabe. Ich sage das ganz deutlich. Wir haben aber nicht nur das Ziel festgelegt, weil davon halte ich nur bedingt etwas. Man braucht es, aber die Maßnahmen sind wichtiger. Wie wollen wir dort hinkommen:

Einerseits mit unserer Photovoltaik-Strategie 2030. Wir haben uns vorgenommen, die Photovoltaikleistungen in Oberösterreich bis 2030 zu verzehnfachen. Das berühmte 200.000-Dächer-Programm ist in Umsetzung. Gott sei Dank sind die Landsleute mittlerweile soweit und machen das, egal ob Private oder Firmen. Ein gutes Dach ist ein Dach mit PV, und das ist bereits in Umsetzung.

Wir haben ein Förderprogramm für erneuerbare Energiegemeinschaften, das im Ausbaugesetz grundgelegt wurde. Wir haben ein Forschungsprojekt für Energieraumplanung, d.h. eine Säule heißt auch Energie sparen, Energie reduzieren. Wir brauchen dafür ein leistungsfähiges Stromnetz. Ich muss ganz offen sagen, beim leistungsfähigen Stromnetz genauso wie beim Ausbau der bestehenden Wasserkraft, da haben wir Hausaufgaben zu machen, und zwar Hausaufgaben vor allem, was die Genehmigungsfähigkeit und die Dauer von Verfahren betrifft. Wir sind mit der Frau Ministerin in intensiven Verhandlungen, ich sage das ganz offen, aber es wird 2030 nichts gelingen, wenn unsere UVP-Verfahren im Schnitt fünf, sechs, sieben Jahre dauern, weil dann ist 2030. Wir haben hier eine klare Forderung an den Bund, dass UVP-Verfahren zeitlich begrenzt werden müssen, eine Höchstdauer von zwei Jahren beispielsweise schlagen wir vor, denn in zwei Jahren muss das möglich sein, dass man alle umweltverträglichen Projekte umsetzt, dass das nach zwei Jahren auch abgeschlossen ist.

Ansonsten werden alleine die Ausbauprojekte der Energie AG, die wir entlang der Traun-Kette haben, bis 2030 noch gar nicht begonnen haben, wenn wir diese Verfahrensdauern letztlich nicht verkürzen können. Wir machen viel in Sachen nachhaltige Mobilität, Ladeinfrastruktur, wir haben Landstromanlagen beispielsweise für die Fluß-Kreuzfahrtschiffe in Engelhartzell und Linz in Umsetzung. Dieser Stufenplan für den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern ist etwas, was uns auch ordentlich budgetär fordern wird, den Bund genauso wie das Land.

Wir sind gerade dabei, es war diese Woche sogar eine Sitzung dazu, ein Förderprogramm für sozial Schwache zu erstellen, bei dem der Bund Budget zur Verfügung stellt, aber immer mit dem wunderbaren kleinen Beisatz, nur dann, wenn das Land auch Ko-fördert. Ich bekenne mich dazu, aber da geht es um Größenordnungen, die sich gewaschen haben. Wir kommen jetzt auf Förderquoten bis 11.000 Euro in etwa oder ein bisschen darüber, und bei sozial Schwachen haben wir ein gemeinsames Verständnis, dass hier gefördert werden muss, auch bis ganz weit hinauf, weil was nützt es, wenn man umsteigen will, aber es sich nicht leisten kann, wenn ich an viele einkommensschwache Haushalte denke.

Wir haben Förderprogramme für Biomasse etc. und vieles mehr. Wichtig ist aber insgesamt, dahin auf Ihre Frage, wir haben diese Energie-Studie für die Leitregion Oberösterreich, und die hat einen Spielraum mehr oder weniger. Warum? Diese Transformation ist nur unter Berücksichtigung des Beibehalts der Wettbewerbsfähigkeit und der Sozialverträglichkeit möglich. Wir werden für manche Bereiche länger brauchen. Beispiel voestalpine: Alleine dass wir diese 220 KV-Leitung, die größtenteils auf einer bestehenden 110 KV-Leitung errichtet wird, umsetzen können, haben wir alle, Bund und Land, alle Hände voll zu tun, das bis 2026 zustande zu bringen. Nur damit man ein Gefühl dafür bekommt, das ist erforderlich, damit die voestalpine die ersten Hochöfen auf Elektrohochöfen umstellen kann. D.h. wir werden in

gewissen Bereichen Praxistauglichkeit und Realitätssinn an den Tag legen müssen, und da helfen uns Zieldiskussionen überhaupt nicht. Wir bekennen uns zu diesem Ziel, aber es ist ein Bundesziel, wo auch Oberösterreich alles dazu beitragen wird, was möglich ist, aber wie gesagt, wir dürfen nicht Gefahr laufen und unsere oberösterreichische Wirtschaft dabei in der Wettbewerbsfähigkeit zu schmälern.

Zweite Präsidentin: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Bauer:** Ja. Ein gutes Dach ist ein Dach mit PV, und das ist sozusagen ein gutes Stichwort für meine nächste Frage, und zwar im aktuellen Oberösterreichischen Regierungsprogramm ist nur die Prüfung einer Photovoltaikanlagenpflicht im Neubau und bei Nachverdichtungen geplant, obwohl in den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Steiermark eine PV-Pflicht bereits im Baurecht eingeführt wurde.

Was ist der Grund, warum nicht gleich im Regierungsprogramm die Einführung einer solchen Pflicht verankert wurde?

Landesrat **Achleitner:** Der Grund ist, weil wir diese Regelungen kennen und auch wissen, dass sie diskussionswürdig sind, ich darf das so sagen. Wir haben ja im Unterschied zu anderen immer den Zugang, dass wir mit Bewusstseinsbildung und Anreizen arbeiten wollen und prinzipiell nicht mit Pflicht und Ge- oder Verboten. Andere sehen das ja zum Teil anders.

Ich habe mir die Zahlen ganz genau angesehen vor der Regierungsverhandlung, und wir haben in Oberösterreich rund 80 % aller Häuselbauer, die vorher eine Beratung beim Energiesparverband machen, die machen dann schon beim Neubau eine Photovoltaik-Anlage auf das Dach. Das hätten wir nie geglaubt, weil wir dachten, gerade die Häuselbauer hätten am Anfang Probleme, die Finanzierung aufzustellen, sie sehen es zwar vor, aber machen es später. Da ist dann schon die Frage, ob man auch noch eine Pflicht braucht.

Zum Zweiten, in den letzten zehn Jahren hat sich die Amortisierung von PV-Anlagen, gerade für Betriebe, massiv verändert. Vor zehn Jahren war das nur innerhalb von 15 bis 20 Jahren, heute geht es bei den Betrieben unterschiedlicher Größe, je nach Höhe des Eigenanteils, schon nach drei bis fünf Jahren, sodass man ehrlicherweise sagen muss, beinahe jedes Unternehmen ist gut beraten, das schon aus wirtschaftlicher Sicht zu machen. Jetzt könnte man fragen, müssen wir dann eine PV überhaupt noch fördern? Auch das habe ich mit der Frau Bundesministerin beim Regierungsprogramm diskutiert. Wir haben gesagt, ja, jetzt schon noch, damit wir schneller sind, aber ganz ehrlich gesagt, wenn sich etwas auch schon wirtschaftlich rechnet, stellt sich die Frage, ob es Förderungen auf Bundes- oder Landesebene überhaupt noch braucht. Derzeit machen wir es, damit es schneller geht.

Zweite Präsidentin: Gibt es noch eine Zusatzfrage?

Abg. **Bauer:** Ja, eine habe ich noch. Die heuer vorgestellte Oberösterreichische PV-Strategie zeigt, dass der Ausbau von Photovoltaik- und Wasserkraftanlagen allein nicht ausreicht, um die erneuerbaren Ausbauziele im Strombereich bis 2030 zu erreichen.

Warum haben Sie im aktuellen Oberösterreichischen Regierungsprogramm bezüglich Windkraft nur die Erweiterung und Leistungssteigerung bestehender Windkraftenergieanlagen vereinbart und nicht auch den Bau zusätzlicher Windkraftenergieanlagen?

Landesrat **Achleitner**: Frau Abgeordnete, ich warne davor, mit der Technik von heute zehn Jahre nach vorne zu planen, um dann zu sagen, ob sich etwas ausgeht oder nicht, weil Sie würden da den technologischen Fortschritt völlig außer Acht lassen.

Ich bin bei einer Podiumsdiskussion einmal mit einer Vertreterin eines sehr großen Unternehmens in diesem Bereich gesessen. Wir haben diskutiert und sie hat auf eine ähnliche Frage aus dem Plenum gesagt, glauben Sie wirklich, dass unsere PV-Technologie heute vergleichbar sein wird mit der 2030? Es wird eklatante Effizienzgewinne geben logischerweise, daher sollte man mit solchen Einschätzungen vorsichtig sein, ist nur ein persönlicher Rat.

Man muss beim Wind ganz klar sagen, wir haben einerseits in Oberösterreich das Thema, dass wir rund ein Drittel weniger Winddargebot haben wie beispielsweise im Burgenland, d.h. es hat etwas mit der Wirtschaftlichkeit zu tun.

Zum Zweiten haben wir viele naturschutzrechtliche Vorgaben, die es gar nicht einfach machen, Windkraftanlagen in Oberösterreich zu machen. Wir haben das vor einigen Jahre prüfen lassen mit dem sogenannten Windkraftmasterplan. Da sind einige Standorte definiert, einige sind auch errichtet worden und wir haben uns auch beim Regierungsprogramm darauf verständigt, dort, wo wir schon Anlagen haben, dass wir dort prüfen, ob wir die erweitern können, weil da schon sehr viel an Vorarbeiten gemacht wurde.

Wenn man heute mit einer Windanlage beginnt, auch vom Genehmigungsverfahren her, das wissen Sie sicher, dauert das auch mehrere Jahre, und bei bestehenden hätten wir vielleicht die Chance, wenn wir auf Bundesebene zusammenkommen mit dem kurzen Verfahren, dass wir schneller in die Gänge kommen.

Abg. **Bauer**: Dankeschön.

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Antlinger.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.**: Sehr geehrter Herr Landesrat Achleitner, lieber Markus! Du hast meines Erachtens zwei ganz wichtige Dinge schon angesprochen.

Auf der einen Seite Klimaschutz ist jetzt oder muss Ziel Nummer eins sein, auf der anderen Seite aber auch, dass vor allem die oberösterreichische Industrie vor sehr großen Herausforderungen steht und die Industrie natürlich mit ihren Arbeitsplätzen auch maßgeblich für den Wohlstand in Oberösterreich zuständig ist.

Meine Frage an dich, welche Maßnahmen planst du, um eben in diesem Umbauprozess der oberösterreichischen Industrie hin zur klimaneutralen Produktion auch Arbeitsplätze zu sichern?

Landesrat **Achleitner**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Auch Willkommen im hohen Haus, freut mich, dass du da bist.

Die gesamte Transformation ist einerseits gerade für einen so starken Wirtschaftsstandort wie wir das sind, ein Industriestandort, wirklich eine Mammutaufgabe, da sind wir uns einig.

Gleichzeitig ist sie eine Riesenchance für diesen Standort, weil wir in vielen Bereichen wirklich schon sehr gut aufgestellt sind. Wir haben im gesamten Bereich der erneuerbaren Energieträger und der Technologien dazu derzeit rund 30.000 Mitarbeiter/innen. Wir gehen

davon aus, dass sich das bis 2030 rund verdoppeln lassen wird, durch Innovation, dem Treiber der Wirtschaft in Oberösterreich.

Wir sind in Oberösterreich deshalb so erfolgreich, weil wir um das innovativer sind, was wir auch teurer produzieren. Damit wird es Erstens gelingen, Arbeitsplätze abzusichern und Zweitens auch neue Arbeitsplätze zu schaffen. Gerade bei den Green-Tech-Jobs sehen wir das auf allen Ebenen.

Was können wir tun? Wir können vor allem diese Innovationen fördern. Das tun wir mit unserem Forschungs- und Wirtschaftsprogramm #upperVISION2030.

Rund 1 Mrd. Euro wird hier für Förderungen in diese Transformation ausgegeben, und das soll dazu dienen, dass die Unternehmen erfolgreich bleiben, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre sicheren Arbeitsplätze haben und dass die Einkommen gesichert sind.

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hemetsberger.

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Herr Landesrat, eine Frage zu den konkreten Vorhaben.

Mich würde interessieren, welche konkreten Ziele und Maßnahmen haben Sie konkret für das Jahr 2022 geplant, und zwar insbesondere für die Bereiche Solar, Wasser, Wind, Umgebungswärme und Geothermie?

Landesrat **Achleitner:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zuerst Gratulation zum Bürgermeister.

Wir forcieren alles, was den Umstieg raus aus Öl hinein in erneuerbare Energieträger betrifft, und zwar mit unserer „Raus aus dem Heizen mit Öl“-Förderung. Bei der Photovoltaik haben wir Förderprogramme, wo wir beispielsweise die Statik von Dachstühlen fördern.

Wir haben Ladesäulenförderprogramme, d.h. alles, was wir im Regierungsprogramm abgebildet haben, setzen wir in Maßnahmen um und wie gesagt, ich halte mich nicht gerne mit Zielformulierungen auf, sondern setze konkrete Maßnahmen.

Wir haben alle Budgetbereiche in diesen Bereichen deutlich erhöht, das werden wir im Budgetlandtag sicher diskutieren, weil ich schon wo gelesen habe, dass alles weniger geworden ist. Das Gegenteil ist der Fall. Überall dort, wo wir die Transformation mit den Mitteln, die wir als Land Oberösterreich aufstellen können, meistens gemeinsam mit dem Bund, der das richtigerweise auch tut, beschleunigen können, setzen wir das ganz konkret um.

Bei den Wasserkraftwerken ist es vor allem die Energie AG, unser wichtigstes Landesunternehmen, das entlang der Traun-Kette viele Empowering-Projekte hat. Ich denke an das Wasserkraftwerk am Traunfall beispielsweise, eines, bei dem wir ordentlich zusammenhelfen müssen, dass das auch möglich wird. Das ist in Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene gut gelungen mit der Frau Ministerin, das möchte ich eindeutig sagen, weil wir eben diese Zeit nicht haben. Wenn wir mit den Verfahrensdauern und mit den Zugängen, nämlich gerade bei bestehenden Anlagen so weiter tun, wie wir es in der Vergangenheit hatten, und wenn wir bei jeder Stromleitung, die wir brauchen, um zu erneuerbare Energieträgern zu kommen, wenn wir da jedes Mal Bürgerinitiativen haben und

Verzögerungen etc., dann können wir uns 2030 aufmalen, daher ist das ein gemeinsames Ziel. Der Wille ist da, das Budget ist da, zu tun ist es.

Zweite Präsidentin: Ich sehe, es gibt jetzt keine Zusatzfragen mehr. Vielen Dank Herr Landesrat. Ich erkläre die Fragestunde für geschlossen.

Nun kommen wir zur Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung. Ich ersuche die Frau Schriftführerin den Eingang bekanntzugeben.

Abg. Mag. Dr. Manhal: Zuweisung des Eingangs in der zweiten Plenarsitzung des Oö. Landtags am heutigen 18. November 2021.

Beilage 7/2021, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend dem Bericht über die Gebarung des Oberösterreichischen Gesundheitsfonds. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Vorberatung zugewiesen.

Folgende Beilagen sind dem Ausschuss für Finanzen und Kommunales zugewiesen worden: Beilage 8/2021, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend dem Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr 2021.

Beilage 9/2021, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend dem Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr 2022.

Beilage 10/2021, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend den Nachtrag zum Dienstpostenplan des Landes Oberösterreich für das Finanzjahr 2021 für die der Diensthoheit des Landes bzw. dem Land unterstehenden Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen und privaten Volksschulen, Mittelschulen, Sonderschulen sowie Polytechnischen Schulen sowie für die Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Pflichtschulen mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen.

Beilage 11/2021, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend den Dienstpostenplan des Landes Oberösterreich für das Schuljahr 2021/2022 bzw. das Finanzjahr 2022 für die der Diensthoheit des Landes bzw. dem Land unterstehenden Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen und privaten Volksschulen, Mittelschulen, Sonderschulen sowie Polytechnischen Schulen sowie für die Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Pflichtschulen mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen.

Beilage 15/2021, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Mittelfristige Finanzplanung des Landes Oberösterreich für die Finanzjahre 2021 bis 2025.

Beilage 12/2021, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Pflichtschulorganisationsgesetz 1992 und das Oö. Land- und forstwirtschaftliche Schulgesetz geändert werden. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Gesellschaft zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 13/2021, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend der Zusammenführung der EAG Telekom GmbH mit der Fiber Service OÖ GmbH unter dem Dach der OÖ Landesholding GmbH zur Breitband OÖ GmbH. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 14/2021, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung einer zusätzlichen Mehrjahresverpflichtung gegenüber der Schiene OÖ GmbH in Folge einer Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung vom 26. März 2020 betreffend der Beschaffung von 20 normalspurigen Schienenfahrzeugen zur Sicherstellung des Betriebs auf der Lokalbahn

Lambach - Vorchdorf-Eggenberg und der Linzer Lokalbahn. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Infrastruktur zur Vorberatung zugewiesen.

Folgende Beilagen sollen gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden:

Beilage 16/2021, Initiativantrag betreffend gemeinsames Vorgehen gegen die Corona-Pandemie.

Beilage 17/2021, Initiativantrag betreffend dem Ausbau von Frauenhausplätzen und Frauenübergangswohnungen in Oberösterreich.

Beilage 20/2021, Initiativantrag betreffend gemeinsames Vorgehen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie.

Folgende Beilagen sollen gemäß § 25 Abs. 7 und 8 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden:

Beilage 18/2021, Initiativantrag betreffend Verantwortung Energie AG Oberösterreich für eine umweltgerechte Abfallverwertung.

Beilage 19/2021, Initiativantrag betreffend der zugrundeliegenden Datenlage für die Ausrufung eines auf Landes- als auch Bundesebene geltenden Lockdown für ungeimpfte Bürger.

Zweite Präsidentin: Ich danke Ihnen.

Die von der Frau Schriftführerin verlesenen Beilagen haben wir Ihnen auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt.

Wie die Frau Schriftführerin angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 16/2021 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 16/2021 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend gemeinsames Vorgehen gegen die Corona-Pandemie. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich.

Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 16/2021 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Michael Lindner.

Abg. KO Mag. Lindner: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Wir merken alle selbst im eigenen Umfeld, in der täglichen Berichterstattung, bei den schrecklichen Schilderungen aus den Krankenhäusern, dass diese Corona-Situation in Oberösterreich wirklich todernst ist.

Nach 20 Monaten Pandemie habe ich deutlich gelernt, Klarheit schafft Vertrauen bei den Menschen. Vertrauen ist, glaube ich, unerlässlich, wenn wir die Menschen bei dieser Bekämpfung einer Gesundheitskrise mitnehmen wollen und letztendlich auch mitnehmen müssen. Man muss es offen sagen, diese Klarheit, dieses Vertrauen in die Bundesregierung und auch in die Verantwortlichen der Landesregierung ist in breiten Teilen der Bevölkerung de facto weg.

Bei den bereits Geimpften, weil die sehen, dass sie ihre persönliche Verantwortung übernehmen, nicht ausreicht. Bei den Ungeimpften, weil angesichts der Dramatik Verschärfungen und Benachteiligungen notwendig geworden sind. Damit spüren wir alle gemeinsam eine Polarisierung in den Freundeskreisen, in den Familien, am Arbeitsplatz, in den Vereinen. Es vergeht kein persönliches Gespräch, ohne auf Corona und die Impfung zu kommen und ich glaube, ich kann für uns alle sprechen, dass uns das insgesamt alle wirklich belastet.

Gleichzeitig glaube ich, dass es als Politik wichtiger ist denn je, dass wir um dieses Vertrauen und diese Klarheit auch ringen und werben, und da sind für mich zwei Dinge einfach nicht mehr diskutierbar. Die Impfung wirkt! Sie ist und bleibt der Gamechanger in der Bekämpfung von Corona. Sie schützt zu 75 % vor einer Ansteckung. Sie bewahrt zu 80 % vor einem Krankenhausaufenthalt und zu 92 % vor der Intensivstation und zweitens, aus der Krise kommen wir nur gemeinsam mit einem Schulterschluss der Vernunft, um eine Impfquote von über 80 Prozent in unserem Bundesland zu erreichen. Deswegen ist es unsere verdammte Pflicht als Politikerinnen und Politiker hier im Oberösterreichischen Landtag und auch in der Landesregierung, dass wir jetzt an diesem einen und klaren Strang gemeinsam ziehen und mit der Impfung Leben retten, weil viele Menschen in unserem Bundesland können sich nicht impfen lassen.

Da haben wir derzeit noch unsere Kinder, unsere Jüngsten, ich habe selbst zwei Kinder mit vier und sieben Jahren, die derzeit keine Impfmöglichkeit haben, Menschen, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können.

Und es ist unsere gemeinsame Verantwortung da herinnen, alle hier herinnen, dass wir diese Menschen auch schützen. Wir sehen in diesen Tagen, dass der Virus in Oberösterreich wütet und alle Systeme jetzt an die Grenzen bringt.

Aber, ich sage eines deutlich, auch wie die Bio-Ethikkommission, eine Pandemie ist keine Privatsache. Deswegen ist die Zeit, glaube ich, wirklich vorbei für halbe Lösungen, und deswegen müssen auch alle Landesregierungsmitglieder klar ja zur Impfung sagen und auch mit positivem Beispiel vorangehen, am besten noch heute.

Und der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner, auch wenn er jetzt nicht da ist, aber ich sage es ihm auf diesem Weg, er spielt da auch eine Schlüsselrolle. Er soll Größe zeigen, Vorbild sein, Verantwortung übernehmen und impfen gehen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Und an die Adresse der ÖVP: Ihr seid immer groß, wenn es darum geht, Macht im Bundesland an euch zu ziehen, aber ihr werdet klein und zögerlich, wenn es darum geht, dass man unpopuläre oder notwendige Entscheidungen trifft. Wenn es auch darum geht, dass ihr endlich euren Koalitionspartner zur Vernunft bringt.

Wir haben vor einer Woche eine gemeinsame Initiative vorgelegt. Sie haben sich bisher geweigert, überhaupt in ein Gespräch und in eine Diskussion darüber einzusteigen, vielleicht auch den Antrag gemeinsam einzubringen.

Aber wir glauben fest daran, dass jetzt die Zeit ist, wo alle politischen Kräfte zusammenarbeiten müssen, auch um mithelfen zu können, weil mit ihrer Koalition, die in unterschiedliche Richtungen arbeitet, geht das einfach nicht mehr. Deswegen haben wir uns entschlossen, diesen gemeinsamen Appell zur Impfung an die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher einzubringen, und ich ersuche die Kolleginnen und Kollegen von ÖVP und FPÖ noch einmal eindringlich, diesen Schulterschluss der Vernunft gemeinsam mit uns zu machen und den Impfaufruf noch einmal eindrücklich aus dem Oberösterreichischen Landtag an die Menschen in Oberösterreich zu schicken. Die Impfung ist und bleibt der Gamechanger in dieser Pandemie. Danke sehr. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächste hat sich die Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz gemeldet.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Regierungsmitglieder! Die Zahlen und Fakten wurden uns schon genannt, wie die Situation in Oberösterreich aussieht. Aber, sehen wir auch die Menschen, die mich verzweifelt anrufen und sagen, die wichtige Herzoperation für mein behindertes Kind ist verschoben worden. Ich traue mich mit keinem einzigen Schritt mehr hinaus, weil wir eine Ansteckung befürchten.

Das heißt, hier wird ein Risiko eingegangen, nur weil einfach die Intensivbetten mit nicht geimpften Patientinnen und Patienten belegt sind. Gleichzeitig höre ich wieder von einer älteren Frau, die dringend eine Hüftoperation braucht, die auch verschoben werden musste, sie muss weiter Schmerztabletten nehmen, und es ist nicht sicher, wie es in einem Jahr aussieht mit ihrem gesamten Gesundheitszustand und was diese vielen Schmerztabletten anrichten.

Genau in dieser Situation sind wir jetzt. Und wir haben zu lange zugewartet. Es ist nicht gelungen, diese vierte Welle am Anfang zu brechen. Jetzt braucht es harte Maßnahmen. Ja, leider! Wir müssen alle hier solidarisch dahinter stehen. Und ja, das mache ich und unsere Partei mit hundert Prozent, aber gleichzeitig müssen wir auch Zukunftsperspektiven geben. Zukunftsperspektiven für die Menschen, die jetzt, obwohl sie geimpft sind, ihren Beitrag geleistet haben, wieder in einen Lockdown gehen müssen, wenn ich den Herrn Landeshauptmann richtig verstanden habe, dass sie auch eine Zukunftsperspektive haben, dass eine fünfte Welle nicht nochmal kommen kann.

Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen jetzt diese Zukunftsperspektive, wenn sie sehen, okay, es passiert jetzt ein Lockdown und diese Zahlen, die jeden Tag ansteigen, werden weniger, dann können sie auch diese letzte Kraftanstrengung aufbringen. Da bin ich mir sicher, weil genau diese Menschen, die jetzt auf den Intensivstationen, in den Krankenhäusern, in den Pflegeeinrichtungen arbeiten, die geben ihr Bestes, und hier noch auf diesem Wege Danke, Danke, Danke an all diese Menschen, die hier einen Beitrag leisten.

Wir brauchen eine Zukunftsperspektive, und wir brauchen das gemeinsam. Es ist schon angesprochen worden. Da müssen wir an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen. Das gelingt nur dann, wenn wir alle nicht nur sagen, impfen ist wichtig, sondern wirklich aktiv darauf zugehen.

Und mein Kollege Lindner hat es schon angesprochen, hier müssen wir jetzt die Ärmel aufkrempeln und sagen, ja, wir sind hier Vorbild, wir machen das. Ob der dritte Stich oder für manche der Stich nach der Erkrankung oder eben auch der Erststich, krempeln wir die Ärmel auf, es geht um unseren Standort, es geht um unsere Menschen. Wir gefährden mit diesem ewigen Geschwafel und mit diesen Falschmeldungen, mit den Pseudowissenschaften, mit Zahlen, die umjongliert werden, wirklich Leben. Wir gefährden das Gesundheitssystem, und wir gefährden den Wirtschaftsstandort, und wir gefährden vor allem Leben.

Die Freiheit des Einzelnen hört dort auf, wo die Freiheit der Anderen bedroht ist. Die Freiheit des Einzelnen hört dort auf, wo sie das Wirtschaftssystem kaputt machen, wo sie das Gesundheitssystem kaputt machen und wo sie wirklich Menschen gefährden, auch zu erkranken, die sich nicht wehren können, von den Kindern angefangen, bis zu jenen Menschen, die eben auch aufgrund von Erkrankungen keine Antikörper aufbauen können.

Wir gefährden aber auch viele, viele junge Menschen, die vielleicht zu Halbwaisen werden, weil die Eltern sterben, auch das gibt es schon. Wir gefährden viele Menschen, die an Long-

Covid erkranken. Was das für das Gesundheitssystem langfristig heißt und auch für den Wirtschaftsstandort langfristig heißt, mag ich mir gar nicht ausmalen.

Aber wir haben diese Fälle, wir haben sie auch im KUK und in Rohrbach. Junge Menschen, die an Long-Covid erkrankt sind oder an Post-Covid erkrankt sind, und die jetzt mühsam sich den Weg wieder zurück kämpfen in das Leben.

Wir brauchen hier einen gemeinsamen Schulterschluss. Wir müssen hier schauen, wie können wir in der Zukunft klarstellen, wenn wir jetzt runterfahren, wir dürfen nicht den gleichen Fehler machen wie im Sommer und alle Angebote zurückfahren. Nein, wir müssen massiv am PCR-Testangebot weiterarbeiten, dass dann klargestellt ist, wenn wir wieder langsam hochfahren, gibt es ausreichende PCR-Testkapazitäten. Wir müssen das Contact-Tracing auch für die Nachfolge dann wirklich aufbauen und aufgebaut lassen, und nicht Menschen aus der Kinder- und Jugendhilfe abziehen und zum Telefon setzen, damit sie eben das Contact-Tracing machen können. Die fehlen uns in anderen Bereichen, die genauso wichtig sind.

Wir müssen das Impfangebot, und da kann ich die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin nur unterstützen, ja, wir werden alles daran tun, aber wir müssen es gemeinsam machen. Wir dürfen da nicht einen Keil reintreiben lassen, und vor allem muss da der Regierungspartner, der Koalitionspartner in Oberösterreich hier mitziehen, damit wir wirklich eine gute Impfstrategie mit einer begleitenden Maßnahme und für alle Altersgruppen spezifische Informationen rausgeben.

Und diese Falschmeldungen verändern, diese Falschmeldungen richtigstellen, die Menschen motivieren, ja, leisten Sie einen Beitrag, in der Zukunft werden wir keine fünfte Welle haben. Das muss unser Versprechen sein, und daher bitte ich um Zustimmung dieses Antrages. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Klubobmann Eypeltauer zu Wort gemeldet, bitte schön.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, hohes Haus, liebe Bürgerinnen und Bürger! Vielleicht zu Beginn ein Satz zum Thema Freiheit. Es ist von meinen Vorredner/innen schon angesprochen worden, aber ich möchte es auch für meine Fraktion und für uns Neos ganz klar sagen, Freiheit hat eine Kehrseite, und die heißt: Verantwortung.

Und nicht nur Verantwortung für sich selbst, sondern auch für alle anderen, für eine Gemeinschaft, für eine Gesellschaft. Und deshalb ist Freiheit oder Liberalismus, in welcher Form auch immer, kein Argument dagegen, dass man sich impfen lässt und dagegen, dass man einen Schulterschluss hier mitmacht für das Impfen und für den gemeinsamen Kampf gegen die Pandemie, das muss einfach einmal auch so klar gesagt sein, vor allem auch in Richtung all jener Vulgärliberalen, die hier meinen, Egoismus sei Liberalismus. Das ist er nämlich nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es geht hier um einen Schulterschluss dieses hohen Hauses, dieses Landtages, als Volksvertretung für jene wenigen, klaren Maßnahmen, von denen wir wissen, dass sie notwendig sind, um die Pandemie zu beenden. Da braucht es einen Schulterschluss und keine politischen Spielereien, so wie das gestern ein Kommentator einer großen Tageszeitung in Oberösterreich ganz richtig gesagt hat.

Und jetzt gibt es hier zwei Anträge, der zweite kommt später noch, die um diesen Schulterschluss gehen. Einer ist von den Sozialdemokraten, den Grünen und uns Neos unterstützt, der andere von den Regierungsfractionen ÖVP-FPÖ.

Einer dieser Anträge wertet schon im Beschlusstext. Einer ist neutral gehalten und damit natürlich mehrheitsfähig. Einer beinhaltet eins zu eins die Passagen aus dem Regierungsprogramm zum Thema Corona und will die Landesregierung in ihren bisherigen Bemühungen im Kampf gegen die Pandemie bestärken, beim Impfangebot bei der Impfkampagne, aber er erwähnt nicht die PCR-Tests.

Und ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich will die Landesregierung nicht darin bestärken, sich weiterhin nicht ausreichend um PCR-Tests zu kümmern, nein, im Gegenteil, ich möchte, dass die Landesregierung alles daran setzt, hier das PCR-Test-Angebot auszubauen und daher halte ich nicht nur den Antrag von SPÖ, Grünen und Neos für dringlicher und für dringlich, sondern auch für richtiger und richtig.

Wenn es dann darum geht, die Landesregierung darin zu bestärken, wie sie bisher schon die Leute aus dem Gesundheitswesen berücksichtigt hat, dann sage ich ihnen ganz klar, in dem Stil, wie die Landesregierung bisher die Leute aus dem Gesundheitswesen berücksichtigt hat, will ich sie nicht bestärken. Das muss aufhören. Das muss ein völlig anderer Stil sein, in dem man das endlich ernst nimmt, dann hätten wir nämlich im Sommer auch wirklich was getan und stünden jetzt nicht vor einem weiteren Stelzer-Lockdown.

Kurzum, ein Schulterschluss bei den Anträgen wird es ja wohl nicht werden, aber ein Schulterschluss fast aller Fraktionen hier, was die Ziele betrifft, den gibt es, das haben wir ganz klar vernommen. Was den Ausbau des Impfangebots betrifft, ganz klar, und was die Impf-Info-Kampagne betrifft, auch ganz klar, von vielen schon gefordert seit vor dem Sommer.

Und ich möchte vielleicht noch eine Anregung an die Landesregierung machen an dieser Stelle, wenn es darum geht, dauerhaft die Impfbereitschaft zu erhöhen, man müsste halt den Menschen in Oberösterreich, in Wirklichkeit in ganz Österreich, auch einmal ganz klar sagen, dass 2G nicht in ein paar Wochen vorbei ist, sondern dass uns das ein Jahr oder länger begleiten wird.

Es ist ja absurd, so zu tun, als würden wir jetzt durch einen Lockdown wieder alles in den Griff bekommen und die Pandemie wär vorbei. Das Corona-Virus ist unter uns, das wird bleiben, das wird mutieren und es wird weiterhin mindestens ein Jahr, wenn nicht zwei Jahre oder überhaupt eine Art von G-Regel geben müssen. Sagen sie das den Menschen so klar und ehrlich und deutlich ins Gesicht, denn das, was es jetzt braucht, ist in jeder Hinsicht Klarheit und Vertrauen. Das hat der Michael Lindner völlig richtig gesagt. Die braucht es jetzt, weil es wirklich um jeden Tag geht, weil es um Menschenleben geht und daher bitte ich hier, die Dringlichkeit zuzuerkennen. Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Klubobmann Krautgartner gemeldet, bitte.

Abg. KO **Krautgartner:** Werte Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Danke für den Seitenhieb der Maske. Die Delta-Variante, weiß man aus Studien, da ist die Impfung wirkungslos.

Und Sie tun so, dass Sie auch mit Zahlen, bei klaren Zahlen, wie 80 Prozent, 60 Prozent, Sie tun so, als ob Sie es wüssten, ohne Begründung der Studien, die dahinter liegen. Und in einer

Demokratie ist es nicht die Aufgabe der Landesregierung, die Menschen zu einem bestimmten Verhalten zu nötigen. Es ist die Aufgabe der Landesregierung, die Menschen in ihren Bedürfnissen zu unterstützen und Strukturen bereitzustellen.

Ob diese dann genützt werden oder nicht, bleibt doch bitte in Eigenverantwortung jedem selbst überlassen. So wird das auch überall sonst gehandhabt. Ungesunde Verhaltensweisen beispielsweise werden toleriert, Rauchen, Alkohol, Übergewicht, selbst in diesem Haus. Es gibt ja die ein oder anderen Raucher, und das ist eine eigene Entscheidung. Keiner der Abgeordneten oder der Mitarbeiter/innen wird sanktioniert, keiner wird sanktioniert, weil er oder sie raucht oder sich an einer ungesunden Verhaltensweise ausübt. (Unverständliche Zwischenrufe)

Dieser demokratische Prozess und das demokratische Prinzip gelten auch für die Impfung anzuwenden, inklusive der Corona-Impfung. Es muss eine freie Entscheidung jedes einzelnen Bürgers sein. In Österreich gilt die Unschuldsvermutung, so sollte auch die Gesundheitsvermutung gelten. (Unverständliche Zwischenrufe) Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Aus Analysen der offiziellen Daten ist die Rate der positiven Testergebnisse sehr erstaunlich, weil da kriegt man ein Gefühl dafür, um was es geht.

Am 12. November 2020 hatten wir 38.226 Getestete, davon waren 23 Prozent positiv, meine Kollegin wird den PCR dann noch etwas genauer erläutern. 12. November 2021, ist noch gar nicht so lange her, 445.216 Getestete, davon sind, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, drei Prozent positiv.

Die Politik ist aufgefordert, die offiziellen Fakten anzuerkennen und die notwendigen Entscheidungen zu treffen, anstatt die Menschen weiterhin mit irreführenden Ankündigungen, vor allen Dingen mit der Angstpropaganda, die Gesellschaft weiter zu spalten. Hier geht es nämlich um These, Antithese und Synthese. Deswegen stellen wir uns auch für einen großen Teil der Bevölkerung zur Verfügung, die das anders sehen, und das ist ein demokratisches Prinzip.

Die Abgeordneten des Antrags sprechen übrigens von der vierten Welle der Pandemie, welche für die Höchstwerte an anerkannten Mitbürger/innen der sieben Tage Inzidenz sorgen würden, das widerspricht allerdings ebenso den klaren Daten.

Tatsächlich ist der Prozentsatz an positiven Testergebnissen im letzten Jahr auf das Zehnprozentfache gefallen. Die absoluten Zahlen geben aus diesem Anlass nur ein großes, man glaubt sozusagen, nur dass eine große positive Anzahl an Getesteten da sind, weil um das Zwanzigfache mehr getestet wird.

Ferner zeigt ein PCR-Test allenfalls das Vorhandensein von Viren an, jedoch nicht, ob eine Person erkrankt ist. Und seit der Studie von der Universität Innsbruck, unter den Bewohnern von Ischgl, wissen wir, dass 85 Prozent der positiv Getesteten gar nichts davon bemerkt haben.

Die Unterstützer des Antrags preisen die angebliche Schutzimpfung als wirksames Mittel zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, dabei habe ich doch vorhin ausführlich erklärt, dass die Wirkungslosigkeit beim Bundespräsidenten klar zu bemessen ist und eben nicht zu bemessen ist.

In dem aktuellen AGES-Bericht wird der Anteil der Impfdurchbrüche, geschätzte Kollegen und Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander, hinsichtlich der Impfdurchbrüche gibt es bei den über Sechzigjährigen des letzten Monats bereits 66,8 Prozent. In dieser Altersgruppe sind 83,6 Prozent vollständig geimpft mit der zweiten Dosis.

Geschätzte Damen und Herren! Da müsste doch klar sein, dass die Impfung nicht der Gamechanger ist, von dem Sie sprechen. Die Pandemie der Ungeimpften ist eine Lüge. Das Bashing der Ungeimpften wird trotzdem weiter betrieben, zum Beispiel durch böartige Schikanen im Berufsalltag, mit ungültigen und gültigen 3G, 2G und 1G und was auch immer noch.

Es ist also für alle Bürger des Landes offensichtlich, dass die Impfung keinen wahrnehmbaren Effekt hat. Hier von einer Schutzimpfung zu sprechen, mutet nach Hohn. (Zweite Präsidentin: „Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen!“) Vielen Dank. Danke.

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Klubobmann Dörfel gemeldet, bitte.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Also alle, außer MFG, haben eigentlich sehr viel Richtiges gesagt jetzt. Und wie ich jetzt letzte Woche den Antrag gesehen hab, hab ich mir gedacht, aha, SPÖ kehrt zur Sacharbeit zurück. Ein paar Worte dort und da geändert, werden wir sicher einen Beschluss zusammenbringen.

Vor allem, wenn es darum geht, die Regierung in ihren Bemühungen, Corona zu bekämpfen, zu bestärken und zu bestätigen. Impfaufrufe haben wir im Regierungsübereinkommen drinnen. Der Herr Landeshauptmann hat bereits eindeutig und sehr eindringlich erklärt, welche Maßnahmen warum wann gesetzt wurden, um die Pandemie zu bekämpfen.

Und uns allen ist jetzt klar, dass die Pandemie nicht nach Schema F abläuft, sondern eigentlich ist es ja, wie wenn man einen Fisch mit bloßer Hand fangen will. Weil, wenn Sie das probieren, kaum glauben Sie, Sie haben ihn, rutscht er wieder aus. (Unverständliche Zwischenrufe) Und genauso, und genauso ist es auch bei Corona. Man braucht ein Hilfsmittel. Beim Fisch ist es die Angel oder ein Netz. Bei Corona ist es die Impfung.

Daher bekennen wir uns alle dazu, diese Schutzimpfung zu forcieren. Daher hat die Landesregierung bereits im Juni die Bemühungen für Aufklärungen und Informationskampagnen und, und, und, verstärkt. Also war ich der Meinung, das pfeift, wenn ich das so salopp sagen darf.

Doch dann kam das Wochenende, dann kamen Aussagen von führenden SPÖ-Funktionären. Ich zitiere: „Es ist nicht unsere Aufgabe Verantwortung zu übernehmen!“ Ich zitiere: „Die ÖVP hat den falschen Regierungspartner!“ Dann kommen Aufrufe in Facebook und Plakataktionen bei Impf- und Teststraßen, die von der SPÖ-Oberösterreich initiiert und finanziert wurden, die letztlich zum Polizeischutz für Landeshauptmann Thomas Stelzer geführt haben.

Diese Aktionen, ich war enttäuscht, diese Aktionen haben uns eines Besseren belehrt. Das Vertrauen war ganz einfach nicht mehr da, dass es tatsächlich um die Sache, um die Bekämpfung der Pandemie geht. Daher haben wir unseren eigenen Antrag eingebracht auf Basis des Regierungsprogrammes. (Unverständlicher Zwischenruf) Natürlich wenn wir impfen, ob jetzt „Schutzimpfung“ oder „impfen“, sind wir bei einem Literaturnobelpreis? Bitte gar schön, reißt euch zusammen. Es geht darum, wir wissen, impfen hilft. Wir wissen, wir haben viele

Skeptiker, viele trauen sich nicht recht, weil sie nicht wissen, ob es wirklich hilft. Diese Menschen gehören überzeugt.

Daher haben wir diesen Antrag auf Basis des Regierungsprogrammes eingebracht, um den konstruktiven Kräften in diesem Haus zu ermöglichen, die Linie der Landesregierung und die Linie von Landeshauptmann Thomas Stelzer zu bestärken, dass sie mithelfen, die Gesundheit zu schützen, unser Gesundheitssystem und Spitalssystem am Überhitzen zu verhindern und zu stabilisieren. Letztlich soll auch mit unserem Antrag ermöglicht werden, dass Mitverantwortung übernommen wird. Ich glaube, ich habe jetzt eindeutig erklärt, warum wir euren Antrag nicht unterstützen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke, als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Michael Gruber zu Wort gemeldet.

Abg. **Gruber:** Sehr geehrte Frau Präsident, hohes Haus, werte Landsleute, vor allem werte Gesunde, Geimpfte, Getestete, Genesene und Geduldige, die endlich darauf warten, dass die Politik geeint Verantwortung übernimmt! Verantwortung ist das Stichwort, die Hauptverantwortung aller unser politischen Anstrengungen bedeutet, nicht zu spalten, sondern zu einen. Das bedeutet, dass wir auf ein Maßnahmenpaket setzen, es bedeutet, dass wir Politik für alle Bevölkerungsgruppen, egal welche Status sie innehaben, durchführen. Da gibt es einen ganz wesentlichen Unterschied von unserem Antrag zu dem, der jetzt so „eindrucksvoll“ vorgetragen wurde, wenn von Verantwortung gesprochen wird, so wie der Herr Klubobmann Lindner in bekannter Juso-Manier da über Alternativen, Klarheiten schaffen, Vertrauen, gesprochen hat, dann schauen wir uns das Ganze im Detail an, wie die SPÖ mit Schlingerkurs Vertrauen schaffen will. Das ist das Hauptproblem, nämlich gar nicht, wenn hier die Bioethikkommission zitiert wird, die Pandemie ist keine Privatsache, die Frau Landesrätin Gerstorfer eines drauf setzt und noch dazu sagt in einer Pressekonferenz, Impfen ist keine Privatsache. Dann sollte man bei der Bioethikkommission etwas weiter lesen, dann kommt man drauf, dass da drinnen steht, Entscheidungen, sich nicht impfen zu lassen, sind zu respektieren. Also die selektive Wahrnehmung mancher, was die Aussagen der Bioethikkommission betreffen, die sind keine Untermauerung und in diesem Antrag sozusagen nicht förderlich.

Des Weiteren die Grünen, die ja eine heroische Zeit in der Regierungsbeteiligung beim Bund aufweisen mit zwei Gesundheitsministern, die ja natürlich ihren Beitrag geleistet haben die Bevölkerung zu verunsichern, die Verunsicherung ist ja das Hauptproblem. Jetzt schaut ihr einmal, dass ihr eure Minister in Wien in den Griff kriegt, den jetzigen amtierenden mit seinen Turnpatscherln, dass er ein ordentliches Bild aufbaut, dass er die Verordnung einmal verfassungsrechtlich auf konformen Boden hinbringt. Das ist einmal das Allerwichtigste, dann können wir im Land Oberösterreich gemäß unserem Regierungsprogramm auch das Notwendige veranlassen in einem breiten Ansatz, um der Bevölkerung zu helfen, um das Land und die Herausforderungen gut durch diese Pandemie zu führen, respektive zu bewältigen.

Wenn wir schon dabei sind, noch einmal zurück zur SPÖ, das habe ich mir auch noch angeschaut, wenn der Linzer Bürgermeister, da sind wir auch wieder beim klaren Kurs, vor der Wahl gesagt hat, Impfen für alle, während der Wahl Nein, das tun wir natürlich nicht, jetzt nach der Wahl, Impfen für bestimmte Berufsgruppen. Dann zeigt das natürlich genau das, was du angesprochen hast, Klubobmann Lindner, Klarheit schafft Vertrauen, der Linzer Bürgermeister bemüht sich redlich, dass das Vertrauen in die Politik gefördert wird.

Genau so würde ich einmal sagen die Frau Landesrätin, die ja im Wahlkampf noch gesagt hat, über seinen Körper zu entscheiden ist jedem selbst überlassen, ich bin eine wirkliche Verfechterin, der Körper gehört mir. Jetzt schaut die Geschichte ganz anders aus, von den 64 Prozent des Personals, die in den Pflegeeinrichtungen geimpft sind, da wollen wir auch nicht davon reden, wo die Verantwortung liegt. Also wenn man sich schon herausstellt mit so einem Antrag, der das Papier nicht wert ist, auf dem er steht, und dann vertrauensbildende Maßnahmen einfordert, das dann so begründet, dass man dann die Klarheit-schafft-Vertrauen-Schiene fährt, wir die ganzen Posts uns verinnerlichen, dann sind alle Antragsteller die letzten. Bei den NEOS bin ich ein bisschen überrascht, dass die da bei dem Ganzen mitmachen, das sind die Letzten, die den Landeshauptmann-Stellvertreter da irgendwie zu irgendwas bewegen müssen, weil er hat über die Monate hinweg immer einen klaren Kompass bewiesen, wie wir diese Pandemie angehen müssen und bewältigen können.

In diesem Sinne ist es relativ eindeutig, dass wir diese Dringlichkeit nicht zuerkennen in diesem Antrag, unser Antrag kommt etwas später, der ist viel breiter gefasst und viel wirksamer aus unserer Sicht. Ich würde allen anraten, die Allianz der Unglaublichen, die sich da gebildet hat, bei diesem Antrag zurückzukehren, sich zu besinnen und diese Spaltpilzmentalität endlich abzugeben. Wir haben einen gemeinsamen Auftrag, wir sollten die Gesellschaft einen und nicht weiter spalten. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, ich schließe die Wechselrede, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 16/2021 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen und die Abgeordneten der Fraktion der Neos heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 16/2021 dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 17/2021 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 17/2021 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend den Ausbau von Frauenhausplätzen und Frauenübergangswohnungen in Oberösterreich. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 17/2021 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Gibt es jemanden, der sich zu Wort meldet zur Dringlichkeit? Meldet sich jemand zu Wort von der SPÖ-Fraktion zur Dringlichkeit der Beilage 17/2021? Herr Klubobmann Lindner, bitte.

Abg. KO **Mag. Lindner:** Ich würde bitten, nachdem es eine sehr große Unklarheit gibt, ob dieser Antrag wirklich keine Mehrheit bekommen hat, aufgrund der damaligen Anwesenheit bei der Abstimmung, würde ich ersuchen, dass wir das Stimmergebnis noch einmal durchzählen lassen.

Zweite Präsidentin Dann unterbrechen wir die Sitzung, wir berufen die Präsidialkonferenz ein.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.16 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.19 Uhr)

Zweite Präsidentin: Ich nehme die Sitzung wieder auf, wir fahren fort, wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 17/2021 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 17/2021 handelt es

sich um den Initiativantrag betreffend den Ausbau von Frauenhausplätzen und Frauenübergangswohnungen in Oberösterreich. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 17/2021 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist die Frau Landtagsabgeordnete Heitz, bitte.

Abg. **Heitz:** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen des hohen Landtags, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Bürgerinnen und Bürger! Im vorliegenden Antrag, wo es um den Ausbau von Frauenhausplätzen und Frauenübergangswohnungen geht, da geht es schlicht und einfach um Menschenleben, um das Leben von Frauen, die von Gewalt betroffen sind. Als wir diesen Antrag verfasst haben, sind in Österreich seit Jahresbeginn 25 Frauen von ihren Partnern ermordet worden, in der Zwischenzeit ist es schon wieder eine mehr, da sind wir bei den Femiziden in Österreich, wie bei Corona, im traurigen europäischen Spitzenfeld. Noch dazu hat Corona für die von Gewalt betroffenen Frauen auch verschärft durch Ausgangssperren, Homeschooling und dergleichen, wenn uns heute ein weiterer Lockdown vom Herrn Landeshauptmann in Aussicht gestellt worden ist, wird das erneut zu dieser verschärften Situation der Frauen führen. Der konsequente Ausbau von Frauenhausplätzen und Frauenübergangswohnungen, den Landesrätin Birgit Gerstorfer initiiert hat, darf nun durch den Ressortwechsel auf gar keinen Fall ins Stocken geraten. Die noch in Planung befindlichen Projekte in Steyr, Mühlviertel und im Inneren Salzkammergut müssen rasch realisiert werden, die bereits eingeleiteten Frauenhausersatzbauten in Ried und Braunau zügig gebaut werden.

Ein Wort noch zu Braunau, wir haben heute in der Trauerminute bei der Landtagsabgeordneten außer Dienst Renate Mann vernommen, wie sehr sie sich für das Frauenhaus in Braunau eingesetzt hat, es ist wirklich bedauerlich, dass sie es nicht mehr erleben darf, wie dieses Projekt finalisiert wird. Corona hat uns gezeigt, was der Staat zu tun imstande ist, wenn er Leben schützen will, nichts anderes tun wir mit den Corona-Maßnahmen, wenn auch manchmal ein bisschen zu spät, aber meistens dann doch immerhin. Uns als SPÖ ist es wichtig, dass jetzt im Corona-Getöse das Thema Gewalt an Frauen nicht ganz untergeht. Heute in einer Woche, am 25. November 2021, ist der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, der dann den Auftakt bildet für die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen. Da wird wieder viel darüber gesprochen, wie wichtig solche Einrichtungen sind, wie schrecklich das Thema Gewalt ist, dass wir das ändern müssen. Meistens sagt man, reden alleine hilft nichts, in dem Fall stimmt es zumindest ein bisschen, laut Angaben der Polizei getrauen sich Frauen eher aus Gewaltbeziehungen auszusteigen und Anzeige zu erstatten, wenn das Thema in den Medien ist, wenn die Nummern von Helplines damit verbreitet werden. Obwohl es dann, wenn die Frauen aus Beziehungen ausbrechen wollen, für sie erst recht gefährlich werden kann, wenn sie mit einem gewaltbereiten Partner zusammen sind. Da müssen wir wieder ansetzen, wir müssen etwas tun, eigentlich müssten wir ja schon ganz, ganz viel Geld in die Prävention hineinstecken, damit Frauen gar nicht in diese lebensbedrohliche Situation gebracht werden, aber das ist einer der nächsten Anträge, das würde den Rahmen heute wohl etwas sprengen. Es ist unsere Verantwortung, hier rechtzeitig dafür zu sorgen, dass von Gewalt betroffene Frauen an einen sicheren Ort flüchten können, da haben wir in Oberösterreich noch Handlungsbedarf, dieser ist dargestellt in der Istanbul-Konvention, auch in der Frauenstrategie 2030 haben wir uns da ehrgeizige Ziele gesetzt. Wir brauchen die Umsetzungs- und Finanzierungspläne für die bereits genannten Frauenhäuser und Übergangswohnungen in jedem Bezirk in Oberösterreich. Und zwar jetzt. In diesem Sinn ersuche ich mit Nachdruck, dem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen, der Schutz von Frauenleben duldet keinen Aufschub. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Engl.

Abg. **Mag. Engl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung, werte KollegInnen, werte Zuseher/innen! Ich möchte mich auch unter dem Eindruck, der heute in der Früh schon zu früher Stunde, um 7:30 Uhr, stattgefundenen überparteilichen Aktion zu den bevorstehenden 16 Tagen gegen Gewalt an Frauen, das überparteiliche und gemeinsame Fahnenhissen vor dem Landhaus, anschließen und möchte noch einmal diese Zahl hervorholen. Im Jahr 2021 wurden in Österreich bislang, wir haben es gehört, 26 Morde an Frauen begangen. 26 Femizide. Das ist die vorsätzliche Tötung von Frauen durch Männer aufgrund ihres Geschlechts und aufgrund von Verstößen gegen traditionelle, soziale und patriarchale Rollenvorstellungen. (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

25 davon mutmaßlich durch Ex-Männer, Ehemänner, Partner, Ex-Partner oder Familienmitglieder. Gewalt gegen Frauen und Mädchen, insbesondere die häusliche Gewalt, ist nach wie vor eine der gravierendsten Formen geschlechterspezifischer Menschenrechtsverletzungen der Gegenwart. In Österreich musste eine von drei Frauen in ihrem Leben mindestens einmal Gewalt erfahren. Und die Tatorte sind zumeist zu Hause. Das heißt, das private Lebens- und Wohnumfeld ist nicht mehr sicher. Die Pandemie, da haben wir heute wirklich schon lange und viel und intensiv und emotional darüber gesprochen, verschärft die Situation für Frauen und Mädchen brisant. Der Druck, Frust, Angst eskaliert oft auf dem Rücken von Frauen und Kindern. Und das ist jetzt eine Botschaft, die wir uns alle zu Herzen nehmen sollten, oder die Warnrufe, wir stehen wieder vor einem Lockdown, das heißt, die Situation wird dramatisch bleiben.

Was zugenommen hat, ist der Zulauf zu Frauenhäusern und auch zu Familienberatungsstellen, die übrigens immer geöffnet waren und immer Hilfe angeboten haben für Frauen und Mädchen. Ein großer Dank an dieser Stelle an all jene, die immer für Frauen in Notsituationen da sind. Und trotzdem kämpfen diese ganzen Stellen, ob sie in Frauenhäusern sind oder bei Familienberatungsstellen, Frauenberatungsstellen mit großen Herausforderungen. Die sind zu 100 Prozent ausgelastet und müssen genauso jonglieren, dass sie die Hilfe zugestehen können, die schnelle Hilfe, die rasche Hilfe.

Auch ich möchte darauf hinweisen, dass die Zahlen, die in Oberösterreich konstant hoch sind, versucht werden zu reduzieren, und das aber nicht gelingt trotz aller Sensibilisierungsmaßnahmen. Das heißt, es braucht mehr, und es braucht diesen Ausbau, und es braucht den Schulterschluss aller hier Verantwortlichen, hier maßgeblich dringlich rasch zu handeln.

Der Landesrechnungshof hat es aufgezeigt, dass der Bedarf an Frauenhäusern in Oberösterreich nicht gedeckt ist. Diese Frauenhäuser bieten in Oberösterreich 41 Frauen und ihren 68 Kindern Platz. Gefordert wären laut der schon erwähnten Istanbul-Konvention 148 Plätze in Oberösterreich.

Die betroffenen Frauen brauchen nicht nur betroffene Worte, sondern sie brauchen Taten und Umsetzung. Und ich möchte schon ganz kurz auf eine Kolumne eingehen, die diese Woche im Standard war, da gab es einen Aufruf von Beate Hausbichler, es wäre höchste Zeit in die Gänge zu kommen. Und wir haben heute schon sehr viel von Verantwortung gesprochen. Und ja, diese Verantwortung tragen im Übrigen nicht nur wir Frauen, sondern wir tragen sie alle, Männer, Frauen, wir als Gesamtgesellschaft.

Die Problemlage bei den Frauenhäusern und auch den fehlenden Übergangswohnungen, die eine wesentliche Stütze sind, mit der Betreuung von Frauenberatungsstellen, muss ausgebaut werden. Jede Frau, die Hilfe benötigt, muss diese Hilfe bekommen. Und ja, das ist dringlich. Diese Hilfe muss erreichbar sein. Mich erschüttern Schilderungen von Betroffenen, dass sie die Busfahrt nicht zum nächsten Frauenhaus bezahlen können, dass der Weg zu weit ist, insbesondere aus dem ländlichen Raum. Und ja, das hat auch alles mit politischem Willen und mit einer Prioritätensetzung zu tun. Und ja, wahrscheinlich auch mit in die Gänge kommen.

In Oberösterreich gibt es einen enormen Aufholbedarf. Daher stimmen wir dieser Dringlichkeit zu. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke, als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abg. Gneißl, und ich erteile es ihr.

Abg. **Gneißl:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen, Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher via Internet! Wie bereits schon erwähnt, heute Morgen haben wir überparteilich eine Fahne gehisst. Eine Fahne, die als Zeichen steht gegen Gewalt an Frauen. Es ist ein sehr wesentliches und sehr wichtiges Thema. Und wir verabscheuen jegliche Art von Gewalt an Frauen. Daher setzen wir uns auch mit allem, was uns in der Macht steht, ein, um Frauen aus solchen prekären Situationen rauszuholen und zu unterstützen. Eine Maßnahme dabei ist der Ausbau der Frauenhäuser und Etablierung der Übergangswohnungen.

Ein wirklich starkes Zeichen wurde in Oberösterreich für unsere oberösterreichischen Frauen bereits 2018 mit der Inszenierung und Inkraftsetzung der Frauenstrategie 2030 geschaffen, die alle vier im Landtag vertretenen Parteien unterzeichnet haben. Aufgrund dieser Strategie müsste es normalerweise schon perfekt vorbereitete Umsetzungszeit- und Finanzierungspläne geben. Darum verwundert mich jetzt dieser Dringlichkeitsantrag. Warum heute diese Dringlichkeit? Weil es nicht mehr in dem Ressort beheimatet ist, wo es in der letzten Periode war? Die Dringlichkeit heute, weil es bis zum 23. Oktober 2021 nicht geschafft wurde, Kriterien für die Übergangswohnungen vorzulegen? (Unverständlicher Zwischenruf) Oder weil sowohl bei der Sitzung am 14. 4. 2021 noch bei den folgenden Sitzungen genaue Auskunft gegeben werden konnte, wie viele Wohnungsmöglichkeiten es tatsächlich in Oberösterreich gibt?

Die Frauenstrategie, in der weitere Frauenhäuser und die Übergangswohnungen für jeden Bezirk verankert sind, wird konsequent vorangetrieben, verfolgt und umgesetzt. Jeder der hier Anwesenden, der das Regierungsprogramm gelesen hat, weiß, die Regierung steht dahinter. Es ist verankert im Regierungsprogramm, und es wird Projekt für Projekt abgearbeitet. Sei es Steyr, das in Planung ist. Ried befindet sich bereits in der Endphase. In Braunau läuft das Baubewilligungsverfahren. Genauso die Baumaßnahmen für das Mühlviertel 2022 und im Jahr darauf das Salzkammergut.

Wir dürfen aber nicht nur auf unsere eignen Projekte schauen, sondern müssen auch Acht geben, was andere soziale Träger schaffen. Da darf ich ein Projekt aus meinem Heimatbezirk nennen, die im heurigen Jahr das Quartier 16 von den Franziskanerinnen, also die Franziskanerinnen haben das Quartier 16 eröffnet. Daher müssen wir viel stärker zusammenarbeiten, an einem starken Strang ziehen und eine intensive Zusammenarbeit in der Zukunft vom Land Oberösterreich, den Gemeinden und allen sozialen Trägern forcieren und ausbauen.

Seit nicht einmal einem Monat gibt es neue Abgeordnete und eine etablierte, aber in der Zuständigkeit neue Landesrätin ist im Amt. Um in Zukunft bei den Ausschüssen die bestmöglichen Lösungen zu finden, die bestmöglichen Entscheidungen zu treffen, ist es wichtig, dass wir alle auf gleichen Stand gebracht werden und eine genaue Übersicht über alle aktuell vorhandenen Wohnmöglichkeiten bekommen.

Wir lehnen daher heute diesen Dringlichkeitsantrag ab. In der Dringlichkeit, jedoch nicht in der Thematik. So wie es alle vier Parteien 2018 im Landtag schon beschlossen haben, verfolgen wir nach wie vor konsequent die Frauenstrategie 2030. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Präsidentin Sabine Binder.

Abg. Präsidentin Sabine **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit 21. 10. 2021 verzeichnete Österreich den 22. Frauenmord. Leider ist Gewalt an Frauen in Österreich traurige Realität. Dabei ist es vor allem für die Frauen die größte Gefahr, Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden, wenn sie in der Phase der Trennung sind. Das wird auch von Studien belegt.

Femizide, wurde schon ausgeführt, das heißt Tötung von Frauen durch einen Partner aufgrund ihres Geschlechts. Besonders neigen jene Männer zu Gewalt an Frauen, die ein bestimmtes Bild von Männlichkeit haben und vertreten die Ansicht, sie müssten Frauen dominieren. Diese Frauen sind in ihrem privaten Lebensumfeld und Wohnfeld oft nicht mehr sicher. Die Anzahl der Annäherungs- und Betretungsverbote ist erschreckend hoch und die Corona-Krise hat diese prekäre Situation mancher Frauen sicher noch mehr verschärft.

Gewalt in der Familie wird oft fälschlicherweise als Einzelfall, Kavaliersdelikt, Familientragödie oder als Beziehungsdrama abgetan. Es geht hier nicht um ein privates Problem, sondern hier geht es auch um ein gesellschaftliches Problem. Denn nach einem schrecklichen Femizid einen medienwirksamen Gewaltschutzgipfel einzuberufen und immer wieder tiefe Betroffenheit zu zeigen, ist allein viel zu wenig. Vieles wurde angekündigt, aber leider nicht viel umgesetzt. Eine EU-Studie besagt, dass mehr als die Hälfte der schwerwiegenden Fälle überhaupt nicht gemeldet werden.

Ja, wir Freiheitliche bekennen uns dazu, dass das Angebot von Frauenhausplätzen und von Übergangswohnungen ausreichend gewährleistet werden muss. Daher haben wir uns auch zu dem Arbeitsprogramm Frauen.Leben - Frauenstrategie für Oberösterreich 2030, welches im März 2018 in der Oö. Landesregierung einstimmig beschlossen wurde, bekannt.

So überaus wichtig diese Institutionen auch sind, aber trotz alledem ist es für mich immer wieder erschreckend, dass der Bedarf so hoch ist. Mir ist bekannt, dass nach den Vorgaben der Istanbul-Konvention, dass wir um einiges hinterherhinken. Wir haben uns mit diesem wichtigen Thema schon ausführlich im Unterausschuss befasst. Hinsichtlich des Ausbaus der Frauenhäuser gibt es bereits konkrete Maßnahmen in Braunau. Dort wird schon alles versucht für eine baldige Realisierung.

Im Mühlviertel ist man gerade auf der Suche nach einem Grundstück. Auch im Salzkammergut gründet sich der Verein Frauenhaus Salzkammergut, und dort ist man auch auf der Suche nach einem geeigneten Grundstück. Die voraussichtliche Realisierung wird 2024 sein.

Genauso wichtig wie die Frauenhäuser sind auch die Übergangswohnungen, weil gerade betroffene Frauen sich irgendwann entscheiden müssen, sich von einem gewaltbereiten Partner zu trennen.

Zum Schluss möchte ich noch anmerken, die Anregung vom Unterausschuss umzusetzen, um weitere Betreuungsformen zu erheben, die es noch außerhalb der vom Land Oberösterreich finanzierten Frauenübergangswohnungen gibt.

Da noch einiges unklar ist, würden wir gerne noch in einem Ausschuss darüber mehr erfahren, und wir werden dieser Dringlichkeit keine Zustimmung geben. Dankeschön. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Abg. Bammer bitte.

Abg. Mag. Dr. Bammer: Geschätzter Landtag, geschätzte Damen und Herren, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Wir begrüßen diesen Antrag natürlich, denn die Zahlen der Frauenmorde, die Statistik zu Gewalterfahrungen, die Frauen erleben müssen, die sind eindeutig und ich hoffe, dass man die in diesem Saal, wie manch andere Dinge, nicht bestreitet, sondern sie wirklich als gegeben erachtet.

In Vorbereitung für diese Sitzung heute habe ich mich natürlich eingelesen in die Frauenstrategie für Oberösterreich 2030 und mir das Handlungsfeld Frauen im ländlichen Raum besonders angesehen, weil ich ja selber aus einem kleinen Dorf komme und es ganz betonen will, Gewalt an Frauen passiert nicht nur in der Stadtwohnung. Wir wissen es bestimmt hier herinnen alle, das betrifft auch Frauen am Bauernhof in Oberwang, betrifft Frauen im wunderschönen Einfamilienhaus in der Grünau. Und darum brauchen die betroffenen Frauen niederschwellige Anlaufstellen, um hier rasch Hilfe zu finden.

Und wenn man den Opferschutz und den Gewaltschutz, gesamt betrachtet, wirklich ernst nimmt, dann muss man aber auch die zweite Seite sich anschauen. Das ist die Täterarbeit. Täterarbeit bedeutet Opferschutz. Und die Recherchen ergeben da in Oberösterreich, dass wir da wirklich einen hohen Verbesserungsbedarf auch für die Männerberatungsstellen haben. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Und vielleicht geht es nur mir als Mutter so, aber wenn ich an einen gewalttätigen Mann denke, einen Mann, der hinhaut, einen Mann, der schreit, einen Mann, der eine Frau umbringt, dann denke ich, dieser erwachsene Mann war ja auch irgendwann einmal ein Kleinkind. Er war ja irgendwann einmal ein Baby, ein kleiner Bub. Ja, was meint denn die Bammer jetzt eigentlich damit? Die denkt da an die Prävention, an die Bildung.

Wir brauchen bei den kleinsten Menschen, die es jetzt gibt, die jetzt auf die Welt kommen, im Kindergarten, die besten Rahmenbedingungen dafür, dass sie ihre Emotionen bewältigen lernen. Wir wissen das, Emotionsbewältigung, das ist was, das bildet sich im Kleinkindalter aus. Alles, was nachher irgendwie repariert werden soll, ist zu spät. Das heißt, im Kleinkindalter, in den Schulen müssen Kinder lernen, Konflikte zu lösen, ihnen müssen Männerbilder vermittelt werden, die modern sind. Diese tradierten alten Rollenbilder, von denen müssen wir uns einfach befreien.

Männergewalt basiert, und das weiß man, nämlich auf einem toxischen Verständnis von Männlichkeit. Und da können wir als Eltern von Buben schon einen gesellschaftlichen Beitrag leisten, indem wir den kleinen Buben ein anderes Verständnis von Männlichkeit liefern als vielleicht vor 20 Jahren.

Und als Politik sind wir einfach gefordert, dass Frauen in Oberösterreich unabhängig sind, was die Erwerbstätigkeit betrifft, da spreche ich jetzt genügend Kindergartenplätze an, dass sie frei entscheiden können, dass sie Bescheid wissen, das betrifft Finanzbildung. Und wir stimmen dieser Dringlichkeit zu, und wir begrüßen diesen Antrag abschließend noch einmal. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Dankeschön. Wünscht noch wer das Wort? Es hat sich niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 17/2021 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen, die Abgeordneten der Fraktion der Neos und die Abgeordneten der Fraktion der MFG heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 17/2021 dem Ausschuss für Gesellschaft zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 18/2021 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 18/2021 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Verantwortung Energie AG OÖ für eine umweltgerechte Abfallverwertung. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 18/2021 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede.

Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Anne-Sophie Bauer.

Abg. **Bauer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen, werte Kollegen!

Ich habe das eigentlich gar nicht vorgehabt, mich bei meiner ersten regulären Landtagssitzung gleich als Berichterstatterin mit meinem eigenen Antrag zu Wort zu melden. Jetzt stehe ich trotzdem da, dementsprechend auch leicht nervös. Aber der Grund, warum ich trotzdem hier stehe ist, weil ich beim abendlichen Fernsehen letzte Woche auf verstörende Bilder gestoßen bin. Verstörende Bilder, die mich verärgert haben, Bilder, die uns hier in Oberösterreich betreffen.

Im ORF-Report wurde berichtet, dass in einem Wald in Polen illegalerweise Berge an Plastikmüll liegen, und zwar wirklich Berge. Und die liegen dort schon seit Jahren. Die zersetzen sich dort zu Mikroplastik und verschmutzen dort den Boden und das Grundwasser. Jetzt kann man sich natürlich fragen, okay, was hat das mit uns in Oberösterreich zu tun? Es hat sich herausgestellt, dass dort oberösterreichischer Plastikmüll liegt. Eine Tochtergesellschaft der Energie AG Oberösterreich, deren Mehrheitseigentümer das Land Oberösterreich ist, hat im Jahr 2018 1.000 Tonnen an Plastikmüll nach Polen exportiert. Dieses Plastik wurde aber von einem dortigen Unternehmen nicht sachgerecht entsorgt, sondern einfach auf eine wilde Mülldeponie geschmissen. Das heißt, es ist unser Plastikmüll, der dort liegt, es ist unser Plastikmüll, der dort den Boden und das Grundwasser verschmutzt.

Ich glaube, ich kann schon mit gutem Gewissen für uns alle sprechen, wenn ich sage, dass wir das so nicht wollen. Das heißt, wir müssen dafür Sorge tragen, dass so etwas in Zukunft nicht mehr passieren kann. Für unsere heimischen Müllentsorgungsunternehmen müssen die höchsten Standards gelten. Das bedeutet, dass überprüft wird, ob Geschäftspartner eine umweltgerechte Verwertung des Abfalls sicherstellen können. Es kann nicht sein, dass unser Müll irgendwo im Wald landet, nur weil das für irgendjemanden irgendwann die billigste Lösung war. Für unseren Planeten ist es die allertuerste Lösung.

Das sehe ich auch als unsere Verantwortung, wenn wir nicht in der Lage sind, den Müll, den wir selbst produzieren, auch selbst sachgerecht zu entsorgen. Wenn wir nicht in der Lage sind, unseren eigenen Plastikmüll zu entsorgen, dann kann es natürlich sein, dass wir vielleicht auch einfach zu viel produzieren. Jede Österreicherin, jeder Österreicher produziert pro Jahr 35 Kilogramm Plastikmüll. In Österreich werden jedes Jahr 50 Prozent mehr Plastikflaschen pro Kopf konsumiert als im EU-Durchschnitt. Wir tragen damit zum globalen Problem bei, das katastrophale Auswirkungen hat. Laut Umweltexperten werden im Jahr 2050 im Meer mehr Plastikteile schwimmen als Fische. Wir nehmen Mikroplastik einfach zu uns, durch unsere Nahrung, durch unser Trinkwasser, oder einfach durch bloßes Atmen. Je nachdem, wo man lebt, sind es bis zu fünf Gramm pro Woche. Das ist eine ganze Bankomatkarte. Es gibt Menschen, die konsumieren jede Woche eine ganze Bankomatkarte an Mikroplastik.

Wer schon einmal bei einer Fridays For Future-Demo war oder bei einer ähnlichen Demo oder wer Fotos gesehen hat, der kennt diese bunten tollen Schilder, wo Dinge draufstehen, wie Life in plastic is not fantastic, Fischers Fritz fischt Plastik, oder zuerst war der Fisch im Sackerl, jetzt ist das Sackerl im Fisch. Es gibt eine sehr hohe Sensibilität für dieses Thema in der Bevölkerung. Die Menschen erwarten sich von uns, dass wir dieses Thema ernst nehmen. Deshalb will ich sagen, nehmen wir das bitte ernst, und am besten fangen wir damit an, dass wir vor unserer eigenen Haustüre kehren. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Fischer.

Abg. Ing. Fischer: Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Kollegen hier im Saal und Zuhörer online an den Bildschirmen! Diese Schlagzeile will keiner haben: Plastikreste aus Oberösterreich in polnischen Wäldern. Das Anliegen und die Intension meiner jungen Kollegin verstehe ich selbstverständlich. Man muss das nicht so tolerieren.

Aber was ist wirklich passiert? Wenn man sich das genau anschaut, wie so ein Vergabeverfahren läuft, das ist ja sehr genau deklariert, wie das abzufließen hat. Dazu gibt es das Oberösterreichische Vergabegesetz, nach dem auch die Energie AG solche Aufträge vergeben muss. Im kurzen Auszug kann ich noch kurz darstellen, an wen ist das anwendbar? Auf die Vergabe von Aufträgen, die Dienstleistungen, wie eben die Abfallbeseitigung zum Gegenstand haben, ist dieses Landesgesetz in vollem Umfang anzuwenden. Die Prüfung der Angebote ist so zu berücksichtigen, ob eine einwandfreie Ausführung und Gewährleistung zu erwarten sind, und zur Prüfung und Beurteilung der Angebote sind erforderlichenfalls Sachverständige beizuziehen. Insbesondere ist die Eignung des Bieters zu prüfen, und dafür benötigt es Eignungskriterien und auch deren Nachweise. Die Befugnis zur Erbringung der Leistung, die Zuverlässigkeit, die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die technische und fachliche Leistungsfähigkeit, die in diesem Fall ja dann ad absurdum sich führt, wenn man den Müll, den sie eigentlich fachgerecht zum Entsorgen und Verbrennen gehabt hätten, im Wald lagern, und das ist nicht nur unser Müll, sondern das ist wesentlich mehr.

Abgesehen von der Grundlage des Vergabegesetzes wurde die Bewilligung des Unternehmens noch zusätzlich extern überprüft und für rechtens und in Ordnung befunden. Die Abfälle wurden an dieses Unternehmen verkauft, und dieses war dann für die Verbringung und auch für die Verwertung zuständig. Mülltransport an sich ist jetzt ein großes Problem. In der EU bewegen sich 33 Millionen Tonnen Müll jährlich von A nach B, das heißt außer Landes und wird nicht im Inland verwertet. Das ist sicher ein Ansatz, wo ich meiner jungen Kollegin

hier Recht geben kann. Aber es ist auch keinesfalls in Ordnung, dass Müll im Wald landet und die Umwelt schädigt, egal wo auf der Welt.

Was das jetzt mir ein bisschen bitteren Beigeschmack leistet, ist der falsche Einwerfer, wo eine mögliche Unterstellung, dass die Sparte Umwelt Service GmbH der Energie AG hier billige Entsorgung auf Kosten der Umwelt in einem anderen Land vollzieht. Das finde ich auch nicht in Ordnung. Die Dringlichkeit wird abgelehnt, weil sie fachlich aus unserer Sicht nicht gerechtfertigt ist.

Zweite Präsidentin: Dankeschön! Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Antlinger.

Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Mein Vorredner hat uns jetzt sehr eindrücklich die rechtlichen Rahmenbedingungen dargelegt. Es stellt sich für mich gerade nach dem Report-Bericht dann schon die Frage, ob diese rechtlichen Rahmenbedingungen einfach die richtigen sind. Wenn man mehrere Berichte, egal ob es von NGOs oder auch Medien ist, verfolgt, dann ist denen zu entnehmen, dass Polen mittlerweile zur Müllhalde Europas geworden ist. Mehrere tausend Tonnen Müll, vor allem Plastikmüll, werden jährlich nach Polen exportiert. Ein 2020 veröffentlichter Bericht von Deutschlandfunk zeigt, dass dieser Müllexport mittlerweile eine enorme Belastung darstellt. Der Großteil des exportierten Mülls wird nämlich nicht fachgerecht entsorgt und landet auf sogenannten wilden Deponien. Da sind wir uns alle einig, neben der enormen Strapazen für die Umwelt, das damit einhergeht, stellt vor allem auch das illegale Verbrennen dieses Mülls, und das ist scheinbar auch auf dieser Deponie, wo unser Müll gelandet ist, passiert, natürlich auch eine gesundheitliche Gefahr dar. Jetzt bin ich davon überzeugt, dass die Energie AG Umwelt Service GmbH sicher alle rechtlichen Rahmenbedingungen eingehalten hat und da auch gut geprüft hat, ob der Partner, an dem man den Müll nach Polen exportiert, auch wirklich den Müll fachgerecht entsorgen kann.

Die Frage, die sich mir aber aufwirft, wenn man so etwas hört und wenn man sich im Report diesen Bericht angehört hat, diese Firma JDR ist amtsbekannt. Es wurden schon mehrere Ermittlungen auch gegen diese Firma eröffnet, dann stellt sich die Frage, ob diese Prüfung einfach mit der nötigen Sorgfalt stattgefunden hat. Unseres Erachtens braucht es da schon ganz klar volle Transparenz auch von Seiten unseres wertvollen Landesunternehmens. Energie AG Umwelt Service GmbH hat ja Gott sei Dank schon signalisiert, hier für volle Transparenz sorgen zu wollen und ich glaube, das ist auch ganz wichtig, dass man das erwähnt. Es darf nicht das Gefühl bei den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern entstehen, die doch sehr fleißig den Müll trennen, dass ihr Müll am Ende in Polen im Wald landet.

Für die Zukunft braucht es meines Erachtens definitiv Transparenzmodelle, die sicherstellen, dass der Verbleib der Abfälle im Zielland auch definitiv nachvollziehbar ist. Aus unserer Sicht ist es daher sinnvoll, dass die Energie AG Umwelt Service GmbH eine umfassende Prüfung ihrer Geschäftspartner vornimmt, um erstens einen zukünftigen Imageschaden auch am Unternehmen und für das Land Oberösterreich abzuwehren und auf der anderen Seite, das ist das viel Wichtigere, um sicherzustellen, dass mafiose Machenschaften im Zielland nicht zur Umweltverschmutzung beitragen. Aus diesem Grund werden wir heute auch der Dringlichkeit des Antrags zustimmen. Danke! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Dankeschön! Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mühlbacher.

Abg. Mühlbacher: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher im Livestream zuhause! Ja, es ist wichtig und richtig, dieses Thema, das hier angeführt wurde, nicht nur zu diskutieren, sondern ja natürlich auch zu prüfen und aufzuklären. Das sehe nicht nur ich so, sondern auch die Landesregierung in ihrer Vertretungsfunktion und das Unternehmen Energie AG selbst.

Im Zeitraum von Ende Juni bis Anfang August 2018 hat die Energie AG Oberösterreich aufgrund eines Engpasses bei den heimischen thermischen Anlagen 1.000 Tonnen Müll an das polnische Unternehmen JDR exportiert, wobei den Transport die Firma JDR selbst organisiert hat. Vor der genannten Lieferung wurde diese eindringlich und auf rechtliche Rahmenbedingungen geprüft. Neben der Prüfung durch ein externes Büro wurde auch eine Delegation der Energie AG nach Polen entsandt, um sich vor Ort ein Bild der Übernahmemöglichkeit zu machen. Es gab zu diesem Zeitpunkt keinen feststellbaren Grund, weshalb die Lieferung nicht möglich wäre. Das sich jetzt im Nachhinein herausgestellt hat, dass die Firma JDR den Müll offensichtlich nicht entsprechend den gesetzlichen Vorgaben entsorgt hat, kann der Energie AG somit nicht angelastet werden. Zwischen der Energie AG Oberösterreich und der Firma JDR gab es seit August 2018 übrigens keine Lieferungen mehr.

Selbstverständlich steht die Energie AG für vollkommene Transparenz, die laufend alle Geschäftspartner prüft, und hat ja bereits bekanntgegeben, für eine externe Untersuchung zur Verfügung zu stehen. Aufgrund der Bereitschaft der Energie AG zu einer externen Prüfung und dem Bekenntnis einer transparenten Aufklärung sowie der Vorgehensweise im Vorfeld der Lieferung im Jahr 2018 bedarf dieser Antrag aus unserer Sicht keiner dringlichen Behandlung, vielmehr einer eingehenden Betrachtung des Sachverhalts im Ausschuss. In diesem Ausschuss werden wir diese Angelegenheit natürlich intensiv diskutieren und unterstützen. Wir lehnen deshalb diese Dringlichkeit ab. Aber abschließend lade ich alle hier ein, Umweltschutz und Klimaschutz mit Hausverstand zu machen, nicht nur in Oberösterreich, sondern auch darüber hinaus. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Vielen Dank! Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 18/2021 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen und die Abgeordneten der Neos heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 18/2021 dem Ausschuss für Finanzen und Kommunales zur Vorberatung zu.

Ich schließe jetzt die Dringlichkeitsdebatte, und wir kommen nun zum zweiten Teil der Tagesordnung. Entsprechend der Bestimmung in der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 kommen wir nun zum vorgezogenen zweiten Teil der Tagesordnung zur Durchführung der weiteren dringlichen Anfragen. Wir behandeln die dringliche Anfrage des SPÖ-Landtagsklubs an Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Christine Haberlander zur Thematik ausschlaggebende faktenbasierte Grundlagen für die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Ich ersuche Herrn Dritten Präsident Peter Binder die dringliche Anfrage vorzutragen und zu begründen.

Abg. Präsident Peter Binder: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Ich beginne die Begründung unserer dringlichen Anfrage

mit einer Feststellung. Die Kurve der Corona-Neuinfektionen steigt laut einhelligen Aussagen der Wissenschaft exponentiell an. Die Situation in den Krankenhäusern ist laut öffentlichen Aussagen des Personals bereits fünf nach zwölf. Auch in den Bildungseinrichtungen sorgt die Pandemie für weitere Verschärfungen und die Sorge von PädagogInnen, Eltern und Schüler/innen steigt, dass sie in ein weiteres Bildungschaos-Jahr stürzen. 611 Tage sind vergangen, seit in Österreich der erste Lockdown aufgrund der Pandemie, die durch das Covid-19 Virus ausgelöst wurde, ausgerufen wurde. 611, Tage und während die Kurve der Neuinfektionen aktuell wieder sehr im Steigen ist, ist die Lernkurve der Verantwortlichen für die Pandemiebekämpfung das leider nicht.

Am Beginn hat man intuitiv vieles richtig gemacht. Der erste Lockdown war definitiv eine gute Entscheidung. Es ging darum, die Gesundheitsversorgung aufrecht zu erhalten, Leben zu schützen und vor allem zu lernen, gemeinsam zu lernen, wie wir mit dieser neuen Situation, mit dieser neuen Herausforderung für unsere Gesellschaft, für die Gesundheit der Menschen, umgehen. Die Problematik ist, dass während man anfangs intuitiv noch vieles richtig gemacht hat, im weiteren Verlauf dieses Lernen nicht stattgefunden hat. Ich weiß schon, es wird in der Antwort sicherlich der Hinweis kommen, dass für die Pandemiebekämpfung, für eine einheitliche bundesweite Pandemiebekämpfung, in erster Linie der Bund verantwortlich ist. Das ist richtig. Die erste Verantwortung liegt sicher beim Gesundheitsminister, ob er nun Anschöber oder Mückstein heißt, der verfassungsrechtlich auch die Möglichkeit hätte, wirklich Maßnahmen anzuordnen und bis ins unterste Glied dieser Republik diese auch durchzusetzen. Er hat das nicht getan. Das liegt wahrscheinlich daran, wie man auch aktuell wieder beobachten kann, weil dem Gesundheitsminister die Unterstützung des jeweiligen Bundeskanzlers fehlt, ob er jetzt Kurz oder Schallenberg heißt.

Das führte dazu, dass die ersten Erfolge und die ersten richtigen Maßnahmen auf Bundesebene im Fegefeuer der Eitelkeiten verglühten. Oberösterreich hat hier nun besonders lange zugesehen, was auf Bundesebene passiert. Gerade heute hast du bereits in einer Anfragebeantwortung gesagt, der Bund wird weise entscheiden. Ich habe diesen Glauben nicht mehr. Ganz im Gegenteil sehe ich es als unsere Verantwortung und sehe ich es schon länger als unsere Verantwortung, in Oberösterreich selbst zu handeln. Denn wenn die Bundesregierung versagt, ist es in einem föderalem System die Verantwortung, ja die Pflicht, und da geht es nicht um Schuldzuweisung, nein, es geht um Verantwortung und Pflicht als Bundesland, die Schritte zu setzen, um die Bevölkerung zu schützen.

Wir haben in den vergangenen Monaten immer gehört, es werden die Zahlen und Werte beobachtet und darauf dann die Schlüsse gezogen. Unser Eindruck war halt nur, dass es in erster Linie nur die Budgetzahlen und die Umfragewerte waren, die hier beobachtet wurden, aber nicht die Situation in den Krankenhäusern, nicht die Situation des Infektionsgeschehens, und vor allem nicht die Zahlen des Vorjahres und die sich daraus abgezeichneten Entwicklungen, die uns heuer zumindest auch ein Worstcase-Szenario vorgelebt haben. Ganz im Gegenteil wurde Anfang September, als der Stufenplan in Kraft getreten ist, die gemeldete Intensivbettenkapazität des Landes noch schnell auf 333 hochgeschraubt, damit man möglichst lang unter jenen Schwellenwerten durchkommt, für die dann eine Stufe 3 oder Stufe 4 oder gar ein Teil-Lockdown ausgerufen worden wäre. Und vor diesem Hintergrund, weil es darum geht, über welche Daten sprechen wir, welche Zahlen werden tatsächlich bewertet und beobachtet, frage ich dich als zuständige Bildungs- und Gesundheitsreferentin, welche faktenbasierten Grundlagen sind für die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in deinem politischen Verantwortungsbereich ausschlaggebend?

Mit der ersten Unterfrage, was war ausschlaggebend dafür, dass das Contact-Tracing in Oberösterreich insbesondere an den Schulen de facto nicht mehr stattfindet? Zweite Unterfrage, was war ausschlaggebend dafür, dass du nicht frühzeitiger Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung in Oberösterreich ergriffen hast, bevor nahezu alle Operationen in oberösterreichischen Krankenhäusern, die nicht lebensnotwendig sind, abgesagt werden mussten? Dritte Unterfrage, werden aufgrund des hohen Infektionsgeschehens nach Zulassung des Covid-Impfstoffes für Kinder unter zwölf Jahren flächendeckende Impfangebote an den Schulen vorgesehen? Und vierte Unterfrage, aufgrund welcher Grundlage wurden für die 3.768 Kindertagesheimgruppen in Oberösterreich nur für 54 Standorte insgesamt 116 Virenschutzfilter zur Verfügung gestellt? Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Dankeschön. Ich ersuche die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin zur Beantwortung und nutze gleich die Gelegenheit zur Abstimmung zur Aufnahme des Antrags zur Beilage 16/2021 noch festzustellen, dass die zwischenzeitig überprüfte Videoaufzeichnung das von mir festgestellte Abstimmungsergebnis bestätigt. Bitte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland:** Hohes Haus, sehr geschätzte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident! Die Situation ist ernst, und es wurde heute bereits ausgeführt, dass die Zahl der Neuinfektionen eine sehr hohe ist, dass die Belegung auf den Intensivstationen und auf den normalen Stationen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine große Belastung darstellt. Weitere strengere, umfassende Maßnahmen stehen im Raum.

Nun komme ich auch schon zu Ihrer Hauptfrage, sehr geehrter Herr Präsident. Zur Bekämpfung der Pandemie muss in allererster Linie auf die Schutzimpfung gesetzt werden. Das geht hervor aus den Anwendungsempfehlungen des Nationalen Impfgremiums, die auf den jeweils vorliegenden Daten und dem aktuellen Wissensstand beruhen. Demnach ist die Wirksamkeit der in der EU zugelassenen Covid-19-Impfstoffe in der Verminderung von symptomatischen Covid-Infektionen und Covid-Erkrankungen exzellent dokumentiert.

Darüber hinaus sind Personen mit einer vollständigen ersten Impfserie weniger ansteckend als nicht geimpfte Personen. Das zeigen elf in den Anwendungsempfehlungen des Nationalen Impfgremiums zitierte Studien. Und insbesondere braucht es eine Forcierung der Booster-Impfungen, dritte oder weitere Impfstoffdosen bei Personen im Alter von über 60 Jahren, denn eine großangelegte und im „The New England Journal of Medicine“ hochrangig publizierte Untersuchung zeigt, dass dadurch Infektionen um den Faktor 11,3 und schwere Erkrankungen um den Faktor 19,5 reduziert werden können. (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Eine noch größere und bestätigende Studie wurde dazu am 29. Oktober 2021 im hochrangigen medizinischen Fachjournal „The Lancet“ publiziert. Damit besteht Evidenz, dass diese Maßnahme geeignet ist, zur Eindämmung des Infektionsgeschehens beizutragen. Es wird dabei auf jede Einzelne und jeden Einzelnen von uns ankommen, um das heimtückische Corona-Virus in einem gemeinsamen Kraftakt in die Knie zu zwingen. Und zusätzlich brauchen wir Schutzmaßnahmen, die Maske, den Abstand. Und es braucht auch das behördliche Handeln. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landes Oberösterreich, der Bezirkshauptmannschaften und des Roten Kreuzes bedanken und beim Bundesheer, das etwa beim Contact-Tracing unterstützt. Sie alle rackern sich seit 22 Monaten ab für die Gesundheit der Menschen in Oberösterreich. (Beifall)

Damit komme ich zur Unterfrage eins. Das Contact-Tracing findet statt. Es findet statt, nämlich mit mehreren hundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in einem Mehrschichtbetrieb, zum

einen in den Bezirkshauptmannschaften, zum anderen im LDZ in Linz unterstützt durch das Bundesheer. Die Kontaktpersonennachverfolgung orientiert sich an den Vorgaben des Erlasses des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. Demnach kann unter bestimmten Voraussetzungen eine Priorisierung in der Kontaktpersonennachverfolgung vorgenommen werden, wovon aufgrund des derzeitigen Fallgeschehens momentan auch Gebrauch gemacht wird.

Die Schule mit ihrer hohen Testfrequenz und der hohen Impfquote der Lehrerinnen und Lehrer hat sich als wichtiger Ort der Pandemiebekämpfung etabliert. Nirgendwo sonst wird so viel und gewissenhaft getestet, kaum eine andere Berufsgruppe erreicht diesen hohen Wert bei der Durchimpfung. Aufgrund dieser sehr hohen Fallzahl kann es derzeit aber trotzdem zu Verzögerungen im Kontaktpersonenmanagement und bei den Absonderungen kommen. Dies ist bei den gegebenen hohen Inzidenzen leider nicht auszuschließen und auch in anderen Ländern der Fall.

Deshalb haben sich die Gesundheitsbehörden in Oberösterreich auf eine einheitliche Vorgehensweise für das Kontaktpersonenmanagement im Schulbereich geeinigt. Ab der bzw. dem ersten PCR-positiven Schülerin bzw. Schüler werden alle nicht-immunisierten Schülerinnen und Schüler der Klasse abgesondert. Nach Übermittlung der Daten von der Schule wird die Gesundheitsbehörde alle Schülerinnen und Schüler der Klasse absondern, die nicht geimpft oder genesen sind. Sind in der Klasse geimpfte bzw. genesene Schülerinnen oder Schüler, verbleiben diese im Unterricht und die abgesonderten Schülerinnen und Schüler sind gerechtfertigt vom Unterricht abwesend. Diese werden bestmöglich mit dem Lernstoff versorgt, die immunisierten Schülerinnen und Schüler am Standort sind jedenfalls normal im Präsenzunterricht zu unterrichten. Werden hingegen alle Schülerinnen und Schüler abgesondert, befindet sich die gesamte Klasse automatisch im Distance Learning.

Im Gegensatz dazu haben andere Bundesländer aufgrund der massiv ansteigenden Zahlen von Personen mit positivem PCR-Nachweis und dem Umstand, dass dadurch die Kontaktpersonennachverfolgung nicht mehr zeitgerecht lückenlos durchführbar ist, das Contact-Tracing bereits seit längerem eingestellt. Es erfolgt dort keine Kontaktaufnahme mehr mit der Schule.

Zur Unterfrage zwei. Die Situation wurde und wird stets von Expertinnen und Experten bewertet, und Maßnahmen wurden unter Einbeziehung von Medizinerinnen und Medizinern getroffen. Wir haben daher in den letzten drei Wochen dreimal die Schutzmaßnahmen in Oberösterreich deutlich verschärft und haben früher als andere Länder restriktivere Maßnahmen eingeführt. Seit 29. Oktober 2021 gilt über die österreichweite Regel hinaus, ich habe es heute schon ausgeführt, in Oberösterreich eine FFP2-Maskenpflicht im gesamten Handel, in Museen, in Bibliotheken, in allen Kultureinrichtungen und bei körpernahen Dienstleistungen. Auch wenn der Bund uns mittlerweile gefolgt ist, sind wir nach wie vor strenger.

Seit 8. November 2021 gilt, anders als im Rest Österreichs, in Oberösterreich auch am Arbeitsplatz in vielen Bereichen nicht nur 3G, sondern 2,5G mit einer Übergangsfrist bis 5. Dezember 2021 bei körpernahen Dienstleistungen, in der Gastronomie und Hotellerie, in Spitälern, in Alten- und Pflegeheimen und in den Kultureinrichtungen. Zum Schutz unserer Spitäler haben wir den Besuch weiter eingeschränkt und die bereits bekannte 4x1-Regelung wieder in Kraft gesetzt.

Diese Maßnahmen sind wichtig und gelten nach wie vor, aber sie reichen nicht mehr, um das Gesundheitssystem und damit auch die darin arbeitenden Menschen vor einer Überlastung zu schützen. Wir haben immer gesagt, dass der Schutz der Gesundheit ganz oben steht, und daher werden wir nicht zulassen, dass unsere Spitäler, die ohnedies schon stark belastet sind, überlastet werden, und wir werden auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern schützen, die tagtäglich ihr Bestes geben.

Daher haben wir letzte Woche entschieden, dass es weitere Maßnahmen braucht, um die Verbreitung des Corona-Virus zu bremsen und den täglichen Anstieg der Neuinfektionen zu reduzieren, also die Kurve abzuflachen. Das soll wiederum das Ansteigen der Zahlen der belegten Betten in den Krankenhäusern stoppen und so eine Überbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Spitälern verhindern. Aus diesem Grund gilt in Oberösterreich seit 15. November 2021 nicht nur der österreichweite Lockdown für Ungeimpfte, der für Menschen, die nicht durch eine Impfung geschützt sind, sehr einschneidend, aber notwendig ist, um sich selbst und gegenseitig zu schützen und unsere Gesundheitsversorgung auch in den nächsten Wochen aufrecht zu erhalten, sondern es wurden auch weitere Maßnahmen getroffen.

Seit 15. November 2021 gilt in Oberösterreich eine nochmals erweiterte FFP2-Maskenpflicht überall dort, wo Menschen zusammenkommen in Innenräumen und auch im Freien, zum Beispiel bei Märkten. Zur Reduktion von Kontakten und zum Schutz vor Ansteckungen werden auch bis auf gewisse Ausnahmen keine Veranstaltungen stattfinden. Auch die Nachtgastronomie ist bis einschließlich 5. Dezember 2021 geschlossen. Weitere Maßnahmen wurden ja bereits vom Herrn Landeshauptmann heute angekündigt.

Eines wird sich aber auch mit den getroffenen Maßnahmen nicht verändern. Gegen das Virus hilft ganz besonders und umfassend die Schutzimpfung. All diese umfassenden Maßnahmen haben wir stets unter Einbeziehung der Medizinerinnen und Mediziner gesetzt, um eine Überlastung der Spitäler zu vermeiden. Derzeit befinden wir uns in der Stufe 3A des Covid-Intensivstufenplans der Krankenhäuser, demnach werden 127 Intensivbetten für Covid-Patientinnen und -Patienten und 147 Betten für Patientinnen und Patienten mit anderen Krankheitsbildern auf der Intensivstation freigehalten. Aufgrund des besonderen Behandlungs- und Betreuungsbedarfs sind ab der Stufe 3 des Covid-Intensivstufenplans der Krankenhäuser Leistungsreduktionen erforderlich, um entsprechende Personalkapazitäten den Intensivstationen und Covid-Stationen zuzuordnen.

Damit komme ich zur Unterfrage drei. Das nationale Impfgremium wird eine Impfung von Kindern, die jünger als zwölf Jahre sind, erst nach Prüfung und Zulassung durch die EMA empfehlen. Im Moment werden Impfungen von Kindern bei einzelnen niedergelassenen Kinderärztinnen und Kinderärzten durchgeführt, streng in Abstimmung mit dem behandelnden Arzt, der behandelnden Ärztin bzw. auch den Eltern. Und diese enge Verbindung zwischen dem behandelnden Arzt und der behandelnden Ärztin sowie den Eltern ist aus meiner Sicht ganz besonders wichtig, und die niedergelassenen Kinderärztinnen und Kinderärzte und Hausärztinnen und Hausärzte sind die wichtigste Anlaufstelle für diese Frage.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass viele Ärztinnen und Ärzte sich hier bereiterklärt haben, Kinder auch zum aktuellen Zeitpunkt zu impfen. Mir ist es ein besonderes Anliegen, dass wir auch ein deutliches freiwilliges Angebot für die Impfung von Kindern zeitnah an den öffentlichen Impfstationen aufbauen. Hier sind wir in Abstimmung mit der oberösterreichischen Ärztekammer und auch mit dem Roten Kreuz. Ich bin sehr zuversichtlich, dass dies in Kürze auch ermöglicht werden wird.

Damit komme ich zur Unterfrage vier. Ihre Zahlen kann ich nicht nachvollziehen. Aus den Empfehlungen des Bildungsministeriums zum Einsatz von Luftfiltergeräten an Schulen, welche in einem gemeinsamen Schreiben vom Bildungsminister Faßmann und Gemeindebundpräsident Riedl am 28. Juli 2021 an alle Gemeinden erging, ging hervor, dass der Einsatz von Luftfiltern nur dann Sinn macht, wenn aus baulichen oder technischen Gründen in Räumen Fenster nicht geöffnet werden können oder das Stoßlüften durch das Öffnen anderer Türen überhaupt nicht erfolgen kann. Sollten Fenster nicht oder nur gekippt geöffnet werden können und keine weiteren Möglichkeiten bestehen, Räume mit Frischluft zu versorgen, dann ist der Einsatz von qualitativ entsprechenden Luftfiltern als Ersatzlösung sinnvoll.

Auf Basis dieser Empfehlung eben vom Bildungsministerium und dem Gemeindebund wurden alle Schulen darüber informiert, dass für alle Unterrichtsräume, die nicht ausreichend stoß- bzw. quergelüftet werden können, der Bedarf an Luftfiltergeräten bis Mitte August gemeldet werden kann. Alle Schulen, die einen derartigen Bedarf haben, wurden mittlerweile mit Luftfiltergeräten ausgestattet.

Angelehnt an die Empfehlungen des Ministeriums wurden alle Gemeinden und Rechtsträger der oberösterreichischen Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen eingeladen, einen etwaigen Bedarf an Luftfiltergeräten zu melden, sofern es Räume gibt, die aufgrund der räumlichen Gegebenheiten nicht ausreichend gelüftet werden können. Wir achten in der Kinderbildung und Kinderbetreuung auf eine hohe Qualität, die sich natürlich auch in der baulichen Ausstattung wiederfindet. Eine gute Durchlüftung gehört da ganz entscheidend dazu, und es ist deshalb in der Bau- und Einrichtungsverordnung auch ganz klar festgelegt, dass in den Aufenthaltsräumen eines Kindergartens, einer Krabbelstube oder eines Hortes eine ausreichende Frischluftzufuhr zu gewährleisten ist. Das ist auch eine wesentliche Voraussetzung, um für die Einrichtung oder Räumlichkeit eine Verwendungsbewilligung zu erhalten.

Die von Ihnen genannten Zahlen kann ich daher nicht nachvollziehen. Es haben uns im Bereich der Kindergärten, Krabbelstuben und Horte insgesamt acht Rückmeldungen erreicht. Diejenigen Einrichtungen, die den Bedarf einigermaßen begründen konnten, wurden sofort mit Luftfiltergeräten beliefert, sechs Geräte wurden damals ausgeliefert, wobei eines wieder zurückgeschickt wurde, da sich der Bedarf in der tatsächlichen Anwendung nicht bestätigt hat. Weitere Rechtsträger haben bis jetzt keinen Bedarf gemeldet. Ob im Einzelfall Beschaffungen getätigt wurden, die uns nicht gemeldet wurden, ist uns folglich nicht bekannt. Vielen Dank. (Beifall)

Dritter Präsident: Ich bedanke mich für die aufschlussreiche Beantwortung der Anfrage und eröffne die Wechselrede. Als Erster zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Michael Lindner, ich erteile es ihm.

Abg. KO Mag. Lindner: Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist es in den letzten Wochen bei vielen Interviews, die Sie und der Landeshauptmann Stelzer in Medien gegeben haben, da ist man manchmal ratlos an der Seite gestanden, ehrlich gesagt, wenn davon die Rede war, dass man die Zahlen beobachtet und sozusagen die Lage noch nicht so dramatisch einschätzt.

Und für mich hat ein Zitat im gestrigen Falter diesen Zugang sehr schön auf den Punkt gebracht und dort ist geschrieben, dass, Zitat, das oberösterreichische Pandemiemanagement ist ein bisschen wie Autofahren im November im Bezirk Braunau. Der Weg ist hügelig, die

Sicht vom Nebel schlecht, die vielen Bremsspuren auf dem Asphalt weisen den oberösterreichischen Weg, man überholt und schaut auf der linken Spur, ob es sich eh ausgeht. Zitat Ende.

Und das war, glaube ich, das Gefühl bei sehr vielen Landsleuten in den letzten Wochen, dass man viel zu spät, viel zu zögerlich reagiert hat und dass man eben nicht alles unternommen hat, um den Lockdown und den Bildungs-Lockdown zu verhindern. Weil das geht halt in einer Pandemie nicht, das geht mit einem aggressiven Virus nicht. Da ist es immer wichtig, ein, zwei Schritte voraus zu sein.

Und ich erinnere mich noch gut an den politischen Spott im Sommer von ÖVP-Bundesministern, als Wien im Sommer die Maßnahmen verschärft hat. Zu einem Zeitpunkt, wo der Alt-Kanzler Kurz noch einen Sommer wie damals versprochen hat. Und wie sehr sich dieser Zugang rächt, das zeigt sich jetzt im November, derzeit aktuell in den Krankenhäusern. Und deswegen wollten wir mit dieser Anfrage auch noch einmal dokumentieren, dass es wirklich an der Zeit ist, sich ein Beispiel an Wien zu nehmen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und immer ein, zwei Schritte voraus zu sein.

Ich habe in der Pandemiebekämpfung in Oberösterreich immer das Gefühl gehabt, man nimmt nur das in die Hand, was vom Bund bezahlt wird. Nur jeder eigene investierte Euro kommt dutzendfach zurück, weil das WIFO bestätigt heute schon online, dass frühere Maßnahmen, ein früherer Lockdown, schärfere Pandemiebekämpfung viel weniger insgesamt Steuergelder gekostet hätten, als uns das jetzt wirtschaftlich in den nächsten Wochen kosten wird. Und ich zitiere da den WIFO-Experten, der gesagt hat, das hat man jetzt vergeigt, das muss man so sagen.

Und ganz bedauerlich ist es, dass es vor allem unsere Jüngsten sind, die jetzt schon wieder draufzahlen und die Situation mit einem Bildungs-Lockdown bezahlen. Wir haben in den vergangenen Monaten dutzendfach hier herinnen diskutiert, dass wir alles unternehmen müssen, dass wir die Schulen offen halten, und de facto befinden wir uns jetzt schon in einem Bildungs-Lockdown, weil dutzende Klassen in unserem Bundesland seit dieser Woche schon längst in Quarantäne sind. Das heißt, diesen Bildungs-Lockdown haben wir und nein, sie haben eben nicht alles unternommen, um diesen Bildungs-Lockdown zu verhindern. Da will ich mich auch nicht dahinter verstecken, ob Luftfilter jetzt gescheitert sind, ob man einen Raum querlüften kann oder nicht, weil die Praktiker/innen vor Ort sagen, das wäre im Winter in jeder Klasse notwendig, weil Lüften im Winter bei 23 oder 25 Kindern und Mindesttemperaturen ist alles andere als lustig für die Lehrkräfte und für die Schülerinnen und Schüler.

Und es hat sich auch gerächt, dass das Contact-Tracing in Oberösterreich nicht in dem Ausmaß verstärkt wurde, wie es notwendig gewesen wäre. Ich respektiere, dass über 130 Personen aufgenommen wurden, aber es ist halt zu wenig, und das haben wir vor einem Jahr schon einmal erlebt und haben wir nach einer schriftlichen Anfragebeantwortung auch schwarz auf weiß bekommen. Jetzt glaube ich, ist es wichtig, dass wir die Impfkapazitäten massiv ausbauen, weil wir gleichzeitig die Booster-Impfungen brauchen gerade für die älteren Menschen ab 60 Jahren und gleichzeitig die Erstimpfungen steigern müssen. Das ist ein riesen Aufwand, und ich bekomme aus dem ganzen Bundesland Rückmeldungen, dass die Anmeldungen teilweise für den November schon voll sind, dass man sich maximal im Dezember anmelden kann. Also auch da ist die Infrastruktur so nicht gegeben, wie sie sein sollte.

Es darf in Oberösterreich keinen Tag mehr geben, an dem nicht in jedem Bezirk an mehreren Impfstandorten niedrigschwellig geimpft werden kann. Und ganz wichtig ist es da, auch gemeinsam mit Wien bei den freiwilligen Kinderimpfungen einen Schritt voran zu gehen. Sie haben angesprochen, es gibt Kinderärztinnen und -ärzte, und dieses Vertrauensverhältnis ist wichtig, die das schon machen. Ich glaube, auch da können wir diese freiwillige Möglichkeit mit guter Beratung möglichst bald anbieten, damit wir hier weitere Bildungsverluste für unsere Kinder und Jugendlichen verhindern können. Einen Zahn zulegen, und dann schaffen wir das gemeinsam. Danke sehr. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Elisabeth Manhal, bitte.

Abg. Mag. Dr. Manhal: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, es gibt nichts herumzudeuteln. Die Situation ist ernst und besorgniserregend. Die Lage ist unglaublich angespannt. Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander hat dargelegt, was getan wird, was getan wurde und auf Basis welcher Erkenntnisse. Ja, diese Erkenntnisse ändern sich laufend und ja, mit dem heutigen Wissen hätten wir Entscheidungen der Vergangenheit möglicherweise anders getroffen. Diese wurden aber nicht aus Ignoranz oder Leichtfertigkeit anders getroffen, sondern deswegen, weil sich Fakten und wissenschaftliche Erkenntnisse in der Corona-Pandemie eben laufend ändern.

Und weil Wien heute schon mehrmals angesprochen wurde, Wien hat ja nur deshalb im Sommer strengere Maßnahmen ergriffen, weil die Zahlen es notwendig gemacht haben. Ja, das Virus ist unberechenbar, und das zeigt uns ja auch ein Blick über die Grenzen.

Unsere Verantwortung als demokratisch legitimierte Vertreter besteht darin, Entscheidungen nach bestem Wissen und Gewissen auf Basis aktueller Fakten zu treffen. Und jetzt besteht unsere Verantwortung darin, Menschen von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass Jede und dass Jeder gefordert ist, ihren und seinen Beitrag zu leisten und sich impfen zu lassen.

Was es jetzt nicht braucht, ist ein Gegeneinander ausspielen, was es jetzt nicht braucht, sind Schuldzuweisungen und das Vertiefen von bestehenden Gräben. Es braucht auch nicht den Versuch, die alleinige Verantwortung für die Situation Einzelnen aufzubürden.

Wenn Kollege Krautgartner zuerst die Themen Fruchtbarkeit bzw. Unfruchtbarkeit und impfen in Zusammenhang gebracht hat, dann kann ich das so nicht stehen lassen. Ich bin nur eine einfache Juristin, ich maße mir nicht an, eine medizinische Expertise abzugeben, aber ich möchte einen anerkannten und renommierten Experten in der Corona-Pandemie, nämlich Dr. Tilman Königswieser zitieren, und ich zitiere wörtlich: Viele Gerüchte halten sich hartnäckig, etwa dass die Impfung unfruchtbar macht. Davor fürchten sich gerade die Jüngeren am meisten. Diese Behauptung ist nicht nur schlichtweg falsch, sondern auch gefährlich. Sonst müssten ja auch Menschen, die eine Infektion durchgemacht haben, unfruchtbar werden. Zitatende.

Alles das, was trennt, alles das, was verunsichert, das bringt uns in der Pandemiebekämpfung keinen Millimeter weiter. Wir alle haben einen gemeinsamen Gegner, und das ist nicht ein politisch Verantwortlicher oder mehrere, sondern das ist dieses teuflische Virus. Was es jetzt vielmehr braucht, ist eine gemeinsame Kraftanstrengung aller konstruktiven Kräfte. Was es braucht, ist überlegtes, entschiedenes Handeln und eine klare Kommunikation.

Pandemiebekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir werden das Virus nur besiegen, wenn jede und jeder Einzelne Verantwortung übernimmt, und wir müssen dafür Vorbild sein, denn wenn nicht alle mitmachen, werden wir es mit den drastischsten Maßnahmen und dem besten Impfangebot nicht schaffen. Der einzige Weg aus der Krise ist der gemeinsame. Wir sind gefordert, hier und heute ein Signal in diese Richtung abzugeben. Nur dann kann und dann wird es uns hoffentlich auch gelingen, auch die Menschen für diesen Weg zu gewinnen. (Beifall)

Dritter Präsident: Dankeschön! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Landtagsabgeordnete Ammer bitte!

Abg. **Mag. Ammer:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, die zusehen und zuhören! Auch im Bildungsbereich gab es Versäumnisse. Kollege Lindner hat sie ausgeführt. Diese zu wiederholen mag reizvoll sein, es bringt zwar nichts, und es hilft uns auch nicht weiter, die Situation mehr oder weniger schön zu reden, aber ebenfalls nicht. Heute wurden wenigstens zwischen den Zeilen kritische Worte gefunden und ich denke auch Fehler eingestanden. Ich halte das für notwendig und wichtig.

Fakt ist, alles was passiert oder nicht passiert, geht auf Kosten der Kinder und Jugendlichen, deren Eltern und der Pädagoginnen und Pädagogen. Bis vor gut drei Wochen war auch ich noch in dieser Situation wie Tausende Lehrerinnen und Lehrer, und angesichts der Entwicklungen ist klar, dass es noch viel schwieriger wird. Daher an dieser Stelle ein Danke an alle im pädagogischen Bereich Tätigen, die ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung auf beeindruckende Weise nachkommen.

Drei konkrete Wahrnehmungen aus der Schule ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Auch in diesem Bereich, wie im Gesundheitswesen, sind die Menschen am Limit. Es besteht einfach zu wenig Zeit, tatsächlich pädagogische normale Arbeit zu leisten. Aus epidemiologischer Sicht ist das unverständlich, warum gerade die ungeimpften Jüngeren keine FFP2-Masken im Unterricht tragen müssen, die Älteren, oft geimpft, aber schon. Und drittens, wenn die Freigabe der Impfung für Fünf- bis Zwölfjährige kommt, muss alles vorbereitet sein, um eine großflächige Impfkampagne schnell durchführen zu können. Dazu gehören unter anderem Impfbusse bei den Schulzentren und Schularztimpfungen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Ziel muss sein in der Schule, so lange wie möglich mit den entsprechenden Sicherheitsmaßnahmen offen zu halten. Wenn das, so wie heute bereits gehört, nicht möglich ist, geht es darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, die nicht nur garantieren, die Pandemie in den Griff zu bekommen, sondern die für alle Schulpartner, Kinder und Jugendliche, Erziehungsberechtigte, Pädagoginnen und Pädagogen lebbar und schaffbar sind. Es braucht auch in diesem Fall Klarheit und Vertrauen. Danke! (Beifall)

Dritter Präsident: Danke! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Hofmann bitte!

Abg. **Hofmann:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher im Internet! Es freut mich sehr, dass ich heute in meiner ersten Landtagssitzung nach der Angelobung als neue freiheitliche Bildungssprecherin gleich das Wort ergreifen darf, und da sind wir auch schon beim Thema.

Eine gute Bildung ist das A und O und der Schlüssel für den späteren beruflichen Erfolg. Doch durch die Corona-Pandemie hat sich der Schulalltag für unsere Schüler und auch der Alltag der Familien in dem Land drastisch verändert: Lockdown, Homeschooling, soziale Isolation, Masken tragen, mehrmals wöchentliches Testen. Die Schüler haben noch Bildungsrückstände und leiden auch psychisch und körperlich unter den Corona-Maßnahmen. Für uns ist klar, die Schulen müssen offen bleiben. Es braucht auch für die Eltern Sicherheit und Planbarkeit.

Zum Thema Impfung: In Oberösterreich ist eine Covid-Impfung für Kinder ab zwölf Jahren möglich. Bis zum 14. Geburtstag ist für eine Impfung die Einwilligung des Erziehungsberechtigten oder eines Elternteils erforderlich, ab 14 Jahren kann der Jugendliche selbst entscheiden, ob er sich impfen lassen möchte oder nicht, auch etwa wenn ein Elternteil dagegen ist. Aus unserer Sicht braucht es Transparenz bezüglich dem Nutzen und den Risiken der Corona-Impfung bei Kindern. Der Bund muss den Eltern eine aufgeklärte und informierte Impfentscheidung ermöglichen.

Was bringt die Impfung den Kindern und welche Risiken für Kinder sind möglich? So muss über eine Impfung bei Kindern diskutiert werden. Es darf keinen Zwang oder Druck geben, jeder muss frei entscheiden können, ob er sich impfen lassen möchte oder nicht.

Zu den angesprochenen Luftfilteranlagen in Klassenzimmern: Hier hat der Vertreter der Abteilung Gebäude- und Beschaffungs-Management des Landes Oberösterreich in der letzten Periode berichtet, dass hochwertige Luftfilteranlagen mit entsprechenden Vorfilterstufen funktionieren, aber eine entsprechende Lärmbelastung darstellen. Es müssten Schalldämpfer eingebaut werden, die aber auch dann nur noch eine hohe Lärmbelastung erzeugen. Das Umweltbundesamt empfiehlt diese Geräte nicht, da die Lufthygiene nicht verbessert wird. Das Kohlendioxid wird durch die Luftfilteranlagen nicht aus dem Raum gebracht, sondern es muss dann ohnehin gelüftet werden.

Abschließend mein Appell an Sie alle: Setzen wir alles daran, dass unsere Kinder in diesen schweren Zeiten eine gute Schulausbildung bekommen und nicht ein Leben lang einen Bildungsrückstand als schweren Rucksack mit sich tragen müssen, der wiederum einen Nachteil in der Arbeitswelt mit sich bringt. Dankeschön! (Beifall)

Dritter Präsident: Dankeschön! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Bammer bitte!

Abg. **Mag. Dr. Bammer:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich halte mich ganz kurz, aber ich habe es im Wahlkampf den Wählerinnen und Wählern versprochen, dass ich als Quereinsteigerin in die Politik die Lebensrealität genau da herein tragen will. Und ich stehe jetzt da heroben als Ehefrau und als Tochter von jeweils niedergelassenen Ärzten, ich stehe da als Schwester einer diplomierten Krankenpflegerin, und ich kann Ihnen sagen, es glaubt Ihnen, liebe Koalitionspartner, niemand mehr, dass Sie sich im Sommer gut vorbereitet haben auf die Situation, die wir jetzt haben.

Sie haben im Sommer Wahlkampf betrieben, Sie haben im Sommer die Stabilität und den Hausverstand und im Bierzelt andere Dinge versprochen und vorgesagt, und es glaubt Ihnen jetzt da draußen leider niemand mehr, dass Sie sich wirklich gut vorbereitet haben.

Die psychische Situation für die Kinder und Jugendlichen, die wird sich jetzt wieder weiter verschlechtern, die Sportkurse wird man wahrscheinlich wieder abdrehen, das ganze soziale Leben wird sich wieder einstellen, die Jugendzentren werden wir wieder zumachen und die

psychische Situation, das sage ich Ihnen auch als Obfrau-Stellvertreterin von einem eigenen Verein, den ich betreibe, der sich um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen kümmert, wird sich drastisch verschlimmern. Und ich sehe da ganz klar die Verantwortung bei Ihnen. Danke! (Beifall)

Dritter Präsident: Dankeschön! Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Somit schließe ich die Wechselrede zu dieser dringlichen Anfrage. Dieser Tagesordnungspunkt ist hiermit erledigt.

Wir kommen nun zur Behandlung der dringlichen Anfrage des MFG-Klubs im Oberösterreichischen Landtag an Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Christine Haberlander zur Thematik Beibehaltung der Teststrategie in Oberösterreich trotz WHO-Tatsache zu den PCR- und Antigentests. Ich ersuche die Abgeordnete Dagmar Häusler die dringliche Anfrage vorzutragen und zu begründen.

Abg. Häusler, BSc: Ja, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herrschaften, die uns online verfolgen! Ganz zu Anfang möchte ich gleich sagen, wir sind demokratisch auch in dieses Landesparlament von dem Volk da draußen gewählt worden und entsprechend dessen nehmen wir jetzt unseren Wählerauftrag wahr und transportieren das da herein, was uns unsere Wähler, unsere 50.000 Wähler da draußen, mitgegeben haben, also ich stehe da stellvertretend für unsere Wähler und entsprechend dessen wünsche ich mir für die nächsten sechs Jahre, wo wir da sind, den entsprechenden Respekt, weil den Respekt, den Sie mir zukommen lassen, den transportiere ich dann weiter an unsere Wähler.

Schon um neun Uhr in der Früh, heute am Vormittag, hat uns die Presse mitgeteilt, dass anscheinend meine Anfragen an die Politiker sich die Menschen teilweise schwer tun mit rätselhaften MFG-Anfragen. Entsprechend dessen, die Vorrednerin hat es schon gesagt, ich bin keine Politikerin, ich komme auch direkt aus der Praxis und entsprechend dessen möchte ich einfach diese ganzen Zahlen, Daten, Fakten, von denen wir heute schon den ganzen Tag reden, auch einmal aus der Sicht der Diagnostik mitteilen. Ich komme direkt aus dem Feld. Wir sprechen nämlich bei diesen Zahlen immer von gegebenen Inzidenzen, also das sind die neu auftretenden Krankheiten bzw. die Fälle, weil wie wir es möglicherweise wissen oder auch nicht, ist ein positiver molekularbiologischer Nachweis kein Fall, sondern nur ein Nachweis. Das heißt, es steht in keiner Relation mit einer tatsächlichen Erkrankung. Dazu braucht es immer einen Patienten, der eine klinische Symptomatik trägt.

Ganz im Gegensatz dazu steht ein anderer Wert, der nennt sich Prävalenz, das ist die Durchseuchung, also die tatsächliche Durchseuchung in der Bevölkerung, also das Auftreten von der Krankheit, wie sie dann auch wirklich da ist. Diese zwei Werte sind ganz, ganz wichtig, wenn man an eine Teststrategie herangeht, wie wir sie jetzt seit vielen, vielen Monaten verfolgen. Mit sinkender Prävalenz, also desto niedriger die Durchseuchung in der Bevölkerung ist, desto fehleranfälliger sind alle Testsysteme, egal ob man jetzt einen molekularbiologischen PCR-Test macht oder einen Antigentest.

Wir haben bei der Prävalenz, die wir in den Schulen vor allen Dingen beobachten, der Antigentest, der dort im Einsatz ist, ist aus diagnostischer Sicht schlechte Qualität. Das sind die ganzen Kindertests, mit denen wir unsere Kinder zwei- bis dreimal die Woche konfrontieren. Die Ergebnisse sind aus fachlicher Sicht mangelhaft und bei einer Prävalenz von unter einem Prozent bzw. einem Prozent kann man davon ausgehen, dass nur 21 Prozent der positiven Tests dort auch wirklich positiv sind, alle anderen machen wir umsonst und

zahlen wir auch umsonst. Das sind die Zahlen und Fakten, das lässt sich nicht weglegen, das ist ein Rechenspiel.

Und damit ich da jetzt gleich zu meiner Frage komme. Diese Dinge sind bekannt, die werden von der WHO, vom RKI und in Österreich auch natürlich von der AGES entsprechend mitgeteilt, das ist jedem Anwender eines Nitrodiagnostikums bekannt, die Prävalenz wirkt sich auf die Testergebnisse aus und dahingehend ist natürlich meine Frage an die Frau Mag. Haberlander: Bleiben Sie entgegen dieser nicht nur von der WHO zur Kenntnis gebrachten tatsächlichen Tatsachen trotzdem bei der derzeitigen Teststrategie in Oberösterreich als Hauptfrage? Dann als Unterfrage: Wieviel PCR-Tests wurden in absoluten Zahlen in den einzelnen Tagen seit dem 4. November durchgeführt? Wie hoch war der Anteil der positiven Ergebnisse an diesen Tagen? Wieviel der positiv getesteten Menschen sind asymptomatisch? Und bei wie vielen dieser positiven Ergebnisse handelt es sich um Folgetestungen?

Dritter Präsident: Danke! Ich ersuche nun die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander um die Beantwortung der Anfragen.

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Hohes Haus, sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die WHO und das RKI weisen die Anwender von PCR- und Antigentests darauf hin, dass die Krankheitsprävalenz den prädiktiven Wert der Testergebnisse verändert und mit abnehmender Krankheitsprävalenz das Risiko eines falschen positiven Ergebnisses steigt. In Oberösterreich haben wir aktuell eine hohe Prävalenz, das heißt, dass der Prozentsatz an Infektionen in der Bevölkerung sehr hoch ist. Zusammengefasst kann also gesagt werden, dass wir nicht entgegen der von der WHO zur Kenntnis gebrachten Tatsache handeln, da diese auf eine niedrige Prävalenz abstellt. Daher werden wir die österreichische Teststrategie des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz in Oberösterreich selbstverständlich auch weiterhin umsetzen.

Zur Unterfrage möchte ich anmerken, dass ich in der Summe die Daten nenne der PCR-Testungen in Teststraßen, der PCR-Testungen Alles gurgelt und der PCR-Testungen in den Apotheken: 4. November: 13.834; 5. November: 23.393; 6. November: 26.409; 7. November: 26.748; 8. November: 26.553; 9. November: 38.290; 10. November: 39.194; 11. November: 36.783; 12. November: 33.069; 13. November: 32.540; 14. November: 44.562; 15. November: 35.301; 16. November: 37.110.

Die Zahlen zu den PCR-Testungen „Oberösterreich gurgelt“ liegen zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht vor. Die Summe seit dem 10. November 2021 beträgt 3.803 PCR-Testungen.

Zur Unterfrage zwei, die Positivrate liegt seit 4. November 2021 bei 3,35 Prozent. Zur Unterfrage drei, eine Aussage diesbezüglich kann auch aufgrund der Möglichkeit von Selbsttestungen, Gurgeltests zur Selbstanwendung, nicht getroffen werden. Unterfrage vier, eine solche Auswertung müsste durch eine nicht automatisierte, also händische Auswertung bei den Laboren in Auftrag gegeben werden. Aufgrund der momentan angespannten Situation bei den Laboren sehen wir derzeit von einer derartigen Abfrage ab. Vielen herzlichen Dank! (Beifall)

Dritter Präsident: Danke für die Beantwortung der Anfragen. Ich eröffne die Wechselrede und erteile erneut der Abgeordneten Dagmar Häusler das Wort.

Abg. **Häusler, BSc:** Sehr geehrte Frau Mag. Haberlander! Ich danke recht herzlich für die Auskunft, die ich natürlich jetzt in der Eile der Zeit nicht mitnotieren konnte. Die Daten, die mir vorliegen, habe ich nämlich aus diesem Update des Covid-19-Krisenstabs entnommen.

Es sind die aktuellsten Daten, die mir zum Zeitraum des 14. November vorliegen, und Sie haben genau den Punkt angesprochen, den ich eh vorhin schon erwähnt habe, die sogenannte Prävalenz, nur zur Inzidenz, die ja zu dem momentanen Lockdown für Ungeimpfte geführt hat.

Nur damit ich das einmal nur so transparent aufzeigen kann, die Kurve schaut in etwa so aus, also natürlich die Zahlen steigen. Es sind die Zahlen, von denen wir ständig sprechen, und wenn man sich nämlich genau die genannten Zahlen und die anteilig Positiven dann anschaut, schaut die Prävalenz nämlich in etwa so aus, die Prävalenz sinkt meines Erachtens noch.

Jetzt, nur gerechnet an den PCR-Tests, haben wir momentan eine Prävalenz von unter 12 beziehungsweise teilweise sogar zwischen sechs und sieben beziehungsweise neun Prozent. Wir haben dieses Phänomen genau ab dem 4. November beobachtet, steht auch im Krisenstab in der Mitteilung so drinnen.

Genau zu dem Zeitpunkt ist ein neuer Teilnehmer, also ein Mitbewerber, sagen wir es einmal so, im Sektor PCR-Test-Aufstockung da in Oberösterreich etabliert worden, mit ganz, ganz vielen Teststationen. Sie wissen es, der Dienstleister genau in dem Bereich, glaube ich, ist auch dafür verantwortlich, dass momentan das Testangebot stockt und die Menschen auf ihre PCR-Tests tagelang warten und die dann im Endeffekt nicht in die Arbeit gehen können.

Zum Testen an sich, mit der genannten Prävalenz haben wir natürlich immer das Risiko, dass die positiven Tests entsprechend falsch positiv ausfallen. Das muss man so stehen lassen, das sind die Daten, die kann ich nur so wiedergeben. Das ist ein Rechenspiel.

Es ist eben anzumerken, dass man anhand der Prävalenz das ganze Infektionsgeschehen um einiges aufschlussreicher und besser beobachten kann, und man kann zusammenfassend einfach sagen, je mehr wir testen, desto mehr Positive werden wir auch finden, wobei dieses Mehrtesten uns auch einen detaillierteren Überblick über das Gesamtinfektionsgeschehen gibt.

Das ist, (Unverständlicher Zwischenruf) ich wische gerne den Tisch vorher ab, in der Eile, als neue Abgeordnete heute nicht gemacht, und die WC-Klinken draußen sind unterdessen auch nicht desinfiziert worden. Ja, das ist von meiner Seite die Stellungnahme dazu und muss man so stehen lassen.

Dritter Präsident: Dankeschön! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Landtagsabgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen in den letzten Tagen, in den letzten Monaten, die an Covid verstorben sind, die Menschen, die jetzt auf den Intensivstationen täglich um ihr Leben ringen, die Menschen, die in den Krankenhausabteilungen auf den Covid-Stationen liegen, die sprechen eine ganz eindeutige Sprache, und das Coronavirus lässt sich nicht mit falschen Zahlen, mit falschen Prävalenzen, mit Prävalenzfehlern, die man nachweisen kann, auch das gibt ein Rechenspiel, nicht erschlagen, also machen wir gemeinsam das, was wir alle versprochen haben. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Schützen wir die Menschen und vor allem auch das Gesundheitssystem vor Ihren gefährlichen, gemeingefährlichen Aussagen. Danke! (Beifall)

Präsident: Weiters zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Präsident Binder!

Abg. Präsident Peter **Binder:** Es kann nicht zu viele Binder in einem Raum geben, aber es kann zu Verwirrungen führen. Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Landeshauptmann-Stellvertreterin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus, werte Zuseherinnen und Zuseher, die dieser Debatte folgen! Wir diskutieren nun eigentlich seit Beginn dieser Landtagssitzung weitgehend über die Coronakrise und die Pandemie, die wir trotz allem, wo wir auch unterschiedliche Meinungen haben und trotz allem, wo wir manchmal die eine Maßnahme intensiver oder anders setzen würden, aber ich denke, den Großteil hier herinnen eint das Ziel, dieser Pandemie endlich Herr zu werden.

Ich schließe mich deshalb auch gleich bei meiner Vorrednerin an, was uns sicherlich nicht dabei hilft, wenn wir aus Anfragen, zu denen wir das gute Recht hier im Landtag haben, versuchen, Neuinterpretationen des Geschehens zu entwickeln, um die Krise kleinzureden, zu beschönigen oder klar Dinge in Abrede zu stellen, wie die Toten, die wir zu beklagen haben, wie die Belastung im Gesundheitssystem, die wir zu beklagen haben, und wie vor allem das Virus, das immer noch unter uns wütet, und das es in erster Linie zu bekämpfen gibt.

Ich glaube, es ist wirklich an der Zeit, die sachliche Kritik, und es ist auch schon gesagt, das Eingestehen von Fehlern, die vielleicht passiert sind, Fehlerkultur gehört zur Politik, zum Krisenmanagement, sich mit der Kritik sachlich auseinanderzusetzen und den Menschen in Oberösterreich zu signalisieren, wir nehmen diese Krise ernst und wollen sie gemeinsam bewältigen. Darum bedanke ich mich in diesem Zusammenhang bei allen Abgeordneten hier im hohen Haus, die die Maske tragen.

Die FFP2-Maske ist neben der Impfung ein ganz ein wichtiges Instrument zur Eindämmung des Virus, und das ist keine Glaubensfrage, es kann manchmal ein modisches Accessoire sein, aber es ist vor allem hilfreich gegen das Virus, gegen die Ausbreitung, und darum ist es wichtig, dass wir auch hier herinnen dieser Vorbildwirkung nachkommen.

Sie tut nicht weh, sie stört nicht, ich habe es jetzt auch ausprobiert oben beim Vorsitz, aber es ist möglich, diese Maske zu tragen und damit dieser Maßnahme, die wir ja gesetzt haben und die verordnet worden ist, auch in der Bevölkerung wieder zum Durchbruch zu verhelfen. Ich bedanke mich auch bei allen, die geimpft sind, und die der Impfung als das zentrale Instrument hier auch das Wort reden.

Wie gesagt, wir können unterschiedlicher Meinung sein über das Tempo, über die Intensität der Maßnahmen, aber was es braucht, ist schon der Schulterschluss, dass die Maßnahmen, die verordnet sind, die Gesetze, die gelten, die Verordnungen, die gelten, dass wir die hier gemeinsam auch einhalten.

Das sind wir den Menschen schuldig, das sind wir aber auch uns schuldig, denn wir wollen, dass Politik künftig ernst genommen wird. Danke! (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Präsidentin Sabine Binder.

Abg. Präsidentin Sabine **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte MFG! Ich verstehe

nicht ganz, warum diese dringliche Anfrage eingebracht wurde. Immerhin wurde letzte Woche von der MFG-Fraktion eine gleichlautende schriftliche Anfrage mit der Beilagennummer 11003/2021 eingebracht.

Inhaltlich werde ich die Testthematik in der noch anstehenden Dringlichkeitsdebatte zur Beilage 19/2021 aus Sicht der FPÖ-Fraktion beleuchten. Darum fasse ich mich jetzt kurz. Viele Leute wollen, und wir brauchen auch diese Tests, denn diese Tests sind jetzt wichtig, und die geben auch Sicherheit. (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Das trifft auch übrigens auf Geimpfte zu, und da kann man auch nachdenken, auch wenn manchmal falsch-positive Tests sind und das Testergebnis jetzt nicht passt, aber das ist derzeit nicht unser größtes Problem.

Eines ist aber für uns ganz klar, solange die Verpflichtung eines Testnachweises besteht, solange sollen sie auch gratis und immer verfügbar sein, in kurzer Zeit. Danke! (Beifall)

Dritter Präsident: Danke! Mir liegen derzeit keine weiteren Wortmeldungen vor. Klubobmann Dörfel, bitte!

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns einig in diesem Haus, dass wir alles tun müssen, um die Gesundheit zu schützen, um Leben zu retten, um die medizinische Versorgung zu stabilisieren. Leider tut die MFG das Gegenteil. Das ist nicht nur schade, sondern es ist lebensgefährlich.

Daher ersuche ich die anderen Kräfte in diesem Haus, die Bemühungen der Landesregierung zu unterstützen und vor allem Werbung für das einzige Mittel, das uns weiterhilft, die Pandemie zu besiegen, Werbung für die Impfung zu machen. (Beifall)

Dritter Präsident: Dankeschön! Nun sind mir tatsächlich keine Wortmeldungen mehr gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede zu dieser dringlichen Anfrage, und somit ist auch dieser Tagungsordnungspunkt erledigt. Wir nehmen daher die Dringlichkeitsdebatte wieder auf und kommen zur Beilage 19/2021.

Dabei handelt es sich um den Initiativantrag betreffend der zugrundeliegenden Datenlage für die Ausrufung eines auf Landes- als auch Bundesebene geltenden Lockdown für ungeimpfte Bürger. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 19/2021 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede.

Zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Dagmar Häusler von der MFG-Fraktion.

Abg. **Häusler, BSc:** Ja, sehr geehrte Damen und Herren noch einmal! Die ähnliche Thematik bei der Einbringung unserer Anträge ist dem geschuldet, dass man sich natürlich als Nicht-Politiker erst mal einfinden muss. Wir haben uns das entsprechend der Informationen, die wir auf alle Fälle heute da kundtun wollten, wir haben uns des Öfteren positioniert, damit wir dann auch das Wort haben und damit dann auch unsere Inhalte dementsprechend transportieren können.

Wie schon eingehend erwähnt, wir sind im Lockdown, wahrscheinlich künftig ausgeweitet im Lockdown, momentan gilt der Lockdown für die ungeimpfte Bevölkerung. Der Grund, warum man Grund- und Freiheitsrechte einschränkt, müsste der Bevölkerung natürlich vor allen

Dingen mit validen und haltbaren Daten transportiert werden, weil die Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte eine massive ist und entsprechend muss man da aus unserer Sicht entsprechend valid rechtfertigen können.

Die derzeitigen Daten habe ich im vorherigen Antrag schon mitgeteilt, weil anscheinend noch immer die These besteht, dass der positive Nachweis eine Krankheit ist. Im Prinzip wird ein genetisches Bruchstück in einem Test nachgewiesen, und entsprechend haben wir seit 20 Monaten die Sachlage, dass diese massiv hoch sensitive Methode und auch die damit verbundenen Befunde der Bevölkerung entsprechend serviert werden mit möglicherweise der Gefahr, dass diese Dinge auch gar nicht transportiert und interpretiert werden können.

Wir haben es in kurzer Zeit geschafft, dass wir heute da stehen, weil, wie ich auch schon erwähnt habe, unsere Wähler uns den Auftrag gegeben haben. Die Oberösterreichische Landesregierung und auch die Bundesregierung hat bis zum jetzigen Zeitpunkt immer wieder mit diesen Zahlen gespielt, und es wird weiter so sein. Es ist immer wieder nur zu betonen, dass ohne klinischen Befund die Bezugnahme zu einem Test wertlos ist. Das ist definitiv so. Das ist auch medizinisch haltbar, auch wenn es mir möglicherweise anders angehängt wird.

Die ganzen Systeme, die da in ganz Oberösterreich, in ganz Österreich im Einsatz sind, sind untereinander nicht vergleichbar. Das ist de facto so. Da werden nämlich nicht nur Äpfel mit Birnen verglichen, sondern Kirschen mit Melonen. Die genannten CT-Werte, die sich lustigerweise für Pflegepersonal und medizinische Berufe, zu denen ich mich auch zähle, anders gewertet werden als in der breiten Bevölkerung, und das Thema, wer geimpft ist und wer nicht geimpft ist, ist trotzdem auch an der Teststraße. Das heißt, wir haben da Rohdaten, mit denen gearbeitet wird, und aufgrund derer die Bevölkerung eingeschränkt wird in ihrer Bewegungsfreiheit.

Ganz zu schweigen, wir kommen immer wieder auf das gleiche Thema, die Impfung ist anscheinend der Gamechanger. Wir haben mittlerweile offizielle Zahlen dazu, dass es ganz, ganz viele Impfschäden gibt, und da werden momentan auch nur sechs Prozent dieser offiziellen Impfschäden eingemeldet.

Das heißt, das ist im Zuge dieser Impfthematik auch zu beobachten, und das ist möglicherweise auch der Grund, warum sich der eine oder andere nicht mehr beziehungsweise gar nicht für die Impfung entscheidet, weil diese Dinge sind in der Bevölkerung bekannt.

Soviel zu meinem Antrag. Die zugrundeliegenden Daten, was diesen partiellen Lockdown jetzt für Ungeimpfte angeht, das wäre von Dringlichkeit aus unserer Sicht, weil es im Sinne der Wähler ist. Es braucht valide Daten, warum er in seiner Freiheit eingeschränkt wird. Dankeschön. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Knauseder.

Abg. **Knauseder, MSc:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Wie heute bereits mehrfach gesprochen, die Lage in den Spitälern ist überaus ernst. Die Situation in der Pflege mehr als prekär.

Täglich sterben immer mehr Menschen an der Covid-19-Infektion, täglich kommen neue Horrormeldungen dazu. Wenn ich mir diesen Dringlichkeitsantrag anschau, denke ich, dass der Ernst der Lage noch immer nicht bei allen angekommen ist. Wir können im Ausschuss

gerne über das Phänomen von diagnostischem Fehlverhalten, über Prävalenzen und Inzidenzen diskutieren, aber jetzt braucht es definitiv etwas anderes.

Fakt ist, wir befinden uns mitten in der vierten Welle einer Pandemie. Die Krankenhäuser und Intensivstationen gehen über. Stationen werden zusammengelegt. Personal auf Covid-Stationen zusammengeführt, OPs werden geschlossen. Meine Kolleginnen gehen täglich über ihre physischen und psychischen Grenzen. In der Pflege hilft man zusammen, man hält zusammen.

Die Kollegen opfern ihre Freizeit, machen Einspringdienste, zusätzliche Dienste, haben keinen Urlaub, keinen geregelten Familienablauf, kein geregeltes Familienleben, seit vielen Monaten. Klatschen und ein Danke reichen hier schon längst nicht mehr. All die vielen Intensivbetten in Oberösterreich nutzen allerdings auch nichts, wenn das Personal dazu fehlt.

ICU-Pflegekräfte fallen bekanntlich nicht vom Himmel. Da nützt das modernste Bett nichts. Ärzte müssen Triage-Entscheidungen fällen, Verstorbene können nicht wie üblich würde- und pietätvoll versorgt werden. Haben Sie schon einmal überlegt, was wäre, wenn diese Intensivpatienten oder diese Verstorbenen ihre eigenen Angehörigen sind?

Die Überlastung meiner KollegInnen im Gesundheitswesen, der drohende Kollaps in den Spitälern, das ist am Ende die für mich relevanteste Datengrundlage für schärfere Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. Wer allerdings noch immer wissenschaftliche Erkenntnisse leugnet, wer jetzt noch immer gegen eine Impfung ist, wer jetzt noch immer nicht einsieht, dass es jetzt unter vollster Anstrengung und auch nur in einer solidarischen Weise gemeinsam bringen kann, diese Pandemie zu bewältigen, der glaubt wahrscheinlich auch noch immer, die Erde sei eine Scheibe. Aus all diesen Gründen werden wir der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zustimmen. Dankeschön. (Beifall)

Dritter Präsident: Dankeschön. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Froschauer.

Abg. Bgm. **Froschauer:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wo Sie zuhause diese Diskussion an den Bildschirmen verfolgen!

Ich finde es bemerkenswert, dass die Frau Abgeordnete Häusler zweimal hintereinander das Rednerpult erklimmt, um zu sagen, ich bin keine Politikerin. Sie haben sich für ein politisches Amt beworben. Sie haben dieses Amt verliehen bekommen, also seien Sie auch Politikerin! (Beifall)

Am 18.11.2021 schreibt eine auflagenstarke Tageszeitung: Schon das Beschlussbegehren endet wirr. Und in der Tat es ist schwierig einerseits das Beschlussbegehren zu lesen und andererseits es zu verstehen. Das dürfte aber Methode haben. Weil immer dann, wenn argumentiert wird seitens dieser Bewegung, dann wird verwiesen auf internationale Studien, ohne das näher zu spezifizieren. Da werden Begrifflichkeiten herangezogen und aus dem Kontext gerissen. Ich komme darauf zurück.

Fakt! Stand 16. November 2021: 2559 Neuinfektionen an einem Tag. 28.489 aktive Fälle. 97 COVID-19-Patienten auf der Intensivstation. Davon sind 78 Personen, das sind 80,4 Prozent, nicht vollständig immunisiert. Ich darf Ihnen versichern, dass sämtliche Entscheidungen aufgrund der Datenlage getroffen werden, und zwar, das macht es ein bisschen schwierig für

die Politik, einerseits horchend auf die Empfehlung der Experten, die ganz wesentlich ist, diese fachliche Expertise, andererseits natürlich auch die rechtlichen Grundlagen, die hier mit einfließen müssen. Und zum Dritten auch die Überlegung, welche Auswirkungen hat das auf die Menschen, auf die Arbeitswelt, auf die Psyche der Menschen? Das sind sehr schwierige, diffizile Entscheidungen, die hier zu treffen sind.

Ich gestehe Ihnen das Recht auf eine eigene Meinung zu. Ich verwehre Ihnen aber das Recht auf eigene Fakten. Und die Frau Kollegin hat vorhin gesagt: Falsche Zahlen. Aber die Zahlen sind schon richtig. Ich muss sie nur in einen Kontext setzen, dass sie stimmen können. Wenn Sie hier anstatt der Inzidenz die Prävalenz hernehmen, dann ist das durchaus in Ordnung. Ich muss nur diese Prävalenz in die richtige Zuordnung bringen.

Nehmen wir als Beispiel ein einfaches Rechenspiel her: 100 Einwohner, davon sind 99 geimpft. Zwei davon kommen im Krankenhaus auf die Intensivstation. Ein ungeimpfter, ein geimpfter. Da läuft jetzt ihre Argumentation davon. Da würde dann ihre Prävalenz bedeuten, 50 Prozent sind geimpft, 50 Prozent sind ungeimpft auf der Intensivstation.

Wenn ich aber Prävalenz richtig deute, dann heißt das in Bezug auf die untersuchte Gruppe, dass plötzlich 100 Prozent der Ungeimpften dort liegen und 0,1 Prozent der Geimpften. Dann habe ich es im richtigen Kontext. Wenn ich Zahlen verwende, dann muss ich sie auch richtig verwenden. Das ist einmal ganz, ganz wesentlich für mich. Würde ich Ihrer bemerkenswerten Form von Argumentation folgen, dann wäre das bei den Alkoholunfällen ungefähr so, dass 30 Prozent der Autounfälle von Menschen mit Alkoholbeeinträchtigung verursacht werden und Sie würden daher sagen, dass man die 70 Prozent, die nichts getrunken haben, von der Straße wegbringen müsste, um das Ganze zu bekämpfen. Und das ist dieses Recht auf eigene Fakten, das ich ihnen nicht zugestehe. Vielen herzlichen Dank! (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Zweite Präsidentin Sabine Binder.

Abg. Präsidentin Sabine **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist kein Geheimnis, und mein Kollege Michael Gruber hat das heute schon ausdrücklich klar gemacht, dass die FPÖ den derzeitigen Lockdown für einen Teil der Bevölkerungsgruppe absolut kritisch sieht. Ändert sich nächste Woche so und so. Diese Maßnahme an sich, diese kritisieren wir.

Die Notwendigkeit von Maßnahmen allerdings kritisieren wir nicht, und da geht es jetzt nicht darum, ob irgendein Test positiv oder falsch positiv war. Das spielt für diese Bedeutung überhaupt keine Rolle. Es geht alleinig um die Kapazitäten im Spital. Ich weiß, ihr glaubt an diese Zahlen und Zustände in den Spitälern nicht, die da geschildert werden und ja, man darf auch kritisch hinterfragen. Das ist in einer Demokratie absolut in Ordnung.

Ich gebe euch aber nur folgenden Tipp: Wenn ihr eine Theorie aufstellt, von der ihr selbst vorab festlegt, dass sie weder durch Fakten noch durch Argumente widerlegt werden kann, dann ist das nicht sehr wissenschaftlich. Dann kann man nichts dazulernen. Wir von der FPÖ haben uns die Daten angesehen. Es gibt derzeit 333 Intensivbetten in Oberösterreich. Davon sind grob gesagt ein Drittel mit COVID belegt, ein Drittel mit sonstigen Patienten belegt und ein Drittel ist frei. Das sind ganz emotionslos die unstrittigen Fakten.

Und wenn ich dann den leitenden Arzt frage, es sollten ja laut den offiziellen Daten ein Drittel der Intensivbetten frei sein und der sagt mir: Ja, das stimmt! Aber wir haben kein Personal dafür! Dann ist das für mich nachvollziehbar. Und wenn mir das Gesundheitspersonal klar

sagt: Es ist wirklich knapp auf den Stationen, und Operationen müssen verschoben werden. Dann ist das für mich auch nachvollziehbar. Und wenn ich dann frage, letztes Jahr waren doch weit mehr Personen im Spital und sie sagen mir: Ja, da mussten die Spitäler dann aber auch auf reine COVID-Spitäler umgestellt werden und viele Operationen verschoben werden. Darum wollen wir jetzt bereits handeln, um ausreichend Reserven zu haben und den Normalbetrieb so gut es geht zu gewährleisten. Dann ist es für mich auch nachvollziehbar.

Und niemand möchte in die Lage kommen, dass er selbst oder ein Angehöriger keine intensivmedizinische Versorgung bekommt. Stellt euch vor, ein Familienangehöriger von euch hat einen schweren Autounfall und dann bekommt er keine ausreichende Versorgung. Das darf nicht passieren, und dieser Verantwortung sollten wir uns alle bewusst sein!

Ein großes Problem sind auch aus meiner Sicht die falschen Ankündigungen und die Versprechungen der Bundesregierung. Da ist sehr viel Vertrauen verloren gegangen und egal, wer etwas sagt, es wird jetzt grundsätzlich kritisch gesehen und hinterfragt. Zu oft wurde viel zu viel versprochen. Und ob man dieses verlorene Vertrauen mit Zutrittsverboten für nachweislich gesunde Bürger wieder erlangt, glaube ich kaum.

Ich hoffe auch auf ein rasches Umdenken der Bundesregierung bevor sie sich erneut vor dem VfGH blamiert. Wir lehnen die Dringlichkeit ab! Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Dankeschön. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Landesrat, liebe Frau Landesrätin! Ich habe mir die Zahlen noch einmal ausgedruckt, die gestern von der Gesundheitsholding für ganz Oberösterreich herausgegeben wurden.

Es sind 645 Menschen in den oberösterreichischen Spitälern, die bitte klinisch, horchen Sie mir zu, Frau Kollegin, diagnostiziert sind. Das sind nicht irgendwelche Zahlen. Das sind Menschen. Wenn man sich die Intensivstationen anschaut. Ich habe selber zwei Enkelkinder. Wenn ich lese, dass zwischen 0 und 14 Jahren, ein Kind auf der Intensivstation liegt. Zwischen 15 und 18 Jahren, ein weiteres Kind, Jugendlicher. Ein Patient, Patientin ist zwischen 19 und 29 Jahre alt. 22 Patienten sind zwischen 45 und 59 Jahre. Wenn ich dann schaue, in welche Altersgruppe ich gehöre und wie viele Angehörige ich habe, die vor mir oder hinter mir sind, und die sind auf der Intensivstation. Weil es immer noch Menschen gibt, die alle nur verunsichern, die einen Keil reintreiben. Die von allen wissenschaftlichen Daten nur gewisse herausnehmen, und ich habe schon ein paar Zitate gefunden. Da muss man sich aber immer die ganze wissenschaftliche Arbeit ansehen. Da muss man sinnerfassend lesen und auch viel nachrechnen können, damit man das auch versteht. Da muss man einfach dahinter sein.

Ja, es gibt eine Eigenverantwortung! Und eine Eigenverantwortung kann auch sein, sich selbst zu schaden. Aber es ist gemeingefährlich und teilweise auch strafbar, mit dem eigenen Verhalten andere zu gefährden. Andere auf die Intensivstationen zu bringen. Andere auch nicht mehr gesund aus dem Krankenhaus zu entlassen. Viele Menschen leiden an Long-COVID und genau mit diesen Aussagen, die immer wieder kommen, verunsichern wir die Menschen und bringen sie nicht dorthin, sozusagen, zu dem Einzigen, was wirklich hilft, zur Impfung. Daher nehmen wir als Landtag, aber auch als Personen in der Öffentlichkeit wahr, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen. Dass wir auch nicht zwischen den Zeilen einer Koalitionspartei immer wieder heraushören, eigentlich wollen wir das auch alles nicht. Damit tun wir uns nichts Gutes!

Wir sind in Oberösterreich angetreten, alle Fraktionen, für Oberösterreich das Beste zu machen. Machen wir es, indem wir die Menschen nicht verunsichern, indem wir ganz klar gemeinsam jetzt aus dieser Welle herauskommen und eine Zukunftsperspektive aufzeigen. Das ist unser Weg, und da müssen wir gemeinsam daran arbeiten. Danke! (Beifall)

Dritter Präsident: Danke, Frau Abgeordnete! Mir liegt nun keine Wortmeldung mehr vor. Somit schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 19/2021 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der MFG heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 19/2021 dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Beilage 20/2021 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend gemeinsames Vorgehen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich.

Ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage 20/2021 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Elisabeth Manhal, und ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Dr. Manhal: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich kann mich noch gut erinnern, als wir im April 2020 unsere erste Sitzung außerhalb des Landhauses hier im Ursulinenhof abgehalten haben.

Wir haben uns damals im ersten Lockdown befunden. Selbstgemachte Stoffmasken versprachen Schutz. Hilfspakete wurden geschnürt. Eine mögliche Impfung war in weiter Ferne. Heute, mehr als 1,5 Jahre später, befinden wir uns mitten in der 4. Welle der Pandemie. In einer 4. Welle, die die Krankenhäuser an ihre Grenzen bringt und deren Dynamik zur Folge hat, dass sich im Tagesrhythmus die Entscheidungsgrundlagen ändern.

In einer 4. Welle, in der es tiefe Gräben in der Gesellschaft gibt. In der es viele Menschen gibt, die sich zu selbsternannten Virologen und Medizinern aufgeschwungen haben und mit der Angst und der Unsicherheit der Menschen spielen. In einer 4. Welle, in der es aber im Unterschied zum April 2020 sehr wohl Möglichkeiten gibt, dem Virus etwas entgegen zu setzen. Nämlich die Impfung!

Und dass die Impfung wirkt, zeigen die Vergleichszahlen der Inzidenzen bei den Geimpften mit jenen der nicht Geimpften bzw. nicht vollständig Geimpften ganz klar. Genauso wie auch die Zahl der Spitalsaufenthalte. Ja, die Impfung schützt nicht zu 100 Prozent. Das ist wie bei anderen Impfungen auch, und es gibt Impfdurchbrüche. Fakt ist aber, dass es aktuell doppelt so viele Infektionen wie im Vergleich zum Vorjahr gibt, aber nur die Hälfte der Erkrankten in den Krankenhäusern ist. Und hier sieht man den Effekt der Impfung sehr genau. Und ich darf dazu an die Worte von Bundeskanzler Schallenberg erinnern, der am Montagabend gemeint hat, dass der einzige Weg, den Spuk hinter uns zu lassen, die Impfung ist. Und deshalb müssen wir auch alles dafür tun, die Menschen zum Impfen zu bewegen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Uns alle in diesem Haus eint das Ziel, die Schrecken dieser Pandemie endlich hinter uns zu lassen. Und den Menschen in unserem Land wieder Planbarkeit und Sicherheit zu geben. Freiheit für alle! Um das zu erreichen, braucht es die

gemeinsame Kraftanstrengung und alle Möglichkeiten zur Eindämmung der Virusausbreitung zu nutzen. Denn der einzige Weg aus der Krise ist der gemeinsame.

Und zu diesen Möglichkeiten gehören unter anderem Impfangebote in den unterschiedlichen Settings, Aufklärung und Information, Werbemaßnahmen in den unterschiedlichsten sozialen Gruppen, stets unter Berücksichtigung neuester Erkenntnisse. Und wenn die SPÖ es ernst meint mit ihrer Ansage: Vertrauen in Richtung Gemeinsamkeit, dann kann sie das bei diesem Antrag auch unter Beweis stellen. Ich lade deshalb die SPÖ, natürlich auch alle anderen Fraktionen sehr herzlich ein, Teil dieser konstruktiven, notwendigen Kraftanstrengung zu sein und als ersten Schritt in diese Richtung unseren Antrag zu unterstützen. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Eypeltauer, und ich erteile es ihm.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, hoher Landtag, liebe Bürgerinnen und Bürger! Ich habe vorhin schon zu dem nahezu mit derselben Absicht eingebrachten Antrag von der Sozialdemokratie, den Grünen und uns Neos gesprochen und habe auch dargelegt, warum ich der Meinung bin, dass das, was die Regierungsfractionen ÖVP und FPÖ jetzt hier vorlegen, man könnte es scheinheilig nennen, man könnte es auch ein politisches Spielchen nennen, auf jeden Fall aber nicht etwas ist, was einen Schulterchluss leicht ermöglicht.

Ich habe auch erklärt, warum das so ist. Weil ganz einfach im Gegensatz zu dem, was vorhin ein Kollege aus dieser Seite des Saales gesagt hat, der Antrag, der hier jetzt vorliegt, nicht breiter und allgemeiner ist, sondern eben spezifischer und genauer, auf der einen Seite. Unserer war wesentlich breiter und allgemeiner. Und zum anderen, das sage ich Ihnen auch ganz klar, mir fehlt in ihrem Antrag die Aufforderung an die Regierung, PCR-Test-Kapazitäten auszubauen. Das erwähnen Sie gar nicht. Das fehlt, und daher kann man sowas hier nicht positiv abstimmen aus unserer Sicht. Das ist einmal das Erste.

Das Zweite, werte Kolleginnen und Kollegen, der Landeshauptmann hat auf unsere Neos-Anfrage in der Früh, überraschend zumindest für mich und wohl auch für viele hier, auf jeden Fall aber für viele Bürgerinnen und Bürger und auch gerade für jene, die im Bildungsbereich tätig sind, verkündet: Es wird einen Lockdown geben! Und er hat gemeint, mehrwöchig. Das kann sein zwei Wochen, das kann sein drei Wochen. Wir werden das erfahren. Um 17:30 Uhr ist die Pressekonferenz avisiert. Und da muss man noch einmal sagen, dieser Lockdown wäre überhaupt nicht nötig gewesen, wäre der Landeshauptmann seiner Verantwortung nachgekommen und hätte die Landesregierung im Sommer all das, was Expertinnen und Experten, aber auch politische Parteien, ganz konkret eingemahnt haben, umgesetzt. Das muss man so klar sagen.

Jetzt schlittern wir in diesen Stelzer-Lockdown und jetzt möchte die FPÖ-ÖVP einen Schulterchluss, und die restlichen Parteien wollen den auch. Und wir haben gesehen in der Debatte, in vielen inhaltlichen Bereichen gibt es diesen Schulterchluss faktisch. Wir sind uns alle einig, dass Impfen die Lösung ist und dass wir ein größeres Impfangebot und eine größere Impfquote brauchen.

Wir sind uns alle einig, dass FFP2-Masken, und bei allen nehme ich immer die eine Fraktion links hinten aus, ein wichtiger Schutzschild sind, und wir sind uns alle einig, dass der Gesundheitsbereich endlich entlastet werden muss. Das ist einmal außer Rede gestellt.

Ich möchte jetzt der Landesregierung, aber auch hier dem Landtag einen Punkt mitgeben, der mir ein bisschen untergegangen ist. Ich möchte appellieren, gerade jetzt vor dem Hintergrund bevorstehender Lockdowns, zu einem Schulterschluss für die Kinder und Jugendlichen. Schulen und Kindergärten können und müssen offen bleiben! Wenn wir freiwerdende PCR-Kapazitäten, Testkapazitäten hier für die Schulen und Kindergärten nutzen, und wenn wir endlich einmal aufhören damit, wieder auf den Rücken von Kinder und Jugendlichen, die die leiseste Stimme von allen haben, politische Fehler auszutragen.

Und das haben wir gesehen, wohin das führt. Das haben wir gesehen in den letzten Lockdowns. In Wirklichkeit schon nach dem ersten Lockdown.

Triage auf der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Krankenhäuser, die berichten über deutlich mehr, deutlich akutere und deutlich schwerere Fälle von Suizidgedanken, von Essstörungen, von Suizidversuchen, von Angst- und Schlafstörungen unter Kindern.

Eine Vielzahl von Studien belegen mittlerweile, was Expertinnen, was Kinderrechtsorganisationen seit dem ersten Lockdown einmahnen, nämlich die massiven negativen Auswirkungen auf die Psyche von Kindern durch Isolation, durch den Mangel an sozialen Kontakten, durch den Mangel an positiven sozialen Erlebnissen, an Zukunftsperspektiven und dann kommt noch dazu durch Bildungslücken, die immer größer werden. Diese Zahlen, hoher Landtag, belegen eine absolute Katastrophe, eine Pandemie sozusagen hinter der Pandemie.

Ich kann nur appellieren an dieses hohe Haus, respektieren Sie das, akzeptieren Sie diese Zahlen, wenden wir das für Oberösterreich ab und tun wir alles, damit Schulen und Kindergärten auch in den nächsten Wochen offen bleiben. Es ist möglich. Danke!

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordnete Aigner.

Abg. **Aigner:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher! Vorab ein Wort an verschiedene oder an einige Vorredner, die MFG ist nicht schuld am derzeitigen Zustand in Oberösterreich oder in Österreich. Wir sind erst vor etwa vier Wochen angelobt worden. Wir waren bislang nicht im Landtag und sind schon gar nicht Mitglieder der Landesregierung.

Betreffend des Antrags, wenn ich da jetzt lese, niedrigschwellige Impfangebote, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe da einen Bericht liegen aus den Oberösterreichischen Nachrichten vom 16. November 2021, 2 Tage alt, wo damit geworben wird oder wo berichtet wird, dass an drei Nachmittagen bei einem Arzt 333 Impfungen durchgeführt wurden, mithilfe der Feuerwehren für die Verkehrsregelung. Da stellt sich für uns die Frage der Qualität der Aufklärung. Wenn man als Patient, als Mensch, der sich impfen lässt, der sich indizieren lässt einen entsprechenden Nutzen und Risikoabwegung treffen möchte, würde so ein Aufklärungsgespräch bei einem Arzt zwischen 15 und 30 Minuten dauern. Das geht sich rein zeitlich auf 333 Stiche an drei Nachmittagen nicht aus.

Zu begrüßen ist es, dass beantragt wird, dass eine Bewusstseinskampagne gemacht wird, und zwar wäre es zu begrüßen, wenn die Bewusstseinskampagne in diese Richtung ausgelegt ist, dass auch die Gefährdungslage der Altersgruppen berücksichtigt wird.

Warum? Wir haben bei Kinder und Jugendlichen eine sehr geringe Gefährdungslage und Gott sei Dank laut AGES-Dashboard, habe ich mir gestern am Abend ausgedruckt, bis zu einem

Alter von 44 Jahren in Oberösterreich keine Todesfälle. Warum spreche ich das an? Ich spreche das deshalb an, weil die von einer Vorrednerin schon kolportierten 38 % der freien Intensivbetten vermutlich oder unter Umständen deswegen frei sind, weil es entsprechenden Mangel an Pflegepersonal gibt.

Wenn wir jetzt schauen, dass es in Oberösterreich mehr als 100.000 Schülerinnen und Schüler gibt und diese in der Woche 3-mal getestet werden, diese Tests setzen wir jetzt rechnerisch nur mit 30 Euro pro Test an, für die Anschaffung, für die Auswertung und für die Entsorgung, da möchte ich mir gar nicht vorstellen, welcher riesengroßer Plastikmüllberg danach bleibt und wie das dann entsorgt wird, vielleicht in Polen, wie wir heute schon hörten. Diese 100.000 Schüler mal 3 Tests mal 30 Euro pro Test ergibt wöchentlich in Oberösterreich Kosten von 9 Mio. Euro. Ich denke, das Pflegepersonal oder auch das Intensivpflegepersonal würde sich freuen, wenn diese Gelder seit 20 Monaten in deren Ausbildung gesteckt würde, um entsprechend mehr Pflegepersonal, mehr Intensivpflegepersonal zur Verfügung haben und zumindest die Intensivbetten, die zur Verfügung stehen, auch nutzen zu können oder vielleicht sogar auszubauen.

Ganz kurz, vielleicht auf ganz Oberösterreich ist es eine beeindruckende Zahl. Es gibt oder laut AGES-Dashboard seit Beginn der Pandemie, also seit Mitte März 2020, 17 Mio. Testungen nur in Oberösterreich, wiederum bewertet mit diesen 30 Euro sprechen wir von einer halben Milliarde Euro, die für Intensivmedizin-Pflegeausbildungen, Pflegeausbildungen, Intensivstationen für Krankenhäusern vielleicht auch hätte investiert werden können.

Betreffend der Neuinfektionen, die im Antrag angesprochen sind, wir haben jetzt rund 3.500 Neuinfektionen, wenn man es auf ganz Österreich sieht, haben wir 15.100 Neuinfektionen gehabt, gestern oder heute, man darf aber nicht vergessen, dass hierfür 593.434 Tests, PCR und Antigen, ausgeführt worden sind. Ich kann Ihnen die Zahlen auch nennen. Wir haben 468.810 PCR-Tests und 124.624 Antigen-Tests, Stand: 17.11.2021, gestern um 9.30 Uhr.

Im Antrag ist ebenfalls angeführt das heute schon besprochenen Antikörper-Screening, dieses ist grundsätzlich zu begrüßen, damit die Menschen in Oberösterreich und auch in Österreich über deren Gesundheitszustand wissen und auch vielleicht über die Immunität gegenüber dem Virus, ist aber auf jeden Fall nur dann zu unterstützen, wenn dieser Antikörpernachweis dazu dient, auch wieder am gesellschaftlichem Leben teilzunehmen. Wir haben zwar ab Montag wieder harten Lockdown für alle, also es geht eh nicht mehr mit dem Fortgehen, aber die Ungeimpften sind auch tagsüber eingesperrt und nicht nur ab 18 oder 20 Uhr. Wir werden es heute in der Pressekonferenz verlautbaren.

Manche Punkte wären begrüßenswert, insgesamt ist aber nicht davon auszugehen, dass dieser Antrag von der MFG-Fraktion Unterstützung findet. Danke!

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Frau Landtagsabgeordnete Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine heute vierte Corona-Rede damit beginnen, dass ich ein ganz ganz großes Danke, ein Danke an all die Menschen, die im Krankenhausbereich arbeiten, aber auch an die Menschen, die beim Roten Kreuz, bei der Feuerwehr, bei der Polizei, einerseits Regeln kontrollieren und andererseits helfen, Menschen dorthin zu lotsen, wo sie ihre Impfung oder Testung bekommen. Danke an all die Menschen, die ihre Zeit und auch teilweise ihre Gesundheit dafür

einsetzen, damit uns gemeinsam geholfen wird, um die Pandemie zu bekämpfen. Danke. (Beifall)

Nachdem ich mir die Reden zum Antrag 16 von der ÖVP, Klubobmann Dörfel, aber auch von der Freiheitlichen Fraktion angehört habe, Kollege Gruber, und jetzt beim Nächsten, beim letzten Antrag von der Frau Kollegin Binder, dann spürt man schon das Dilemma, in dem die ÖVP und auch der Landeshauptmann stecken. Wenn es einen Koalitionspartner gibt, der immer ein bisschen was untergräbt, der vielleicht manches nicht in der Deutlichkeit auch sagt, und dieses Dilemma möchten wir gerne auflösen, indem wir sagen, ja, wir machen den Schulterschluss.

Liebe Kollegin Manhal, Schulterschluss wäre schon beim Antrag 16 möglich gewesen, auch hier war es ganz klar eine Einladung an euch. Wenn ich die zwei Anträge nebeneinander stelle, was ist der Unterschied? Ob breit oder nicht breiter. Wir haben verlangt, ein breites Impfangebot, ein flächendeckendes und dauerhaftes und PCR-Angebote. Was steht bei dem Antrag Nr. 20, ein niederschwelliges Impfangebot ausbauen, PCR-Testungen fehlen völlig. Der zweite Punkt, eine breite Impfkampagne mit fachlicher Begründung und Begleitung für alle Altersgruppen. Ich glaube, ich habe schon ausgeführt, warum das so wichtig ist. Bei euch steht nur eine Bewusstseins- und Informationskampagne zur Erhöhung der Impfquote. Ich habe heute der Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin nicht einmal, sondern zimal gehört, bitte bitte gehen wir impfen, und genau das möchten wir mit einer breiten Impfkampagne mit unterstützen, und wir werden alles daran setzen, genau diese positiven Botschaften, dass die Impfung schützt vor schweren Erkrankungen, weitertragen, damit wir hier einen Schulterschluss bei der Bevölkerung erwirken können.

Der andere Punkt ist das Contact-Tracing, das fehlt bei eurem Antrag komplett. Das ist auch ganz wichtig, weil wenn wir aus der Welle herauskommen, niedrige Zahlen haben und dann mit den PCR-Testungen die Leute schnell herausholen können, dann braucht es ein Contact-Tracing. Derzeit wird alles zusammengezogen, was irgendwo auf der BH, verwaltungsmäßig irgendwas ist, d.h. andere Bereiche, wie schon angesprochen, die Kinder- und Jugendhilfe kommt da zu kurz, und das müssen wir einfach für die Zukunft anders planen. Ihr schreibt die Erkenntnisse der Vertreter aus dem Gesundheitswesen mit berücksichtigen. Im Krisenstab sitzen hoffentlich alle drinnen, und ihr hört auch hoffentlich darauf. Ich weiß, dass die Vertreterinnen und Vertreter sehr laut und schon lange laut schreien, was wir für Maßnahmen brauchen. Es war schon lange erkenntlich, dass es mit den bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen wird.

Es ist weiteres bei euch drinnen, das kann man als Erweiterung sehen, das sind die Antikörpertests und das Antikörper-Screening als Auftrag an den Bund. Das kennen wir auch schon, wir tun alles an den Bund delegieren, der soll das machen. Wie man es dann umsetzt und was wir damit tun, das ist ja dann nicht so tragisch, also das ist die Verbreiterung, aber ich glaube, das ist in der jetzigen Phase, wo wir uns alle einig sind, dass wir einen Schulterschluss brauchen, nicht notwendig, aber gut, es soll drinnen stehen.

Wir nehmen niemanden aus der Pflicht. Wir nehmen auch nicht die anderen Parteien aus der Pflicht. Wir nehmen auch bei uns selber die Fehler wahr und sagen okay, was haben wir versäumt, aber dann tun wir es nicht herumschieben, dass der schuld ist und der. Nein, wir müssen jetzt gemeinsam. Die Zeiten sind vorbei. Wir können es eh weitermachen, nur das hilft den Leuten draußen nichts. Es hilft auch dem Krankenhauspersonal nichts, die tagtäglich am Bett stehen und unsere Angehörigen pflegen und betreuen, denen müssen wir jetzt helfen. Es ist ein Schlag ins Gesicht. (Beifall)

Es ist ein Schlag ins Gesicht für all diese Menschen, die drinnen arbeiten und draußen stehen 800 Leute, die demonstrieren, und dann bekomme ich Postwurfsendungen, dass ich emotional bin. Mich zerreißt es! Ich bekomme Postwurfsendungen von der FPÖ, dass sie gegen die Maßnahmen demonstrieren. Ein Kickl oben drauf, verbündet mit anderen, nicht sehr seriösen Menschen. Ich denke mir, das ist abzustellen, und zwar dringend, da brauchen wir da herinnen, Oberösterreich zeigt den Schulterchluss vor. Bitte, zumindest mit der ÖVP! Danke! (Beifall)

Dritter Präsident: Dankeschön, als Nächster zu Wort gemeldet ist Klubobmann Herwig Mahr.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Schwarz Ulli! Ich bin ja sehr selten deiner Meinung. Aber in diesem Fall bin ich deiner Meinung. Und zwar möchte ich mich als allererster bei jenen bedanken, die sich seit Monaten tagtäglich um unsere Gesundheit kümmern.

Liebe Ärzte, liebe Pflegekräfte, liebes Gesundheitspersonal! Ihr leistet wirklich Unglaubliches. Und ich möchte mich auch bei dem Personal in den Apotheken, in den Ordinationen, Teststraßen und Verwaltungsbereichen bedanken. Ein herzliches und ein aufrichtiges Dankeschön für euren unermüdlichen Einsatz. Und wenn man sich die Zahlen in den Spitälern ansieht, wo wieder Operationen verschoben werden müssen, dann muss es klar sein, es muss gehandelt werden. Und somit komme ich zum heutigen Antrag als solches.

Erstens, die Aufklärung über die Impfung und leichterem Zugang zur Impfung. Jawohl, auch wir sehen, dass die Impfung schützende Wirkung hat oder haben kann und sozusagen ein Selbstschutz ist. Ehrliche Aufklärung ist deshalb absolut zu befürworten. Und jeder, der sich impfen lassen möchte, soll es rasch und einfach in Anspruch nehmen können.

Beim Impfen gibt es Argumente dafür, und es gibt Argumente dagegen. Ich warne davor, dass wir die Sorgen der Bürger lächerlich machen und sie nicht ernst nehmen, und das gilt für beide Seiten, meine sehr geehrten Damen und Herren. Auch in der FPÖ sind bereits viele geimpft, weil es keine politische Frage ist, sondern weil es eine höchstpersönliche Frage ist. (Beifall)

Egal, wie sich jeder schlussendlich persönlich entscheidet. Aber die Entscheidungsfreiheit von mündigen Staatsbürgern, die muss bewahrt bleiben. Ich glaube, da sollten wir uns einig sein. (Beifall)

Darum sehen wir es politisch und rechtlich äußerst kritisch. Ich sage es dazu, dass die Bundesregierung offen sagt, man wolle es für die Ungeimpften ungemütlich machen. Keiner kann mir jetzt erklären, warum ein auf Grund aktuellem Test nachweislich gesunder Mensch eine Gefahr darstellt und deshalb vom öffentlichen Leben ausgesperrt wird.

Zweitens kostenlose und freiwillige Antikörpertests für die Bevölkerung. Wir halten das für sinnvoll, dass für die Bevölkerung eine kostenlose und freiwillige Antikörpertestung anzubieten ist. Diese Forderung wird auch vom Österreichischen Hausärzteverband und weiteren Medizinern unterstützt. Die WHO hat bereits veröffentlicht, ab welchem Grenzwert ein Corona-Schutz besteht. Das Ziel bei der Impfung ist auch, dass Antikörper im Körper künstlich generiert werden und diesen Wert nicht auf breiter Basis erheben zu lassen, ist aus unserer Sicht völlig unverständlich. Viele Bürger würden endlich Klarheit darüber erhalten, wie es persönlich um sie bestellt ist.

Und Drittens die Erkenntnisse von Experten berücksichtigen. Das würde ich mir vor allem von der Bundesregierung wünschen. Denn wenn Experten sagen, sie sehen den Lockdown für Ungeimpfte sehr kritisch und die Regierung macht ihn trotzdem, dann agieren sie gegen die Experten. Und wenn die Experten sagen, es können auch Geimpfte krank werden und andere anstecken, die Regierung sagt aber, für Geimpfte ist die Pandemie vorbei, dann agieren sie gegen die Experten. Genau wegen solcher Maßnahmen verschwindet das Vertrauen. Genau wegen solcher Maßnahmen verschwindet die Akzeptanz. Und genau wegen solcher Maßnahmen wenden sich die Bürger ab. Wir können diese Bürger auch verstehen, und sehr geehrte Damen und Herren, wir haben heute schon gesehen, wie emotional es beim Thema Corona zugeht. Jeder von uns spürt das auch in Gesprächen mit Freunden und in der Familie. Uns in Oberösterreich muss es gelingen, Vertrauen herzustellen. Es geht aber nur mit Ehrlichkeit, und wenn man die Sorgen aller ernst nimmt.

Jeder, der sich derzeit gegen eine Impfung entschieden hat, hat offenbar einen Grund. Sei es eine Schwangerschaft, eine Vorerkrankung oder einfach Angst, auch das ist zu akzeptieren. Wegen Druck wird keiner seine Angst verlieren, ganz im Gegenteil.

Die von mir aufgezählten Grundsätze bilden eigentlich ein Gerüst, um die Pandemie wieder in den Griff zu bekommen. Der moralische Zeigefinger und überschäumende Emotionen helfen unserem Land kein bisschen weiter. Wir würden uns freuen, wenn alle ein bisschen über den Schatten springen können.

Noch ganz kurz zum Herrn Kollegen Eypeltauer. Eines möchte ich schon sagen, du hast gesagt, du könntest unterschreiben, wenn da drinnen steht PCR-Testung. Lies dir bitte die Begründung durch. In der Begründung steht, zusätzlich ist eine weitere Ausdehnung flächendeckender Impfung, PCR-Tests, Infrastruktur anzustreben, um ein ständiges und niederschwelliges Angebot für die Bevölkerung bereit zu stellen. PCR-Test-Möglichkeiten müssen in allen Bezirken in ausreichender Anzahl verfügbar gemacht werden. Es steht in der Begründung drinnen, bitte genau lesen. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke, als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Michael Lindner.

Abg. KO Mag. Lindner: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, vor allem auch liebe Zuseherinnen und Zuseher, vor allem aber auch liebe ÖVP und FPÖ! Ehrlich gesagt bin ich bei diesem Antrag entsetzt, und das betrifft nicht so sehr die Inhalte dieses Antrages, auf die komme ich später, sondern darüber, wie ihr in den vergangenen Tagen politisch agiert habt, weil selbst am Höhepunkt einer Gesundheitskrise ist es der Koalition wichtiger, politisch zu taktieren, anstatt dass wir gemeinsam ein echtes Zeichen setzen. Sie haben sich einer gemeinsamen Initiative verweigert. Vor einer Woche sind Sie von uns eingeladen worden mit der Möglichkeit, sich einzubringen und mitzudiskutieren, stattdessen drucken Sie heute einen Koalitionsantrag durch, ohne uns einmal mitzudiskutieren lassen im Vorfeld oder mitzuzeichnen oder einzuladen. (Beifall).

Das ist eigentlich ein trauriges, politisches Taktieren einer Landeshauptmann-Partei am Höhepunkt einer Gesundheitskrise. Auch wenn sich Herr Klubobmann Dörfel da vor ein, zwei Stunden irgendwelche abstrusen Vorwürfe gegen uns ausdenkt, dann bleibt es trotzdem ein trauriges, politisches Taktieren.

Das, was jetzt hier am Tisch liegt, ist ein Antrag, das ist in Wahrheit ein Verlegenheitsantrag, aus Verlegenheit darüber, dass man selbst am Höhepunkt einer Gesundheitskrise, als

Landeshauptmann-Partei nicht bei einer Initiative anderer Parteien mitmachen kann, obwohl sie wichtig ist. Wir haben euch einen politischen Konsens vorgelegt, einen gemeinsamen Weg, ein gemeinsames Bekenntnis aus der Gesundheitskrise. Und Sie haben das ausgeschlagen. Sie haben das heute knapp, aber doch, sogar abgelehnt.

Was Sie jetzt da vorlegen, ist ein Weiter wie bisher. Und, wenn wir uns die Situation heute anschauen, dann wollen wir kein Weiter wie bisher. Die Ulli Schwarz hat es schon ausgeführt, niederschwellige, flächendeckende Impfangebote. Ich krieg ganz andere Rückmeldungen die gesamte Woche aus allen Regionen Oberösterreichs.

Bewusstseins- und Informationskampagnen, ja, wo? Ein besonderes Highlight ist der Satz, Erkenntnisse aus den laufenden Gesprächen mit Vertreter/innen aus dem Gesundheitssystem im Kampf gegen Corona zu berücksichtigen. Ja, sind die bisher nicht berücksichtigt worden, oder ist das schon das Eingeständnis, dass man zu wenig auf diese Expertinnen, Experten gehört hat? Und wenn Sie das alles, was Sie ihren eigenen Regierungsmitgliedern da heute mit auf dem Weg geben, wenn Sie das alles schon längst gemacht hätten, dann wären wir heute nicht in dieser Situation und in dieser Misere. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Und zu den Antikörpertests sage ich gar nicht so viel, da sagen alle führenden Wissenschaftler, dass die Tests viel zu wenig darüber Aufschluss geben, ob der Schutz gegeben ist oder nicht, und deswegen sind sie viel zu ungenau und es wäre fahrlässig in dieser Pandemiesituation jetzt sozusagen diesen als G-Nachweis weiter zu ermöglichen.

Aber ich bin ja eigentlich froh über diesen Antrag, Kollege Dörfel, weil er endlich den Kernpunkt der ganzen Misere sichtbar macht, warum Oberösterreich so schlecht dasteht, weil es eben keinen politischen Konsens zum wichtigsten Mittel der Krisenbekämpfung gibt. Das hat der Kollege Mahr gerade hervorragend dargestellt, und das ist der zentrale Unterschied zwischen unserem Antrag und eurem Antrag. Es braucht das klare Bekenntnis des Oberösterreichischen Landtags und der gesamten Landesregierung zur Impfung, mit Beispiel vorangehen, impfen gehen.

Und das wollen Sie nicht machen, weil die FPÖ nicht uneingeschränkt bei der Impfung mit kann, weil man schon im Wahlkampf mit der Impfskepsis kampagnisiert hat. Der Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner geht rechtlich gegen die von der ÖVP gestalteten Maßnahmen vor. Die FPÖ arbeitet über den Wochenblick mit dem Stefan Magnet zusammen, der Folder verteilt in Oberösterreich, wo draufsteht, unbegründete Corona-Panik, Corona war nie dieses extrem tödliche Virus, wie uns Politik und Medien glaubhaft machen wollen, Zitate, das ist Ihr Kooperationspartner.

Der Klubobmann-Stellvertreter Handlos agiert auf Social-Media gegen die Corona-Maßnahmen. Und da kann man nur die Krone von heute zitieren, wo der Redakteur schreibt, einen Schulterschluss zur gemeinsamen Pandemie-Bekämpfung vor diesem Hintergrund von allen Parteien einzufordern, das ist ein an Dreistigkeit kaum zu überbietender Versuch, die Bevölkerung für dumm zu verkaufen. Zitatende.

In der ÖVP hat man ganz bewusst in Kauf genommen, während einer Pandemie, dass die FPÖ hier den Geisterfahrekurs eingeschlagen hat, nur um mit dem politisch billigsten Partner die Macht im Land auszubauen.

Das schadet jetzt dem Land. Das schadet jetzt den Menschen, die im Krankenhaus ans Limit gehen müssen. Das schadet der Wirtschaft, die Lockdowns verkraften müssen. Das schadet

dem Ansehen unseres Bundeslandes. Reden Sie sich nicht heraus. Die Verantwortung, liebe ÖVP, liegt bei euch! (Beifall)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag zur Beilage 20/2021 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zum dritten Teil der Tagesordnung, somit zum Verhandlungsgegenstand Beilage 20/2021, das ist der Initiativantrag betreffend gemeinsames Vorgehen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie. Ich bitte Klubobmann Christian Dörfel über die Beilage zu berichten.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Beilage 20/2021, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Gemeinsames Vorgehen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 20/2021.)

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Wir bekennen uns zum gemeinsamen Ziel, alle Möglichkeiten zur Eindämmung der Virusausbreitung zu nutzen, um damit generelle Lockdowns und die Schließung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu verhindern. Die Oö. Landesregierung wird daher in ihren Bemühungen bestärkt, am gemeinsamen Ziel zu arbeiten, alle Möglichkeiten zur Eindämmung der Virusausbreitung zu nutzen, um die Corona-Pandemie rasch und sicher zu bewältigen.

Insbesondere dabei,

- das niederschwellige, flächendeckende Impfangebot unter anderem durch Pop-Up-Impfstationen, Hausärzte oder Schwerpunktimpfkationen in Regionen mit niedriger Impfquote weiter auszubauen,
- die Bewusstseins-, Informations- und Imagekampagne zur Aufklärung über die Impfung und somit zur Erhöhung der Impfquote fortzusetzen,
- die Erkenntnisse aus den laufenden Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern aus dem Gesundheitswesen im Kampf gegen Corona zu berücksichtigen,
- den Einsatz bei der Bundesregierung für ein bundesweit kostenloses Antikörper-Screening zu verstärken, sowie
- die Aufklärungs- und Informationsarbeit in Fremdsprachen weiterzuentwickeln, um vor allem migrantische Bevölkerungsgruppen noch besser zu erreichen.

Präsident: Ich eröffne die Wechselrede zu diesem Antrag. Es liegt keine Wortmeldung vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag der Beilage 20/2021 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle hier die mehrheitliche Zustimmung zu diesem Antrag fest.

Es folgt nun die Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf der Landtagssitzung eingelangt sind, als Tagesordnungspunkt 10.

Beilage 22/2021, Initiativantrag betreffend eine Änderung des Oberösterreichischen Landes-Verfassungsgesetzes und der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 zur

Reform der Untersuchungskommission, Beilage 23/2021, Initiativantrag betreffend die Veröffentlichung von schriftlichen Anfragen und deren Beantwortungen, Beilage 25/2021, Initiativantrag betreffend ein Landesgesetz, mit dem das 2. COVID-19-Gesetz, das Oö. Feuerwehrgesetz, das Oö. Katastrophenschutzgesetz, das Oö. Leichenbestattungsgesetz und das Oö. Tourismusgesetz geändert werden, Beilage 26/2021, Initiativantrag betreffend eine Oö. Persönlichkeitsschutz-Novelle 2022, Beilage 27/2021, Initiativantrag betreffend ein Landesgesetz, mit dem das Oö. Campingrechtsänderungsgesetz, das Oö. Musikschulgesetz und das Oö. Sozialhilfegesetz geändert werden, diese Beilagen werden dem Verfassungsausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 24/2021, Initiativantrag betreffend regelmäßiges Gesundheitsmonitoring, diese Beilage wird dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 30/2021, Initiativantrag betreffend Klima- und Energiestrategie OÖ zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2040, Beilage 29/2021, Initiativantrag betreffend ein Landesgesetz, mit dem das Oö. Alm- und Kulturlächenschutzgesetz und das Oö. Jagdgesetz geändert werden, diese Beilage wird dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 28/2021, Initiativantrag betreffend ein Landesgesetz, mit dem das Oö. Landesgesetz über die Anton-Bruckner-Universität geändert wird, diese Beilage wird dem Ausschuss für Gesellschaft zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 31/2021, Initiativantrag betreffend Verbesserung der Erziehungshilfen für junge Erwachsene, diese Beilage wird dem Ausschuss für besondere Verwaltungsangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Damit ist das Programm der heutigen Sitzung erschöpft. Bevor ich die Sitzung schließe, darf ich noch eine sehr verdiente Mitarbeiterin aus dem Verfassungsdienst heute offiziell verabschieden, die nächste Woche ihren letzten Arbeitstag bei uns im Präsidium haben wird.

Es ist die letzte Landtagssitzung von Gudrun Wimmer, die am längsten von uns allen rund um den Landtag tätig ist. Nach 45 Jahren im Landesdienst, davon 31 Jahre im Verfassungsdienst und in der Landtagsdirektion, wird sie mit Ende des Monats einen neuen Lebensabschnitt antreten.

Sechs Landtagsdirektoren sowie sieben Landtagspräsidentinnen und Landtagspräsidenten, ziemlicher Verschleiß, hat sie in dieser Zeit mit unermüdlichem Einsatz unterstützt. Ja, liebe Guggi, im Namen aller hier im hohen Haus, möchte ich mich bei dir für deinen Einsatz und für deine Umsicht, unter anderem bei der Verpflegung, für dein Organisationstalent und deine hervorragende Arbeit bedanken.

Ich wünsche dir vor allem viel Gesundheit und Glück für deinen zukünftigen Lebensweg. Danke und alles Gute! (Beifall)

Ja, hohes Haus, es ist noch ein Initiativantrag des MFG-Klubs hereingekommen und zwar die Beilage 32/2021, Initiativantrag betreffend der Kinderimpfung, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen, die Impfung von Minderjährigen in Oberösterreich zu stoppen, dieser wird dem Ausschuss für Gesundheit- und Soziales zugewiesen.

Gut, damit ist die zweite Sitzung in dieser Legislaturperiode beendet. Ich bedanke mich für die sehr konstruktive Mitarbeit, wünsche noch einen schönen Abend und darf noch berichten bitte,

dass sich die Klubobleute noch für eine Präsidiale in den Klubräumen der ÖVP im ersten Stock unten einfinden. Dankeschön.

(Ende der Sitzung: 15.55 Uhr)